

Der Dritte Sektor in Finnland, Kosovo, Russland und Schweden

Hummel, Siri (Ed.); Priller, Eckhard (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

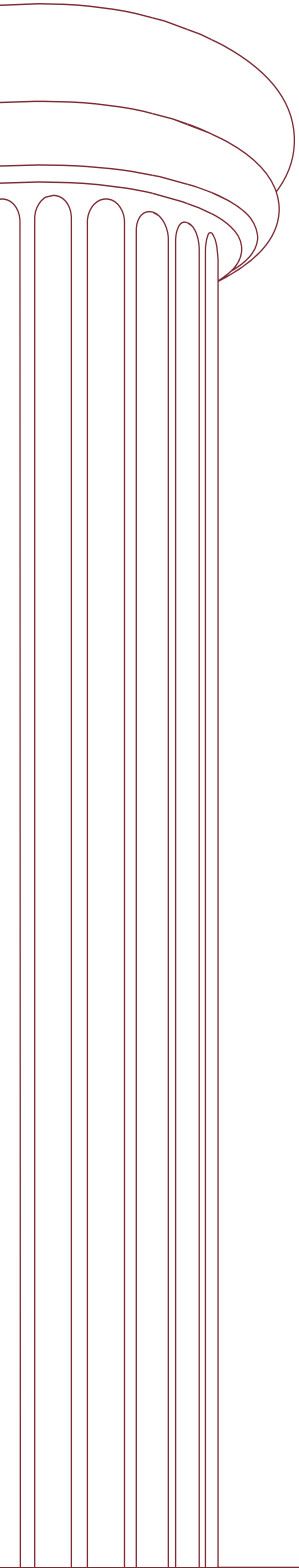
Hummel, S., & Priller, E. (Hrsg.). (2020). *Der Dritte Sektor in Finnland, Kosovo, Russland und Schweden* (Opuscula, 146). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-70395-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>



Siri Hummel, Eckhard Priller (Hrsg.)

**Der Dritte Sektor in Finnland, Kosovo,
Russland und Schweden**

Die HerausgeberInnen

Dr. Siri Hummel ist Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Demokratie und Zivilgesellschaft, sowie Gleichstellung in der Zivilgesellschaft und Stiftungsforschung. Sie ist stv. Direktorin des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft.

Dr. sc. Eckhard Priller ist Ökonom und Soziologe. Seine Forschungsfelder sind vor allem Dritter Sektor, Zivilgesellschaft, Zivilengagement und Spenden. Er ist Wissenschaftlicher Koordinator der Maecenata Stiftung.

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.

Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin.

Weitere Informationen unter: <https://www.maecenata.eu/ueber-uns/das-institut/>

Die Reihe Opuscula

Die **Reihe Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für volle Zitierfähigkeit. Durch die Kooperation mit dem Social Science Open Access Repository (SSOAR) Projekt ist eine dauerhafte Verfügbarkeit aller Ausgaben mit fester URL-Adresse sichergestellt. Eine Übersicht der neuesten Exemplare ist auf der letzten Seite jeder Ausgabe zu finden.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter:

<https://www.maecenata.eu/publikationen/opuscula/>

Impressum

Herausgeber

MAECENATA Institut
Rungestraße 17, D- 10179 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: mi@maecenata.eu

Website: www.maecenata.eu

Redaktion: Marielena Witthöft

ISSN (Web) 1868-1840

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-70395-1



Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/). Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Maecenata Institut, Berlin 2020

Editorial

Weltweit ist der Dritte Sektor zu einem festen Bestandteil der Gesellschaft geworden. Häufig begrifflich mit Zivilgesellschaft gleichgesetzt, ist es jener Bereich zwischen Staat, Wirtschaft und privater Familienzusammenhängen, in dem sich Menschen freiwillig zusammenschließen und die Organisationen der spezifischen Logik von Solidarität folgen. Dennoch gibt es beträchtliche Unterschiede hinsichtlich der Struktur und Größe des Sektors in den einzelnen Ländern. Er ist durch starke nationale Besonderheiten und Traditionen geprägt. Mehr über sie zu wissen, bietet nicht nur Chancen den Kenntnishorizont zu erweitern und voneinander zu lernen, sondern durch das Aufzeigen von Veränderungen und Entwicklungen werden zugleich Anregungen für die notwendigen Gestaltungsprozesse geliefert, vor denen der Dritte Sektor in allen Ländern steht. Die Herausforderungen für Organisationen des Dritten Sektors sind nicht erst durch die Corona-Pandemie gewaltig. Es gilt Aspekte der Mission zu überdenken, sich neuen Aufgaben im Leistungsspektrum der Organisationen zu stellen, kontinuierlich Mittel zu akquirieren, Mitarbeitende, Mitglieder und Spender*innen zu halten und neue zu gewinnen. Die Liste der Herausforderungen ist lang und wird künftig nicht kürzer. Ein Blick in die nationalen Erfolge, Erfahrungen und Probleme über die nationalen Grenzen hinweg kann hilfreich für eigene Gestaltungsprozesse sein. Unser Wissen zum Dritten Sektor in einzelnen Ländern ist noch immer sehr dürrtig. Die Datenlage ist lückenhaft und nicht einheitlich. Die großen Fortschritte, die in den 1990er Jahren u.a. mit dem international vergleichenden Johns Hopkins Project erreicht wurden, fanden keine kontinuierliche Fortsetzung. Insofern ist von fundamentaler Bedeutung in dieser Hinsicht weitere Analysen vorzunehmen.

Das Maecenata Institut stellt sich dieser Aufgabe in verschiedener Hinsicht. Die vorliegende Veröffentlichung in der Opusculum-Reihe ist eine von vier Themenheften, die sich in Form von einzelnen Länderberichten mit der Analyse des Dritten Sektors in ausgewählten Ländern Europas, Asiens, Afrikas und Amerikas befassen. Die Länderanalysen belegen zum einen die Vielfalt der Organisationslandschaft sowie die Ausgestaltung von zivilgesellschaftlichem Engagement. Neben der starken Pfadabhängigkeit nationaler Eigenheiten zeigen sie zum anderen die universellen Notwendigkeiten der Schaffung von strukturellen Rahmenbedingungen, denen dieser Sektor bedarf, sei es in seinem Finanzierungsaufbau oder in einem funktionierenden Rechtsrahmen.

Die Grundlagen für die Manuskripte sind im Rahmen der Lehrveranstaltung im Wintersemester 2019/2020 „Funktionen und Strukturen des Dritten Sektors in internationaler Perspektive“ des hochschulübergreifenden Studiengangs "Nonprofit-Management und Public Governance" der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin entstanden.

Wir danken den Autoren für die zur Verfügungstellung ihrer Manuskripte zur Publikation.

Als HerausgeberInnen: Dr. Siri Hummel/Dr. sc. Eckhard Priller

Inhalt

I. Der Dritte Sektor in Finnland

1. Einführung	6
2. Begriffsdefinition und Begriffsverständnis	9
3. Rahmenbedingungen des Dritten Sektors	11
4. Größe und Struktur des Dritten Sektors	16
5. Entwicklungstendenzen	23
6. Ausblick und Fazit.....	27
Quellenverzeichnis.....	30

II. Der Dritte Sektor im Kosovo

1. Der Kosovo: Ein kleines Land mit bewegter Geschichte	35
2. Die Zivilgesellschaft im Kosovo: Begriffsdefinition und Verständnis	37
3. Struktur des Dritten Sektors im Kosovo.....	38
4. Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen.....	48
5. Fazit: Zivilgesellschaft quo vadis?	50
Quellenverzeichnis.....	52

III. Der Dritte Sektor in Russland

1. Einführung	55
2. Begriffsdefinition und Begriffsverständnis Zivilgesellschaft/ Dritter Sektor	58
3. Struktur und Rahmenbedingungen.....	59
4. Aktuelle Entwicklungen	68
5. Fazit und Zusammenfassung.....	72
Quellenverzeichnis.....	74

IV. Der Dritte Sektor in Schweden

1. Einführung	79
2. Begriffsdefinitionen und Begriffsverständnis.....	80
3. Struktur und Rahmenbedingungen.....	82
4. Aktuelle Entwicklungen	87
5. Fazit und Zusammenfassung.....	90
Quellenverzeichnis.....	91

I. Der Dritte Sektor in Finnland

Angelina Bily, Johanna Caroline Möbius, Jennifer Streit, Vivien Vortanz

Steckbrief: Finnland			
	Landesweit	Zivilgesellschaft	
Bevölkerungsgröße	5 633 777 (2020)*	Total	Anteil
BIP	-	4,9 Mill.\$ (1996)**	3,9 % (1996)**
Beschäftigung	-	73 018 (2014)***°	3 % (2014)***°

Legende: °=Beschäftigungs-Quote

Quellen: *= Countrymeters 2020, **= Helander et al. 1999, S. 64 ff., ***= Salamon/Sokolowski 2016, S. 31.

Steckbrief: Zivilgesellschaft			
Einordnung der ZG	Hauptfelder	Kultur und Freizeit (32,6 %), Interessenvertretung und Zivilgesellschaft (16,8 %) (1996)*	
	Hauptfunktion	Dienstleister, Interessenvertreter, Watchdog**	
	Systematik°°	sozialdemokratisches Wohlfahrtsmodell	
Anzahl der Organisationen	Insgesamt	104 000 registrierte (2017)*** und 20 - 30 000 unregistrierte NPOs (2013) ****	
	Häufigste Rechtsform	yhdistys – Verein, säätiö – Stiftung, liitto – Verband	
CAF-Ranking (2019)^	Aspekt	Platz	Anteil
	Helfen	31	28%
	Spenden	27	42%
	Freiwilligenarbeit	41	52%
	Insgesamt	25	41%
Beschäftigte	nach Anstellungsart	Anzahl	Anteil
	Hauptamtliche	73 018 (2014)^^	46,20% °
	Ehrenamtliche	85 165(2014)^^	53,8%
	Insgesamt	158 183	100%
	Ehrenamtsquote		29- 37% (o.J.)^^^

Legende: °=Verhältnis Hauptamt/ Ehrenamt, °° nach Esping-Andersen

Quellen: *= Lappalainen/Siisiäinen 2012, **= Seppo (2013), S. 8., ***= Olkkonen/Quarshie 2019, S. 54 ****= Gusatinsky/Reznik 2017, ^= CAF Charities Aid Foundation 2019, ^^= Salamon/Sokolowski 2016, S. 31, ^^= Harju o. J. c.

1. Einführung

Die vorliegende Länderstudie trägt die Ergebnisse vorhandener Untersuchungen zum Dritten Sektor in Finnland zusammen und nimmt eine Aktualisierung der Daten vor.

Das Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project (CNP) führte die ersten umfassenden empirischen Erhebungen zum Dritten Sektor in Finnland durch (Helander et al. 1999, S. 64). Seitdem gibt es eine Reihe weiterer Untersuchungen und Datenquellen, die eine Betrachtung von Entwicklungen des Dritten Sektors in Finnland ermöglichen.

Finnland befindet sich in Nordeuropa, grenzt im Osten an Russland, im Norden an Norwegen, in Nordwesten an Schweden und im Süden an Nebenmeere der Ostsee. Das Landesinnere unterteilt sich in fünf landschaftliche Großräume. Lappland im Norden, das finnische Hügelland im Osten, die Seenplatte im Landesinneren und die Küstenebenen Südfinnlands. Ein Drittel der Gesamtfläche liegt nördlich des Polarkreises (Elchburger o. J.).

Mit einer Fläche von 338 450 km² (Laenderdaten Finnland o. J.) und einer Einwohnerzahl von ca. 5 633 777 (Countrymeters 2020) hat Finnland nur eine Bevölkerungsdichte von 16,30 Einwohner/km² und ist das am geringsten besiedelte Land Europas (Urmersbach 2018, Statistiken zu Finnland). Deutschland etwa hat bei einer Fläche von 357 580 km² (Laenderdaten Deutschland o. J.) und einer Einwohnerzahl von ca. 83 Millionen eine Bevölkerungsdichte von 237 Einwohner/km² (Rudnicka 2019, Statistiken zur Einwohnerzahl in Deutschland). Die Hauptstadt Finnlands ist Helsinki und der Staat als parlamentarische Demokratie organisiert (Laenderdaten Finnland o. J.). Dem World Happiness Report zufolge leben in Finnland die glücklichsten Menschen der Welt (Utopia Team 2019). Seit April 2019 gibt es in Finnland eine neue Regierung, welche sich als Fünf-Parteien-Koalition bildete. In der Koalition beteiligen sich die Sozialdemokratische Partei Finnlands, die finnische Zentrumspartei, die Grünen, das Linksbündnis und die Schwedische Volkspartei. Das Kabinett besteht aus 19 Minister*innen (EU2019FI 2019). Staatspräsident bzw. Staatsoberhaupt ist Sauli Niinistö. Ministerpräsidentin ist die 34-jährige Sanna Marin, sie ist weltweit die jüngste Ministerpräsidentin.

Finnland hat eine lange und komplizierte Geschichte. Die Besiedlung begann bereits vor circa 10 000 Jahren. Finnland gehörte von 1323 bis 1809 zum schwedischen Königreich und nahm zu dieser Zeit deren Gesellschafts- und Rechtsnormen an. Die Amtssprache war schwedisch. Finnisch dagegen wurde erst 1892 Amtssprache. Zwischen Russland und Schweden kam es in der Geschichte häufig zu Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft in Finnland. Sie endeten mit einer endgültigen Besetzung Finnlands durch Russland im Finnischen Krieg 1808, wobei Russland das komplette heutige Finnland eroberte. Der damalige Zar Alexander I. ernannte Finnland zu einem autonomen Großfürstentum. Ab dem 20. Jahrhundert versuchte

sich Finnland aktiv durch Bürgerbewegungen und Streiks gegen die Unterdrückung durch Russland zu wehren.

Schon damals engagierten sich die Bürger*innen, die sich für Reformen und ein nationales Selbstbewusstsein. Im Zuge der russischen Revolution von 1917 und der damit verbundenen Schwächung Russlands traten die Bürger*innen in Finnland in einen Generalstreik und proklamierten am 6. Dezember 1917 die Unabhängigkeit des Landes. Trotzdem kehrte keine Ruhe ein und es folgten weitere Auseinandersetzungen. So hatten die damaligen "konservativen" und "reformerischen Kräfte" Finnlands unterschiedliche Ansichten bezüglich der politischen Entwicklung und 1918 folgte, kurz nach der Unabhängigkeit, der Bürgerkrieg (Finnisches Zentralamt für Statistik 2019, S. 16 ff.). Die sogenannten "Linken" wurden dabei von Russland unter anderem mit Waffen unterstützt und die patriotisch ausgerichteten "Konservativen" von Deutschland gestützt. 20 000 Menschen starben bei den Auseinandersetzungen (Frietsch 2018, Abs. 1-5). Durch die unterschiedlichen Positionen und die ausländischen Unterstützungen waren die Finnen langanhaltend politisch gespalten, was erst in den 90er Jahren spürbar endete (Seppo 2013, S. 7). Durch den trotz eines Nichtangriffspakts erfolgten Überfall der damaligen Sowjetunion wurde Finnland in die Auseinandersetzungen des 2. Weltkrieges hineingezogen. Nach dem 2. Weltkrieg war das Land zunächst mit dem Wiederaufbau beschäftigt. Im Jahr 1994 stimmten 57% der Finnen für eine Mitgliedschaft des Landes in der EU (Europäische Union). Dieser trat Finnland ein Jahr später bei und 2002 folgte die einheitliche Währungsumstellung auf den Euro (Frietsch 2018, Abs. 5-8).

Die politischen Konflikte und die Historie prägen die finnische Gesellschaft bis heute. So wird die Entstehung und Organisation sowie die momentane Situation des Dritten Sektors stark durch die Trennung zwischen dem öffentlichen und privaten Sektoren beeinflusst. Es ist, historisch betrachtet, eine lange Intention, dass der Staat hauptsächlich die gesellschaftlichen Aufgaben übernehmen sollte, um Finnland zu einem Wohlfahrtsstaat zu entwickeln (Helander/Sundback 1998, S. 1).

Die Wurzeln der Zivilgesellschaft reichen bis in die Zeit der Aufklärung im 18. Jahrhundert zurück, wobei sie sich erst im 19. Jahrhundert fest verankerten. Der Staat befürwortete das Konzept des Dritten Sektors und nutzte in dieser Zeit zunächst die bürgerlichen Aktivitäten für das Ziel der Herausbildung eines Wohlfahrtsstaates. Bereits damals ging man aber davon aus, dass der Staat nicht allein in der Lage ist genug Wohlstand zu produzieren. Draus ergab sich die Position, dass die Civil Society Organisations (ZGO), durch die Übernahme bestimmter Dienstleistungen, mit in die Wohlfahrtsproduktion eingebunden werden sollten (Seppo 2013, S. 7). In der Vergangenheit arbeiteten Bürger*innen und Interessenvertretungen eng mit den Behörden und dem Staat zusammen. In den 1970er Jahren wurden die zivilgesellschaftlichen

Aktivitäten bspw. durch bürokratische Regelungen und regulierte Finanzierung zunehmend organisierter und geplanter (Seppo 2013, S. 7; Harju o. J.a, Abs. 1-2).

Gleichzeitig bildeten sich schon damals die ersten Organisationen, die heute dem Dritten Sektor zugeordnet werden. Doch die Entstehungsgeschichte von Dritte Sektor Organisationen reicht weit zurück. Eine der ersten organisierten Versammlungen war die Aurora Society. Diese entstand 1770 und war eine Gesellschaft, in der Bürger*innen wöchentlich über aktuelle Themen von nationalem Interesse diskutieren konnten. 1790 gründete sich der erste Musikverein Turku, welcher sich der Förderung der Musikkultur verschrieb. 1797 entstand die erste finnische Wirtschaftsgesellschaft und um 1810 die ersten religiösen Vereinigungen. In Finnland hatten damals sogenannte organisierte "Mäßigungsgesellschaften" die höchsten Mitgliederzahlen. Hintergrund war das Problem von übermäßigem Alkoholkonsum, besonders in den ländlichen Gebieten. Um dem zu begegnen, engagierten sich seit den 1830er Jahren viele Bürger*innen der gebildeten Klasse für die Gründung verschiedener Abstinenzorganisationen (Harju o. J.a, Abs. 3-4).

Politik und Bildung spielten bereits zu dieser Zeit in der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle. Die ersten Aktivitäten, die von der finnischen und schwedischen Partei ausgerichtet wurden, begannen um 1860 (Harju o. J.b, Abs. 3). "Finland has always believed in education. In addition to children's elementary school (founded in 1866), adult education activities were developed. From 1874 onwards, the KVS [Kansanvalistusseura] Foundation started to organize systematic educational activities" (ebd., Abs. 4). Die ersten Arbeiterverbände organisierten und gründeten sich in Helsinki. Um 1890 gab es bereits ungefähr 20 solcher Verbände. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen waren eng miteinander verbunden (ebd., Abs. 5-6). Grund für ihre Entstehung waren unter anderem die multikulturelle Zusammensetzung verschiedener Arbeiterorganisationen sowie Konflikte zwischen Arbeitgeber*innen (ebd., Abs. 6). "In the 1880s, painters, tailors, metal workers, carpenters, bricklayers and shoemakers set up their own trade union branches which often also had employers as members. The first women's trade union branches were founded before the turn of the century" (ebd., Abs. 6).

Die Entwicklung und Entstehung der ersten Aktivitäten der Zivilgesellschaft gehen also weit zurück und erst im Laufe der Jahre entstanden zunehmend formale Organisationen. Ein weiterer wichtiger Aspekt aus jüngerer Zeit, der besonderen Einfluss auf die Entwicklung des Dritten Sektors nahm, war der Zusammenbruch der Sowjetunion in den 90er Jahren. Durch diesen und die folgende Bankenkrise fiel einer der wichtigsten Handelspartner Finnlands weg und die Arbeitslosenquote stieg stark an, was zu einer Zunahme von sozialen Problemlagen führte. Dritte Sektor Organisationen fühlten sich für deren Linderung zuständig. Eine Entwicklungsbarriere für den Dritten Sektor stellte mitunter das Konzept des skandinavischen Wohlfahrtsstaates dar, nach dem öffentliche Aufgaben wie die sozialen Dienste vom Staat

übernommen werden. In diesen Bereichen wurde der Dritte Sektor in seiner Funktion wenig eingebunden, wodurch sich dessen gesamte Entwicklung stark verzögerte. Der sogenannte "Durchbruch" kam erst im 20. Jahrhundert. Entwicklungsfördernd für den Dritten Sektor waren die Reformierung der Wirtschaftspolitik nach dem Zusammenbruch Russlands. Das staatliche Konzept, eine Beschäftigung im Dritten Sektor als Lösung für die hohe Arbeitslosenzahl zu nutzen, war für dessen Entwicklung förderlich. Ferner förderte der Beitritt zur EU die Entwicklung des Dritten Sektors erheblich. Es wurden bspw. neue internationale Beziehungen geknüpft sowie öffentliche Aufgabenmodelle übernommen und angepasst (Helander/Sundback 1998, S. 1 ff.).

2. Begriffsdefinition und Begriffsverständnis

Auf der Suche nach einer länderspezifischen Definition für den Dritten Sektor in Finnland ergeben sich drei Möglichkeiten. Zum einen werden in Finnland, wenn es um den Dritten Sektor geht, hauptsächlich die Begriffe "Zivilgesellschaft" und "zivilgesellschaftliche Organisationen" (Civil Society Organisations, kurz: ZGO) verwendet (KEPA 2015, S. 7). Andererseits ergibt sich nach dem finnischen Einkommensteuergesetz eine eingegrenzte Definition. Der Dritte Sektor beinhaltet demnach Organisationen, die einzelne Kriterien erfüllen müssen, um dadurch eine registrierte Rechtsform zu erhalten und steuerbegünstigt zu sein (Friedrich et al. 2005, S. 119). „Entsprechend dem Income Tax Act ist eine Organisation in Finnland dann eine Non-Profit-Organisation, wenn diese ausschließlich und unmittelbar das Gemeinwohl auf materiellem, geistigem, ethischem oder sozialem Gebiet fördert, ihre Aktivitäten nicht auf einen bestimmten Personenkreis beschränkt sind und sie nicht auf Gewinn ausgerichtet ist“ (Friedrich et al. 2005, S. 119).

Überdies untersuchte das Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project den Dritten Sektor. Nach dessen Nonprofit-Definition sind die Kriterien organisiert, privat, selbstverwaltet, gemeinnützig und freiwillig ausschlaggebend für die individuelle Anerkennung als NPO (Nonprofit-Organisation(en)). Sie stellten fest, dass in Finnland einzig und allein Vereine und Stiftungen größtenteils alle fünf Attribute erfüllten, um unter den NPO-Begriff zu fallen. Wichtige Grenzfälle stellten in den Untersuchungen die Kirchen dar, die im engen Verhältnis mit dem Staat standen. Weitere Grenzfälle sind Verbände, die das Kriterium der freiwilligen Mitgliedschaft nicht erfüllten, bestimmte Selbsthilfegruppen mit Schwierigkeiten, das organisierte Kriterium zu erfüllen, sowie Sportvereine oder Neo-Genossenschaften, die nicht unter das Kriterium der Gemeinnützigkeit fielen (Helander/Sundback 1998, S. 17 ff.). In Finnland ist demnach kein einheitliches Begriffsverständnis zum Dritten Sektor vorhanden.

Der Dritte Sektor agiert in Finnland als Akteur zwischen Staat und Markt. Ihm wird, resultierend aus der Geschichte und Tradition der finnischen Gesellschaft und des finnischen Wohl-

fahrtsstaates, eine große Bedeutung zugemessen. Nach Olkkonen und Quarshie sind 2017 in Finnland 104 000 Nonprofit Organisationen registriert, die einen diversen und weitgefächerten Dritten Sektor bilden. Die Anzahl der NPO und der Umfang des freiwilligen Engagements werden weltweit als führend betrachtet. Finnische Bürger*innen engagieren sich vor allem aus Gründen des Altruismus, der sozialen und geschlechtlichen Gleichheit und Solidarität. Diese Beweggründe stimmen mit den Wertvorstellungen im Kontext des Wohlfahrtsstaates überein. Die Werte sind fest in der Gesellschaft verankert und verändern sich nur langsam (Seppo 2013, S. 11).

Studien zufolge ist der soziale und politische Einfluss von Organisationen des Dritten Sektors in Finnland besonders stark (Olkkonen/Quarshie 2019, S. 54, zitiert nach Siisiäinen/Kankainen 2009, 120). Das freiwillige Engagement und die Zusammenarbeit von Bürger*innen und Staat bei der Leistungserbringung haben in Finnland Tradition. Dies drückt sich in der dörflichen Gemeinschaftsarbeit (finnisch: Talkoo) aus. Wurde diese Art der Kollaboration vor der Urbanisierung und der Festigung des Wohlfahrtsstaates noch zum Bau von Gebäuden und für die Realisierung alltäglicher Arbeiten genutzt, findet Talkoo auch heute noch Anwendung, wenn auch nicht mehr im gleichen Umfang (Hilger 2008, S. 2). Durch das enge Verhältnis der Gemeinschaftsarbeit zum finnischen Nationalverständnis erhält das freiwillige Engagement und die Kollaboration eine besondere Bedeutung in Finnland. Es bildet soziales Kapital und fördert die sozialen Fähigkeiten der Bürger*innen (Seppo 2013, S. 10).

Der Charakter der Zivilgesellschaft in Finnland definiert sich weniger durch die Institutionen des Dritten Sektors und ihre formalen Aspekte als durch die Aktivitäten selbst. Dies führt dazu, dass die Rolle des Dritten Sektors als Institution in Finnland oft weniger Anerkennung findet als in anderen nordischen Ländern (ebd., S. 11). Die Größe des Dritten Sektors ist ebenfalls dadurch bestimmt, dass viele Aktivitäten, die klassischerweise in westlichen Ländern vom Dritten Sektor übernommen werden, in Finnland durch den Staat abgedeckt werden. Hier kann das Wohlfahrtsstaatsmodell von Esping-Andersen angesetzt werden. Der öffentliche Sektor ist in Finnland stark ausgeprägt. Es werden sowohl viele Leistungen von ihm ausgeführt als auch viele Beschäftigte des Landes in ihm gebunden. Im Jahr 2016 waren 25% der Beschäftigten in Finnland im Staatsdienst tätig (Statistisches Bundesamt 2016).

Die Rolle des Dritten Sektors kann sich in drei Weisen ausdrücken. In Abbildung 1 ist erkennbar, dass die Nähe zum Staat und zu der Güter- und Dienstleistungsproduktion des Staates diese Rollen definiert.

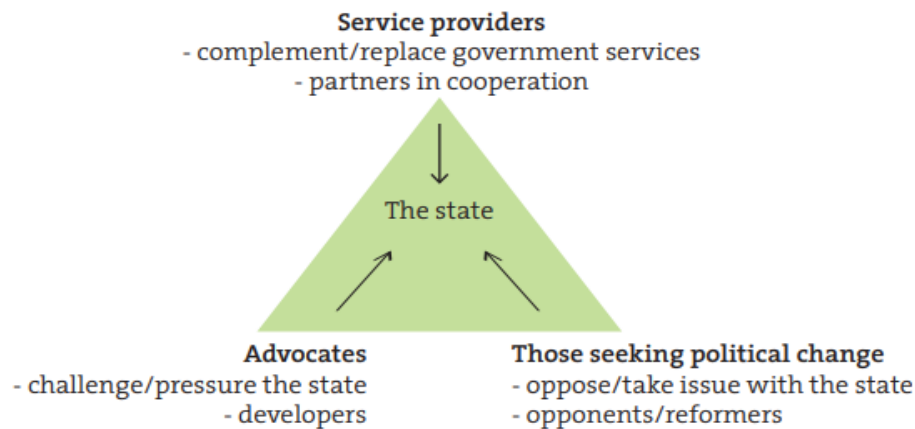


Abbildung 1: Die Rolle von Organisationen im Dritten Sektor in Finnland.¹

Es ist erkennbar, dass der Dritte Sektor zunächst als Dienstleister auftreten kann. Dies tut er, wenn die Leistungen des Staates in einem bestimmten Bereich nicht ausreichend sind. Auf der anderen Seite tritt der Dritte Sektor in einer politischen Rolle auf. Zunächst als Verfechter und Vertreter politischer Meinungen und gesellschaftlicher Themen. Hierbei treten die Organisationen formal strukturiert und durch hauptamtliche Mitarbeitende geleitet auf. In ihrer Rolle als Verhandlungspartner*innen des Staates kommt ihnen eine sehr wichtige Rolle zu und sie können als Teil des politischen Systems gesehen werden. Nicht zuletzt sind jene Organisationen zu nennen, die aktiv politische Veränderungen herbeiführen wollen. Hierunter sind besonders die Jugendvereinigungen politischer Parteien sowie lokale Parteiverbände zu zählen (Seppo 2013, S. 8).

Die Entwicklung des Dritten Sektors und die Entwicklung des Engagements der Bürger*innen zeigt, dass neuerdings auch Lifestyle-Vereinigungen und Vereinigungen, welche weniger staatsorientiert sind und für marktliche oder globale Veränderungen kämpfen, Einzug in den Dritten Sektor Finnlands finden (ebd.).

3. Rahmenbedingungen des Dritten Sektors

Politische Rahmenbedingungen

Die politischen Rahmenbedingungen des Dritten Sektors in Finnland werden von verschiedenen Akteuren geprägt – besonders aber durch die EU und den finnischen Staat. Zunächst kann als supranationale Ebene die EU als einflussnehmende Institution angegeben werden. Die EU kann durch monetäre Anreize, Zuschüsse und Auftragsvergaben den Dritten Sektor und einzelne Organisationen des Sektors beeinflussen. Einwirkungen erfolgen zudem durch

¹ Seppo (2013), S. 8.

den Erlass von Verordnungen und Richtlinien, welche das Handeln von NPO beeinflussen oder einschränken. Nicht zuletzt hat die EU jedoch in der Vergangenheit auf den Dritten Sektor in allen Ländern der EU eingewirkt, indem sie marktliche und wettbewerbliche Mechanismen gefördert hat (Zimmer/Pahl 2018, S. 133 f.).

Der finnische Staat ist der Hauptakteur bei der Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen für den Dritten Sektor. Er begibt sich dabei in eine Rolle des Beschützers und Befürworters der Zivilgesellschaft. Er kollaboriert in verschiedenen Arten auf der Policy-Ebene. Dem Dritten Sektor werden dabei Mitspracherechte in der Policy des finnischen Staates eingeräumt (Gilbert 2018, S. 16).

Durch die finnische Verfassung, insbesondere durch die § 12 bis 14, gibt der Staat politische Rahmenbedingungen für den Dritten Sektor vor. Der § 12 gewährt umfängliche Redefreiheit und Rechte auf die Einsichtnahme öffentlicher Dokumente. Hierdurch ermöglicht der finnische Staat eine freie Meinungsäußerung, welche die Rolle des Dritten Sektors als Meinungsmacher und Vertreter erst möglich macht. Der §13 garantiert die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Jeder darf hiernach einen Verein ohne zusätzliche Erlaubnis gründen, ihm angehören und sich engagieren. Zum Vereinsrecht gelten weitere Rechtsvorschriften. Dies ermöglicht die große Anzahl an Organisationen im Dritten Sektor in Finnland. Zuletzt verankert der §14 der Verfassung die staatliche Aufgabe, das bürgerschaftliche Engagement und die Partizipation zu fördern. Der Staat unterstützt besonders die politische Bildung und fördert die Entfaltung von Bürgerengagement sowie die Forschung im Bereich der Zivilgesellschaft und der politischen Bildung (Hilger 2008, S. 2).

Konkret werden NPO aktiv in Gesetzgebungsprozesse eingebunden. Die Ministerien haben jeweils eine eigene Strategie zur Konsultation von NPO und Bürger*innen in ihre Arbeit. Als häufigste Konsultationsform werden schriftliche Stellungnahmen der Akteure herangezogen, die Art der Kollaboration kann aber variieren (Rautio/Rönty 2015, S. 4).

Als wichtiges Instrument für die politische Steuerung des Dritten Sektors ist der Beirat für zivilgesellschaftliche Politik (KANE) zu nennen, welcher an das Ministerium für Justiz angebunden ist. Der Beirat wurde 2007 eingeführt und wird alle vier Jahre von der Regierung ernannt. Er besteht aus Akteur*innen der kommunalen und ministerialen Regierung, NPO und der Forschung. Das Ziel des Beirates ist es, die Interaktionsprozesse zwischen der Zivilgesellschaft und den staatlichen Institutionen zu fördern. Die Tätigkeiten des Rates werden daran ausgerichtet. Es werden etwa Forschungen angestoßen oder die Interaktionen zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat evaluiert und initiiert. Der Beirat steht auch beratend für Ministerien und weitere staatliche Einrichtungen zur Verfügung (Rautio/Rönty 2015, S. 5). Es existieren zusätzliche Beiräte zur Einbindung von Akteuren aus dem Dritten Sektor in den Gesetzgebungsprozess.

Ein Regierungsprogramm aus 2011, welches die Hauptziele der Regierung in einem Aktionsplan wiedergibt, zeigt auf, dass die Rolle des Dritten Sektors in drei Richtungen zu transformieren ist. Zunächst soll das freiwillige Engagement der Bürger*innen innerhalb der NPOs erhöht werden. Hierzu ist die Präsenz der Organisationen an öffentlichen Orten zu verstärken, um die Sichtbarkeit des Sektors zu erhöhen. Zusätzlich soll der Dritte Sektor stärker als potenzieller Arbeitgeber wahrgenommen werden, insbesondere für Personen mit eingeschränkten Fähigkeiten, etwa aufgrund einer Behinderung oder eines Handicap, welche sich vom ersten Arbeitsplatz im freien Markt entfernt haben. Zuletzt sind die kommunalen staatlichen Dienstleistungen aktiv durch effiziente und kundenorientierte Dienstleistungen des Dritten Sektors zu ergänzen (Ketola 2015, S. 311, zitiert nach Prime Minister's Office, S. 80 ff.). Damit kommt den Organisationen des Dritten Sektors eine stärkere Rolle als Produzent solcher Leistungen zu. Diese Punkte indizieren zwar keine konkreten Maßnahmen, sprechen aber für die Unterstützung und Weiterentwicklung des Dritten Sektor von Seiten des Staates (ebd., S. 312).

Die Finanzierung von NPO, die sich politisch betätigen unterliegt in Finnland, neben der allgemeinen Überprüfung nach Geldwäsche und terroristischen Aktivitäten, keiner Regulierung (Gilbert 2018, S. 15).

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Organisationen im Dritten Sektor in Finnland regulieren das Handeln und die Gründung der Organisation sowie ihre Besteuerung. Die häufigste Organisationsform im Dritten Sektor ist der Verein.

Rechtsgrundlage für den Verein ist sowohl der § 13 der finnischen Verfassung sowie das Vereins- und Steuerrecht. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit beruht auf der Definition aus dem Einkommenssteuergesetz. Religionsgemeinschaften sind von der Betrachtung als NPO ausgenommen (Friedrich et al. 2005, S. 119). Eine Registrierung, und damit Eintragung in das Vereinsregister, ist nicht zwingend. Voraussetzungen für die Eintragung werden im Vereinsregister vorgegeben (EU-Kommission 1997, S. 84).

Nach finnischer Rechtsauffassung besteht kein Unterschied zwischen den Rechtsformen der gemeinnützigen Organisationen in ihrer rechtlichen Behandlung und Besteuerung. Das Ausüben eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes ist grundsätzlich möglich, solange er in der Satzung vorgesehen ist und mit der Zweckerreichung in Zusammenhang steht oder wirtschaftlich zu vernachlässigen ist. Stellt jedoch die Gewinnerzielung den Zweck der Organisation dar, kann sie nicht als NPO anerkannt werden. Eine einheitliche Regelung über die Höchstgrenze des Gewinnes ist jedoch nicht vorhanden (Friedrich et al. 2005, S. 122).

Bei den Steuerbegünstigungen für NPO kann zwischen drei Steuerarten unterschieden werden: Der Körperschaftsteuer, der Erbschaftssteuer und der Umsatzsteuer. Organisationen, welche als NPO anerkannt sind, werden für Einnahmen aus dem gewerblichen Betrieb grundsätzlich mit einem Körperschaftsteuersatz von 26% besteuert, hierfür können in Spezialfällen jedoch Ausnahmen genehmigt werden. Auf Einnahmen, die nicht aus gewerblicher Tätigkeit stammen, entfällt keine Körperschaftssteuer. Zu diesen Einnahmen zählen unter anderem Lotterieeeinnahmen, Einnahmen aus Wohltätigkeitsbasaren, aus Sportveranstaltungen oder Einnahmen aus dem Verkauf von eigenen Veröffentlichungen (ebd., S. 122). Spenden, Mitgliedsbeiträge und Sachspenden sind ebenfalls nicht körperschaftsteuerpflichtig, selbst wenn die Spende von staatlichen Stellen kommt. Für den Spendenden ist die Spende nur von der Steuer absetzbar, wenn es sich um eine juristische Person handelt, jedoch gelten auch hier Einschränkungen. Für natürliche Personen erfolgt kein Steuerabzug (ebd., S. 123 f.).

Einnahmen aus Erbschaft oder Schenkung, dabei sind die Schenkungen von Sachen und Rechten eingeschlossen, sind für anerkannte NPO grundsätzlich von einer Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit. Hier gelten die gleichen Steuerbefreiungen für Schenkende wie bei der Körperschaftsteuer (ebd., S. 124). Die Umsatzsteuerpflicht für NPO beschränkt sich auf die Einkünfte aus der Geschäftstätigkeit. Von der Umsatzsteuer ausgenommen sind wiederum diejenigen Erträge, welche nach dem Einkommensteuergesetz nicht körperschaftsteuerpflichtig sind (ebd., S. 125).

Die Finanzierung von NPO in Finnland hing in der Vergangenheit eng mit der Gewährung von nicht zweckgebundenen Zuschüssen der öffentlichen Hand in Form von institutionellen Förderungen (general grants) ab. Eine Finanzierung für spezifische Projekte nimmt jedoch immer mehr zu (Seppo 2013, S. 19, zitiert nach Harju 2003, S. 44). Dies führte bei einer Vielzahl von Organisationen zu Unzufriedenheit (Seppo 2013, S. 19).

Die Einnahmen aus der Lotterie, welche nach dem Einkommensteuergesetz sowohl von der Körperschaftssteuer als auch von der Umsatzsteuer befreit sind, stellen eine wichtige Finanzierungsquelle für NPO in Finnland dar. Das finnische Lotteriewesen besteht aus einer Monopolstellung der Finnish lottery Veikkaus Ltd., der Finnish Slot Machine Association und der Fintoto Ltd. Die Gewinne aus der Lotterie fließen in Aktivitäten des Dritten Sektors, um damit die Gewinnerzielungsabsicht der Lotterie zu relativieren (ebd., S. 20).

Spenden stellen für NPO grundsätzlich eine wichtige Einnahmequelle dar. In Finnland ist für das Fundraising in der Form des expliziten Sammelns von Geldspenden eine Genehmigung notwendig. Diese wurde durch den Money Collection Act von 2006 begründet, welcher das Sammeln von Spenden stark reguliert. Im Jahr 2018 waren lediglich 500 NPO im Besitz der Erlaubnis, Spenden öffentlich einsammeln zu dürfen. Die Regulierungen sind strikt und gerade

für kleine Organisationen schwer einzuhalten. Organisationen müssen, um die Genehmigung zu erhalten, einen Fundraising-Plan über bis zu zwei Jahre einreichen und anschließend bis zu acht Monate auf eine, wiederum befristete, Genehmigung warten. Das Register wird von der Polizei geführt, diese stellt auch die Genehmigung aus (Gilbert 2018, S. 15 f.; Seppo 2018, S. 20). Innerhalb des Aktes besteht jedoch keine Regelung, zu welchen Zwecken Geld eingesammelt werden darf. Die Gelder müssen lediglich für "Nonprofit Zwecke" gesammelt werden. Dieser Begriff ist jedoch nicht gesetzlich definiert. Die strikten Regulierungen befinden sich jedoch zurzeit unter Revision, um die Regelungen eventuell zu lockern und die Genehmigungspflicht aufzuheben (Gilbert 2018, S. 15 f.). Dennoch kann auf Grundlage dieser Beobachtungen bereits von einer Tendenz eines 'Shrinking Space' gesprochen werden.

Rechtsformen im Dritten Sektor

Die Organisationen im Dritten Sektor finden in der Praxis eine sehr differenzierte Ausgestaltung. Thematisch reichen die Organisationen von Sport- und Hobbyvereinen bis hin zu Gewerkschafts- und Wirtschaftsverbänden (Harju o. J.). Die organisierte Zivilgesellschaft findet sich formal vor allem in Vereinen oder Assoziationen zusammen. Vereine können eingetragene oder nicht-eingetragene Vereine sein. Möglich ist jedoch auch die Rechtsform der Stiftung. Sobald eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder eine Genossenschaft keine Gewinnerzielung anstrebt, werden sie ebenfalls als NPO gezählt. Die Rechtsform der Genossenschaft existiert jedoch erst seit 1954 mit Einführung eines Genossenschaftsgesetzes. Alle vorher gegründeten Genossenschaften wurden als Verein geführt (Friedrich et al. 2005, S. 119). Klassischerweise findet sich die Zivilgesellschaft in Finnland jedoch spontan, außerhalb von formalen Organisationen, zusammen (Harju. o. J.c).

Die Verbände stellen in Finnland eine Körperschaft des öffentlichen Rechts dar. Auch sie können gemeinnützige Zwecke verfolgen, werden jedoch von der öffentlichen Hand kontrolliert (Lappalainen/Siisiäinen 2012, S. 106).

Für die gesetzlichen Bestimmungen des Vereines gilt das Vereinsrecht von 1989, welches im Jahr 2010 erneuert wurde (Seppo, 2013 S. 19). Für die Gründung eines Vereins sind mindestens drei Gründungsmitglieder*innen erforderlich. Das grundsätzliche Merkmal des Vereines ist das Vorhandensein von Mitglieder*innen. Der Verein ist auf die Mitglieder*innen ausgerichtet und ihre Beiträge und Leistungen tragen den Verein (Friedrich et al. 2005, S. 119). Nur der eingetragene Verein erhält die Rechtsfähigkeit, er ist Träger von Rechten und Pflichten und kann als juristische Person auftreten. Die Haftung beschränkt sich auf das Vereinsvermögen, eine persönliche Haftung der Vereinsmitglieder*innen ist bei einem eingetragenen Verein ausgeschlossen. Der nicht eingetragene, und damit nicht rechtsfähige Verein, hat keine Rechtspersönlichkeit inne. Die Mitglieder*innen des Vorstandes haften persönlich für den Verein (Lappalainen/Siisiäinen 2012, S. 105 f.). Eine Satzung ist gesetzlich

vorgeschrieben. Bei Auflösung des Vereines ist es möglich, die Güter des Vereins an die Gründer*innen zurückzuführen, wenn dies in der Satzung bestimmt wurde (Friedrich et al. 2005, S. 120).

Im Unterschied zum Verein setzt die Stiftung das Kapital in den Mittelpunkt der Organisation. Die Tätigkeit der Stiftungen wird durch das Stiftungsgesetz reguliert. Dieses wurde 2015, nachdem Missstände der existierenden Stiftungen und Misswirtschaft aufgedeckt wurden, reformiert (Die Stiftung 2014). Der Stiftung ist es nicht erlaubt, wirtschaftliche Aktivitäten zu entfalten. Der Stiftungsakt muss den Zweck der Stiftung sowie die Zuwendung des Vermögens enthalten. Durch die zwingende Eintragung der Stiftung erhält sie eine eigene Rechtspersönlichkeit als juristische Person. Auch für Stiftungen ist eine Satzung vorgeschrieben, diese muss den Vorstand namentlich vorgeben (Friedrich et al. 2005, S. 121). Bei Auflösung der Stiftung fallen die Vermögensgegenstände dem Staat zu. Er muss das Vermögen dann einem Zweck zuführen, welcher dem vorherigen Stiftungszweck entspricht (ebd., S. 121).

4. Größe und Struktur des Dritten Sektors

Größe des Dritten Sektors

Der Dritte Sektors in Finnland hatte 1996 rund 4,9 Milliarden Dollar an Ausgaben, was 3,9 % des BIP (Bruttoinlandsprodukts) entsprach. Im Nonprofit-Sektor waren zu diesem Zeitpunkt hauptamtliche Mitarbeitende mit umgerechnet 66 043 Vollzeitstellen beschäftigt (in 2014: 73 018). Das waren im Jahr 1996 3,1 % der Gesamtbeschäftigten des Landes (in 2014: 3 %). Mit diesem Beschäftigungsanteil lag Finnland deutlich unterhalb des Durchschnitts der vom CNP 1995 betrachteten neun westeuropäischen Länder, der bei 7 % liegt und auch unter dem Durchschnitt der 22 Länder (weltweit), der bei 4,8 % der Gesamtbeschäftigten liegt. Deutschland lag bei 4,9 % (Salamon/Sokolowski 2016: 31). Dass der finnische Sektor im Ländervergleich relativ klein ist, lässt sich auf die starke Rolle des Staates zurückführen. Das Bild verändert sich, wenn die in Vollzeit umgerechneten geleisteten Stunden von Freiwilligen berücksichtigt werden. Finnland bleibt zwar unter dem Durchschnitt der westeuropäischen Länder von 10,3 %, aber mit den 77 030 Vollzeitstellen, die 1996 umgerechnet durch Freiwillige geleistet wurden (in 2014: 85 165), steigt der Anteil an der Gesamtbeschäftigung auf 6,3 % (in 2014: 6,5 %) (Helander et al. 1999, S. 64 ff.; Zahlen aus 2014: Salamon/Sokolowski 2016, S. 31).

Mesoebene: Organisationen und Umbrella Organizations

Die Informationen, wie viele Organisationen es im Dritten Sektor in Finnland gibt, gehen weit auseinander. So wird die Anzahl der registrierten NPO für 2017 mit über 104 000 angegeben (Olkkonen/Quarshie 2019, S. 54). 2015 waren es dem EU-Russia Civil Society Forum zufolge

noch über 135 000 registrierte und eine nicht benannte Zahl von registrierten aktiven Gruppen und Zusammenschlüssen (Gusatinsky/Reznik 2017, Absatz "civic engagement"). In der Literatur wird von 20 - 30 000 unregistrierten NPO ausgegangen (Seppo 2013, S. 10). Hilger nimmt an, dass nur rund 54 % der registrierten Organisationen aktiv sind (ebd. 2008, S. 2), anders Gusatinsky und Reznik, die von rund 74 % aktiven Organisationen sprechen (ebd. 2017, Absatz "civic engagement"). Jährlich registrieren sich fast 3 000 neue NPO (ebd., Absatz "Trends"). Eine Entwicklung der Neuregistrierungen von Vereinen in den Jahren 1919 bis 2010 ist der Abbildung 2 zu entnehmen.

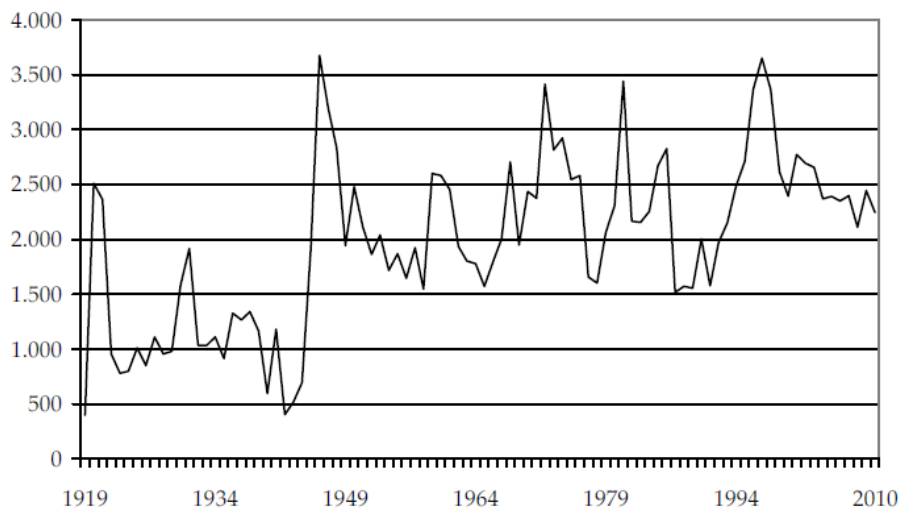


Abbildung 2: Neuregistrierungen von Vereinen in Finnland (1919-2010)

Insgesamt sind keine vollständigen Daten zu der Verteilung der NPO auf die Organisationsformen des Dritten Sektors vorhanden. 2003 werden 2 560 registrierte Stiftungen angegeben (Grönlund 2017, S. 9). Aktuellere Zahlen sprechen von 2 800 Stiftungen, von denen 800 Stipendienstiftungen seien (Löfman 2019, Absatz "Interesting figures").

Daten zu der Verteilung der Beschäftigten der NPO auf die unterschiedlichen Felder des Dritten Sektors in Finnland gibt es nur vom CNP aus dem Jahr 1996, welche in der Abbildung 3 dargestellt sind. Hervorzuheben ist der hohe Anteil des Bereichs Bildung und Forschung, der ein Viertel des Dritten Sektors umfasst. Zugleich ist in Finnland der Anteil an Organisationen der Berufs- und Erwachsenenbildung besonders hoch. Im Ländervergleich unterscheidet sich Finnland jedoch insoweit vom Durchschnitt, als dass kein einzelner Bereich den Dritten Sektor dominiert. So folgen auf den Bereich der Bildung und Forschung mit 25 %, direkt die Bereiche Gesundheit mit 23 % und Soziale Dienste mit 17,8 %. Es stechen zudem die hohen Beschäftigungsanteile im Bereich der Interessenvertretung und der Zivilgesellschaft heraus, bei denen Finnland im Vergleich der 22 Länder die höchsten Werte aufweist. Auch der Bereich der Kultur und Freizeit ist deutlich höher als der westeuropäische Durchschnitt (Helander et al. 1999, S. 70 ff.). Im Vergleich zum westeuropäischen Durchschnitt ist

außerdem noch hervorzuheben, dass in Finnland die Berufsverbände eine besondere Rolle spielen, da eine Gewerkschaftsmitgliedschaft Tradition habe (Olkkonen/Quarshie 2019, S. 58). Zwar sind die Zahlen auch in Finnland rückläufig, aber Lappalainen und Siisiäinen zufolge gehören “über 70 Prozent der finnischen Erwachsenen einer Gewerkschaft an” (ebd. 2012, S. 186).

Spannend ist, wie sich die Verteilung verändert, wenn die freiwillig Tätigen hinzugenommen werden. So sind die meisten Mitarbeitenden in den Feldern Kultur und Freizeit (32,6 %) sowie Interessenvertretung und Zivilgesellschaft (16,8 %) tätig. Es zeigt sich, dass in Finnland der Dritte Sektor insbesondere dort stark ist, wo der Staat passiv ist oder sich auf gemeinschaftlicher Ebene die Einbeziehung entsprechender Organisationen anbieten. Das betrifft die Interessenvertretung, die Freizeitgestaltung und die Kultur (Gusatinsky/Reznik 2017, Absatz „Finland at a glance“).

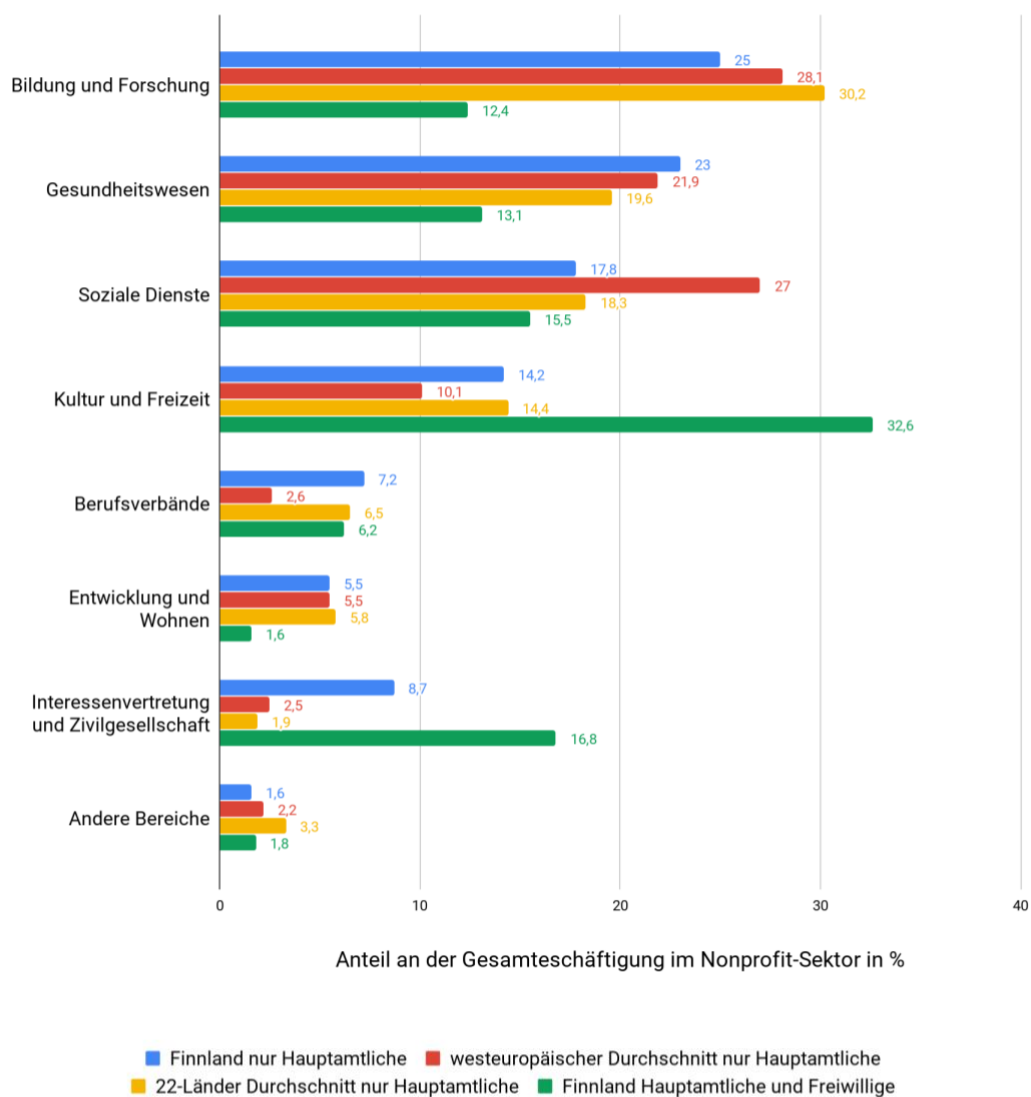
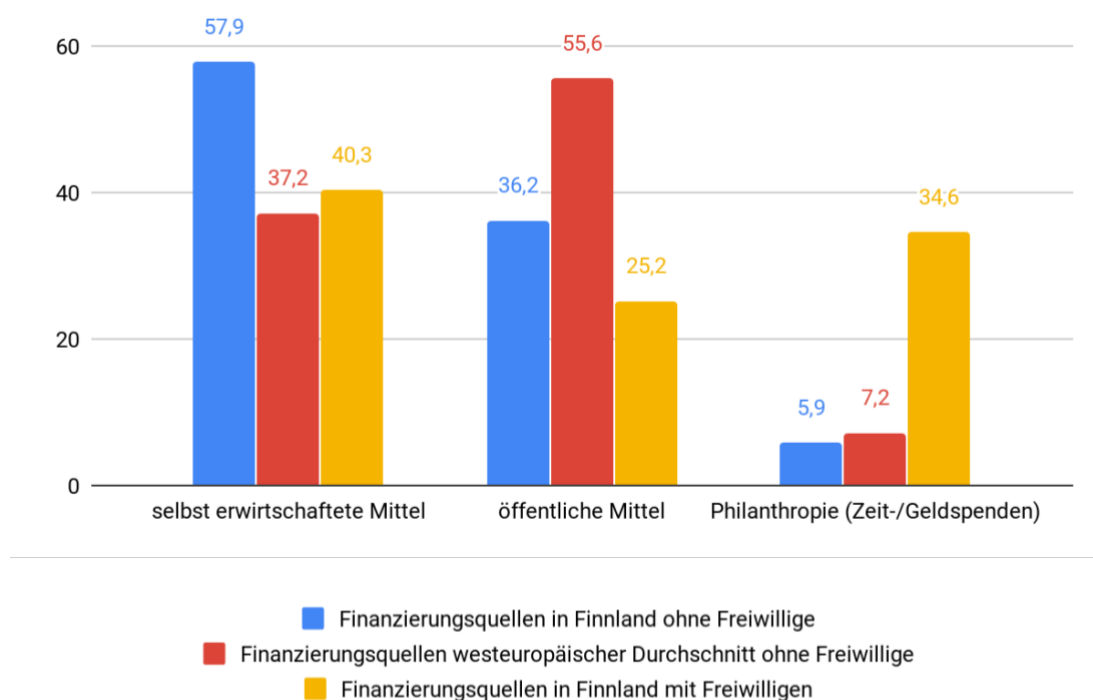


Abbildung 3: Beschäftigungsverteilung im Dritten Sektor in Finnland im Ländervergleich mit und ohne Freiwillige (1995/96)²

Auch zu den Finanzierungsquellen stammen die letzten aussagekräftigen Daten vom CNP aus dem Jahre 1995 und sind in Abbildung 4 dargestellt. Anders als der westeuropäische Durchschnitt finanzieren sich finnische NPO hauptsächlich über selbst erwirtschaftete Mittel, also bspw. Leistungsentgelte oder Mitgliedsbeiträge. Diese Finanzierungsquelle nimmt einen Anteil von 57,9 % ein. Die öffentlichen Mittel hingegen nur 36,2 % und Geldspenden 5,9 %. Das Bild ändert sich, wenn zur Quelle der Philanthropie die Zeitspenden Freiwilliger hinzugezählt werden. Dann macht dieser Bereich 34,6 % der Finanzierung aus und die selbst erwirtschafteten Mittel im Verhältnis nur noch 40,3 %. Im Ländervergleich mit den vom CNP betrachteten westeuropäischen Ländern liegt der Anteil der selbst erwirtschafteten Mittel weit über und der der öffentlichen Mittel weit unter dem Durchschnitt. Auch die philanthropischen Mittel liegen etwas unter dem Durchschnitt (Helander et al. 1999, S. 73 ff.). Auch diese Ergebnisse lassen sich durch das nordische Modell des Wohlfahrtsstaates begründen, in dem der öffentliche Sektor bereits einen hohen Teil der sozialen Versorgung übernimmt und anders als in Ländern wie Deutschland diese Aufgabe nicht an NPO auslagert und sich damit auch nicht für die Finanzierung dieser Aufgaben verpflichtet sieht. Der geringe Anteil der Finanzierungsquellen aus der Philanthropie lässt sich u.a. damit begründen, dass wie bereits erwähnt laut CIVICUS nur 500 von 100 000 NPO überhaupt das Recht haben Spenden einzuwerben (Gilbert 2018, S. 15).



² Eigene Darstellung, angelehnt an Helander et al. (1999), S. 71, Figure 3.6 und S. 73, Figure 3.7.

Abbildung 4: Finanzierungsquellen in Finnland im Ländervergleich mit und ohne Freiwillige (1995/96)³

Die bisherigen Zahlen bezogen sich auf den finnischen Dritten Sektor insgesamt, jedoch sind große Unterschiede in den einzelnen Feldern zu erkennen. Dies soll im Folgenden in Ansätzen aufgezeigt werden. So finanzieren sich die Bereiche Kultur und Freizeit, Umwelt, Bildung und Forschung oder die Berufsverbände hauptsächlich über selbst erwirtschaftete Mittel. Die Bereiche Gesundheit und Soziale Dienstleistungen hingegen zu 57,4 % aus finanziellen Mitteln des öffentlichen Sektors (Helander et al. 1999, S. 77 f.).

Ein weiteres Strukturmerkmal des Dritten Sektors ist das Vorhandensein von Überorganisationen, sogenannten „umbrella organizations“ und Netzwerken. Im Gegensatz zu anderen Ländern befinden sich im finnischen Dritten Sektor wenige dieser Verbände. Hervorzuheben ist das Netzwerk „Fingo“ (Finnish Development NGOs), das über 300 zivilgesellschaftliche Organisationen mit Engagierten zusammenbringt, die in den Bereichen Entwicklungspolitik, Interessenvertretung und globales Lernen tätig sind (Olkkonen/Quarshie 2019, S. 58).

SOSTE (Finnish Federation for Social Affairs and Health) stellt eine solche umbrella organization für rund 200 NPO im Gesundheitswesen und den sozialen Diensten dar (<https://www.soste.fi/soste-in-english/>). Beispielhaft sei auch „The Council of Finnish Foundations“ zu nennen, welches 181 Stipendienstiftungen und Vereine umfasst (<https://www.efc.be/member-post/council-of-finnish-foundations/>). Aber auch FIBS (Finnish Business & Society) stellt ein Netzwerk mit über 300 Mitglieder dar, welches NPO mit anderen Organisationen und Institutionen in Kontakt bringt, um sich Themen der Nachhaltigkeit, des Klimawandels, der Menschenrechte oder auch ethischen Herausforderungen gemeinsam zu widmen (ebd., S. 58).

Mikroebene: Individuelles Handeln

Die Angaben zum freiwilligen Engagement in Finnland gehen weit auseinander. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es anders als in einigen europäischen Ländern, wie in Deutschland, noch keinen Freiwilligensurvey für die finnische Zivilgesellschaft gibt (Hilger 2008, S. 3). Einige Angaben sind dennoch vorhanden.

Im Jahr 1996 wurden in Finnland 123 Millionen Stunden freiwillige Arbeit geleistet (Harju o. J.c). Harju spricht weiterhin davon, dass 29 bis 37 % der Bevölkerung sich regelmäßig durchschnittlich 18 Stunden pro Monat engagieren. Um das freiwillige Engagement zu koordinieren gab es laut Hilger im Jahr 2008 rund 40 lokal agierende Freiwilligenzentren, welche jedoch nicht nur Freiwillige vermitteln, sondern auch NPO beraten. An dieser Stelle sei

³ eigene Darstellung, angelehnt an Helander et al. (1999), S. 74, Figure 3.8, S. 75, Figure 3.9 und S. 76, Figure 3.11.

auch das Netzwerk “Kansalaisareena” zu nennen, welches in ganz Finnland agiert und neben der “Vermittlung [von Freiwilligen] durch eine Internetplattform auch Strategiearbeit und Lobbying” betreibt (Hilger 2008, S. 3). Die Abbildung 5 zeigt, dass Harju zufolge das freiwillige Engagement in den Bereichen Sport und Bewegung, sowie den Sozialen Diensten und dem Gesundheitswesen am stärksten ist.

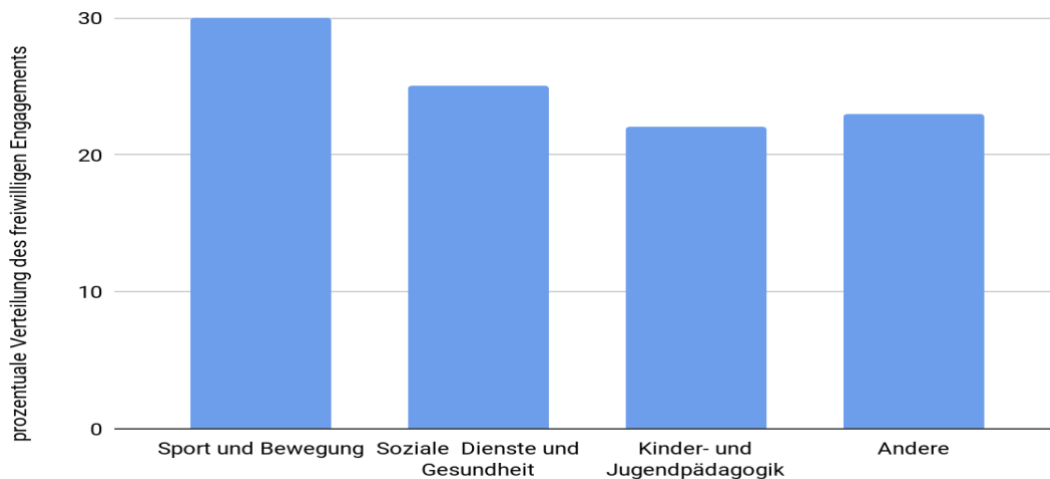


Abbildung 5: Verteilung des freiwilligen Engagements in Finnland auf verschiedene Felder (1999 2000)⁴

Neben dem bereichsbezogenen Engagement findet politisches Engagement u.a. durch die Unterzeichnung von Volksbegehren und Petitionen statt. So “unterzeichnete [2017] ein Viertel der über 15-Jährigen (24 %) in den vorhergehenden 12 Monaten eine Initiative oder Petition. Am aktivsten beim Unterschreiben von Initiativen oder Petitionen waren Frauen zwischen 20 und 24 Jahren (45 %)” (Ahlberg 2019, Absatz “Das gelobte Land der Vereine”).

Mehr Informationen sind zum Engagement in Vereinen vorhanden. Bezeichnend ist die hohe Anzahl an Mitgliedschaften. Mehr als 80 % der Finn*innen ist Mitglied in mindestens einer NPO (Olkkonen/Quarshie 2019, S. 54). Dem EU-Russia Civil Society Forum zufolge sind es rund 75 %. 2015 zählte das Forum rund 15 Millionen Mitglieder in registrierten NPO. Das ist bei einer gleichzeitigen Bevölkerungsgröße von rund 5,5 Millionen Personen das Dreifache der Bevölkerung. So sind 8 % der Finn*innen Mitglied in mehr als fünf Vereinen. Im Verlauf der letzten 40 Jahre hat die Anzahl der Finn*innen, die keinem Verein angehören stark abgenommen. So lag sie 1972 noch bei 38 % und 2005 bei nur noch 13 %, wie die Abbildung 6 zeigt (Gusatinsky/Reznik 2017, Absatz „civic engagement“).

⁴ Eigene Darstellung, angelehnt an Harju (o. J.c).

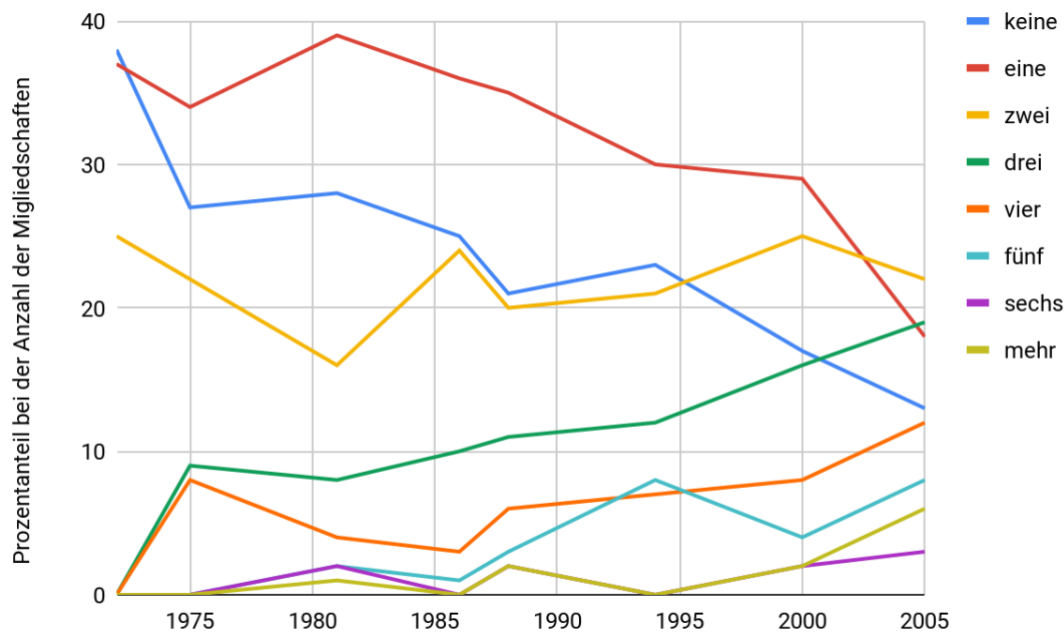


Abbildung 6: Entwicklung der Anzahl der Mitgliedschaften in Vereinen in Finnland

Es sollte jedoch dazu gesagt werden, dass Finnland bei der Anzahl der Mitgliedschaften im Ländervergleich zwar heraussticht, die Finn*innen ihre Mitgliedschaft jedoch eher passiv ausleben. Spannend ist hierbei zu betrachten, wie sich das Engagement in der Bevölkerung verteilt. Der Anteil an engagierten Männern und Frauen habe sich in den letzten 20 Jahren ausgeglichen. Größere Unterschiede seien im Vergleich des Alters und Bildungsstandes zu beobachten (Lappalainen/Siisäinen 2012, S. 185 f.). So “nehmen Jugendliche und Alte am wenigsten am Vereinsleben teil. Die höhere Mittelklasse engagiert sich in Vereinen mehr als die anderen Gruppen, während Arbeitslose und Rentner weniger aktiv sind. Diejenigen mit dem höchsten Bildungsabschluss haben mehr Organisationsmitgliedschaften und Vertrauensämter in Vereinen, und sie sind auch politisch aktiver als die Durchschnittsbürger/innen” (ebd., S. 185).

Abbildung 7 zeigt die Verteilung der rund 15 Millionen Mitgliedschaften auf einzelne Bereiche. So sind der Kultur- und Freizeitbereich und die Gewerkschaften am meisten vertreten.

BIGGEST ORGANISATIONS AND ASSOCIATIONS ACCORDING TO THEIR NUMBER OF MEMBERS

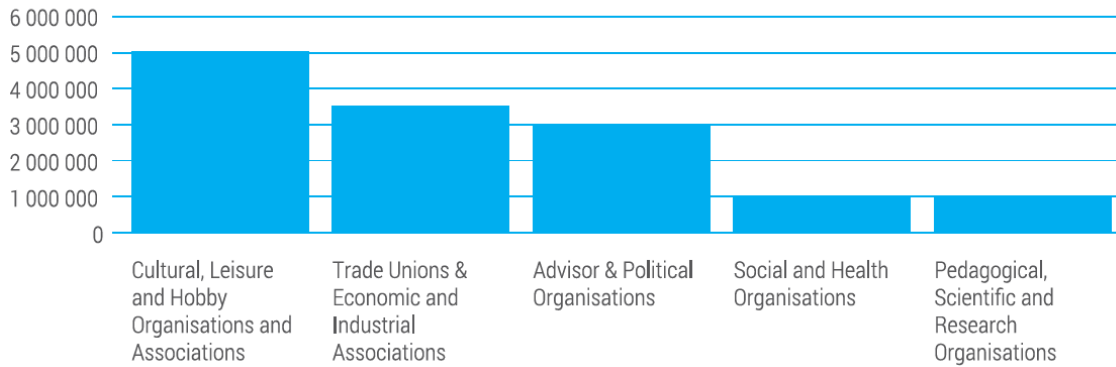


Abbildung 7: Verteilung der Mitgliedschaften auf die Felder des Dritten Sektors in Finnland (2015).⁵

Die Daten zum Spendenverhalten der Finn*innen stammen aus Umfragen von Marktforschungsunternehmen, die von NPO beauftragt wurden. Grönlund (2017) zeigt, dass den meisten Umfragen zufolge rund 70 % der Finn*innen spenden. Der World Giving Index 2014 geht jedoch von nur 45 % aus. 56 % der Befragten spendeten aber nur maximal 50 € pro Jahr (CAF 2015). Einer Studie aus dem Jahre 2008 kann entnommen werden, dass Finn*innen am häufigsten für folgende drei Themen spendeten: Veteranen (50 %), Kinder (47 %) und Internationale Katastrophenhilfe (40 %). Gemäß der Umfrage einer finnischen Medienfirma (2014) spendeten 59 % für Projekte im Inland und 27 % für solche, die das Ausland betreffen. Spannend ist auch noch anzumerken, dass das Spenden in Finnland kein kultureller Wert ist, was in einem besonderen Maße auf den Wohlfahrtsstaat zurückzuführen ist, den die Finn*innen durch ihre recht hohen Steuerzahlungen mittragen. Informationen zu Spenden aus Nachlässen und zum Spendenverhalten von Unternehmen sind gemäß Grönlund fast nicht vorhanden (ebd. 2017: S. 3 f., 10 f.).

5. Entwicklungstendenzen

2017 befragte das EU-Russia Civil Society Forum verschiedene Akteure des Dritten Sektors und der Politik zur Situation der finnischen Zivilgesellschaft. Es ist darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei um keine repräsentative Umfrage, sondern um Experteninterviews handelt. Die wahrgenommenen Trends und Herausforderungen seitens der Befragten sind in Tabelle 1 aufgeführt (Gusatinsky/Reznik 2017, S. 1 f.).

⁵ Gusatinsky/Reznik (2017), S. 1.

Tabelle 1: Übersicht Trends und Herausforderungen⁶

Akteure	Trends	Herausforderung
Niklas Wilhelmson (Ministry of Justice of Finland)	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzielle Abhängigkeit vom Staat/Gemeinden • Zunahme lokaler Tätigkeiten, v. a. Freizeit • Tätigkeiten i. S. v. Einflussnahme auf Gesellschaft sinken • Höhere Verantwortung bei der Dienstleistungserstellung 	<ul style="list-style-type: none"> • Abnahme öfftl. Unterstützung • Wettbewerbsanstieg zw. NGO und Privatunternehmen, v.a. im Sozial- und Gesundheitswesen • Rekrutierung junger Menschen als Freiwillige • Bürgerbeteiligung → movement-based action
Auli Starck (Kepa)	<ul style="list-style-type: none"> • neue Aktivitätsmodelle (soziale Netzwerke, Social Media) • Gesellschaftliche Polarisierung: Immigranten und Asylsuchende • Kürzung staatl. Zuschüsse → Finanzierungsausbau (Fundraising) oder Aktivitätsreduzierung notwendig 	<ul style="list-style-type: none"> • Anstieg d. Asylsuchenden → Hasstiraden, auch ggü. der Helfer • Sektorale Kürzung staatlicher Zuschüsse → Verschärfung d. Bedingungen f. Gewährung v. Zuschüssen
Rilli Lappalainen (Kehys)	<ul style="list-style-type: none"> • Öfftl. Behörden hinterfragen Rolle d. finnischen Zivilgesellschaftsakteure • Weniger Involvement NGO bei Entscheidungsprozesse der Regierung • Bürgerinitiativen ohne Hilfe registrierter NGO • Social Media als wichtiger Faktor im Wandel • Professionalisierungsanstieg in NGO 	<ul style="list-style-type: none"> • Reflexion der Arbeit und erwünschte Ergebnisse → zielgerichteter agieren • große NGO können langfristige Aktivitäten ausüben, während kleinere ad-hoc reagieren/arbeiten → Glaubwürdigkeit der Zivilgesellschaft
Merja Jokela (Finland-Russia Society)	<ul style="list-style-type: none"> • Allg. weltweite Probleme/Konflikte in Europa/USA/Syrien • Rechtspopulismus, Nationalismus, Protektionismus breiten sich verstärkt aus → Hasstiraden, Angst und aggressive Atmosphäre 	<ul style="list-style-type: none"> • Privatisierung d. Gesundheits- und Sozialfürsorge → zerstört den Grundstein der Wohlfahrtsgesellschaft

Bei der Auswertung der Aussagen lässt sich feststellen, dass die Begrifflichkeiten “trends” und “challenges” nicht klar voneinander zu trennen sind und sie sich gegenseitig bedingen. Des Weiteren lässt die Befragung erkennen, dass Auswirkungen auf den finnischen Dritten Sektor nicht nur auf länderspezifische, sondern auch auf globale Problemströme zurückgeführt werden können. Starck und Jokela beziehen sich unter anderem auf rechtspopulistische und polarisierende Effekte, die das zivilgesellschaftliche Handeln tangieren. Das äußert sich in Anfeindungen gegenüber Hilfesuchenden und Helfer*innen am Beispiel geflüchteter Menschen (Gusatinsky/Reznik 2017, S. 1 f.). Diese Vorkommnisse lassen tendenziell vermuten, dass zivilgesellschaftliches Engagement, das sich nicht an die finnische Bevölkerung richtet, weniger wertgeschätzt wird.

⁶ Eigene Darstellung, angelehnt an Gusatinsky/Reznik (2017), S. 1-2, Absätze “Trends” und „Challenges“.

Um weitere Kernpunkte aktueller Entwicklungstendenzen zu überblicken, wurden die prägnanten Themenschwerpunkte der Befragung herausgefiltert und anhand weiterer Quellen ergänzt. Die Abbildung 8 stellt die Kernthemen dar, welche Interdependenzen aufweisen. Die nachstehenden Ausführungen orientieren sich an dieser Darstellung.



Abbildung 8: Schwerpunkte des finnischen Dritten Sektors⁷

Es ist davon auszugehen, dass sich das freiwillige Engagement der finnischen Bevölkerung dahingehend verändert, dass deren Ausübung zunehmend spontaner und informeller erfolgt. Hierbei bieten Social-Media-Kanäle die optimale Plattform, sich zeit- und ortsunabhängig mit Gleichgesinnten auszutauschen und gemeinsam Aktivitäten zu planen. Insbesondere jüngere Generationen nutzen diese Interaktionsform. Es ermöglicht den Individuen, politisch und gesellschaftlich aktiv zu werden, ohne Mitglied in einer ZGO zu sein (Rautio/Rönty 2015, S. 3; Seppo 2013, S. 13 ff; Harju o. J.c, Abs. 1). Um sich für ein Thema öffentlich und zugleich medienwirksam einzusetzen, benötigt es keine formalen Strukturen. Das zeigt das Beispiel der “Peli Poikki” - Demonstration gegen Rassismus, Faschismus und Gewalt, die 2016 in Helsinki stattfand und von Freiwilligen über Facebook initiiert wurde. Schätzungsweise nahmen über 15 000 Menschen an diesem Marsch teil (Gusatinsky/Reznik 2017, S. 2; o. V. 2016). Wie Freiwilligenarbeit ebenfalls auf politischer Ebene Wirkung zeigen kann, lässt sich am Beispiel der Bürgerinitiative “gleiches Ehegesetz” demonstrieren. Die Initiative forderte die Gleichstellung aller Ehen, woraufhin das Parlament 2014 ein entsprechendes Gesetz verabschiedete, welches 2017 in Kraft trat (o. V. 2017; KEPA 2015, S. 1).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass zivilgesellschaftliches Engagement weiterhin ein wichtiger Bestandteil im Leben der finnischen Bevölkerung sein wird. Lediglich die Art und Weise der Ausübung und Teilhabe ändert sich zunehmend, nicht zuletzt aufgrund digitaler Technologien. Netzwerke aufzubauen und Gemeinschaften zu bilden stellen neue Handlungslogiken der Freiwilligenarbeit dar (Harju o. J.c, Abs. 1).

⁷ Eigene Darstellung, angelehnt an. EFA (2018a); Gusatinsky/Reznik (2017), S. 1-2, Absätze “Trends” und „Challenges“; Seppo (2013), S. 13-15.

Für die organisierte Zivilgesellschaft stellt sich die grundlegende Frage, wie sie ihre Handlungsfähigkeit unter veränderten Rahmenbedingungen aufrechterhalten kann. Dazu gehört es bspw. sich die neuen Formen des Engagements und Technologien nutzbar zu machen (Seppo 2013, S. 13). Ein weiterer Aspekt, der in diesem Zusammenhang zum Tragen kommt, ist die finanzielle Situation der ZGO. Rückgänge der öffentlichen Mittel werden künftig weiter zu verzeichnen sein. Ursächlich dafür ist die schwache Wirtschaftslage Finnlands, die bereits zu Haushaltskürzungen führte (Gusatinsky/Reznik 2017, S. 1 f.; Rautio/Rönty 2015, S. 3 f.). Zeitgleich verschärfen sich die Bedingungen für Fördermittelanträge. Eine Umfrage⁸ der EFA (European Fundraising Association) ergab, dass ein Großteil der befragten Organisationen in der Komplexität der Beantragung Hindernisse sehen (EFA 2018b). An dieser Stelle sind die ZGO gezwungen, ihre Finanzierungs- und Tätigkeitsstruktur zu überdenken. Sie stehen vor der Entscheidung, neue Finanzierungsquellen zu akquirieren oder ihre Aktivitäten zu reduzieren (Gusatinsky/Reznik 2017, S. 2). Die Akquise neuer Finanzmittel bezieht sich vor allem auf Geldspenden, die nur mit einer Genehmigung gesammelt werden dürfen und befristet sind (EFA 2017; EFA 2018b).

Die ZGOs stehen also vor dem Problem Spenden und/oder Fördermittel zu erhalten. Sowohl komplexe bürokratische Vorgänge als auch der Mangel an zeitlichen und personellen Ressourcen behindern sie dabei (EFA 2018b). In Hinblick auf dieses Dilemma besteht Reformbedarf. Der finnische Fundraisingverband VaLa (Vastuullinen lahjoittaminen ry) legte dem Parlament 2018 einen Gesetzesentwurf zum Fundraising-Act vor, welcher voraussichtlich 2020 in Kraft treten soll (EFA 2018b; EFA 2018c). Ziel dieses Gesetzes ist es, die bisherigen Regelungen zur Spendensammlung in der Öffentlichkeit, für wohltätige Organisationen, zu verändern (EFA 2017).

Um ihre Existenz weiterhin zu sichern und sich den neuen Bedingungen anzupassen, müssen ZGO professioneller agieren. Das bedeutet in erster Linie, dass sie ihre Ressourcen zielgerichteter und wirkungsorientierter einsetzen. Das inkludiert ein Überdenken der bisherigen Aktivitäten, Prozesse und Zielsetzung(en). Zeitgleich ist es wichtig, fehlende Expertisen aufzubauen. Dazu zählen Kenntnisse im Projektmanagement, Lobbyarbeit sowie Marketing, um Projekte und Fundraisingaktivitäten erfolgreich umzusetzen. Das bringt einen Wandel dahingehend, dass Aufgaben, die zuvor in ehrenamtlicher Hand lagen, auf hauptamtliches Personal übergehen (Gusatinsky/Reznik 2017, S. 2; Seppo 2013, S. 14 f.).

Ein weiterer Handlungsdruck für ZGO besteht darin, ihre Tätigkeiten und Mittelverwendung transparenter nach außen hin zu gestalten. Der Kommunikation mit den Stakeholdern, wie den Finanziers und Freiwilligen, kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Die ZGO müssen das

⁸ Das Marktforschungsunternehmen Taloustutkimus befragte im Mai 2018 122 gemeinnützige Organisationen zu ihrer öffentlichen und privaten Finanzierung.

Vertrauen ihrer Förder*innen erlangen und erhalten, um die benötigten Ressourcen zu generieren und um diese wirksam einzusetzen (EFA 2018a; EFA 2017).

Der Druck zur Professionalisierung der ZGO wird ferner auch durch einen zunehmenden Wettbewerb gefördert. Insbesondere in Tätigkeitsfeldern, in denen verschiedene Akteure*innen agieren. Das trifft besonders auf den Sozial- und Gesundheitsdienst zu (Gusatinsky/Reznik 2017, S. 1). So sind die Gemeinden für die Versorgungsleistungen ihrer Einwohner*innen verantwortlich und betreiben deshalb unter anderem Gesundheitszentren (Schmitt-Sausen 2010, S. 1). Allerdings verschwimmen dabei die Grenzen der Aufgabenwahrnehmung zunehmend (KEPA 2015, S. 2; Koski 2008, S. 10). Das lässt sich am Tesoma Wellbeing Centre der Stadt Tampere verdeutlichen. In kooperativer Zusammenarbeit erstellen die Akteur*innen aller drei Sektoren (Staat, Wirtschaft, Dritter Sektor) Wohlfahrtsleistungen. Die Stadt Tampere stellt unter anderem die technokratischen Strukturen und sorgt für Beratungs- und Dienstleistungen im Bereich der Familien- und Jugendhilfe. Das Privatunternehmen Mehiläinen stellt die medizinische Grundversorgung inklusive Terminmanagement sicher, während die ZGO Settlementti Tampere gemeinschaftlichen Austausch organisiert und fördert. Dazu zählen Peer-Group Treffen aber auch das Betreiben eines Gemeinschaftcafés (Keskimäki et al. 2018, S. 684; <https://www.mehilainen.fi/en>; <https://www.settlementtitampere.fi/>).

Letztlich ist noch zu erwähnen, dass ZGO neben Dienstleistungsfunktionen auch Watchdog-Positionen ausüben, indem sie die Handlungen des Staates und Marktes überwachen (Seppo 2013, S. 18, zitiert nach Kari/Markwort 2004, S. 18-19). Ein Beispiel hierfür ist die Organisation Eettisen kaupan puolesta ry, kurz Eetty ry, die sich für ethische Produktion bzw. Konsum einsetzen (Gusatinsky/Reznik 2017, S. 2).

Es ist festzuhalten, dass sich die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Handlungen gewandelt haben. Gesellschaftliche, technische und rechtliche Veränderungen wirken sich auf den Dritten Sektor Finnlands aus und prägen ihn zugleich. Die Aufgaben von ZGO bestehen darin, sich neu zu positionieren und ihre Rolle neu zu definieren.

6. Ausblick und Fazit

Unter dem Gesichtspunkt der demographischen Entwicklungen wird in Finnland darüber diskutiert, ob das Modell des nordischen Wohlfahrtsstaates zukünftig an seine Grenzen gelangt (Hermann 2017; Koski 2008, S. 10 ff.). Die Auswirkungen sind in Finnland gravierender als in anderen europäischen Ländern (Bielmeier 2018; Seppo 2013, S. 13; Koski 2008, S. 3). Aufgrund der alternden Bevölkerung steigt die finanzielle Belastung auf lokaler Ebene im Bereich Soziales und Gesundheit stark an (Bielmeier 2018). Um eine Entlastung der Gemeinden zu schaffen, debattiert die Politik bereits über Reformansätze des Sozial- und

Gesundheitswesens (Bielmeier 2018; Keskimäki et al. 2018, S. 679; Koski 2008, S. 10). Akteur*innen des Dritten bzw. privaten Sektors könnten im Rahmen einer Privatisierungswelle künftig mehr Leistungen in diesem Bereich übernehmen (Seppo 2013, S. 13 f.). „Die Alterung der Bevölkerung ist sowohl eine Herausforderung als auch eine Chance für freiwilliges Engagement“ (Seppo 2013, S. 13). Herausfordernd im Sinne von steigender Arbeitsbelastung und Chance im Sinne von größerem Involvement (Seppo 2013, S. 13 f.). Es ist jedoch nicht zu vergessen, dass sich durch die sektorale Aufgabenverteilung auch die Legitimationsgrundlagen ändern. Für Jokela entspräche diese Neuregelung nicht dem fundamentalen Verständnis der finnischen Wohlfahrt (Gusatinsky/Reznik 2017, S. 2). Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang bezieht sich auf den steigenden Wettbewerb zwischen marktlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren (ebd.: S. 1). Professionalisierung seitens der ZGO kann zu einem „mission drift“ führen, sofern die Erfüllung von Formalzielen in den Fokus rückt (Simić/Predović 2014, S. 366).

In Anbetracht der geplanten Liberalisierung der Gesetzeslage zur Spendensammlung sind Veränderungen im Dritten Sektor zu erwarten. Durch den Impuls, nicht von staatlichen Finanzmitteln abhängig zu sein und flexibler agieren zu können, könnten sich neue Organisationen gründen. Auch für etablierte Organisationen steht die Option offen ihr Leistungsangebot auszubauen. Es ist zu vermuten, dass der Wettbewerb um Spendenmittel und der Bedarf an professioneller Fundraisingexpertise steigen wird. Spenden weiterhin als Finanzierungsquelle zu sehen setzt jedoch voraus, dass die Finn*innen trotz gleichbleibend hoher Steuerbelastung bereit sind zu spenden. Zudem bleibt abzuwarten, ob die Gesetzesreform staatliche Verwaltungseinheiten entlastet und von Bürokratieabbau gesprochen werden kann, oder für die zuständigen Behörden ein Mehraufwand bedeutet.

Die Untersuchung des finnischen Dritten Sektors zeigt, dass zivilgesellschaftliches Handeln, insbesondere die Entstehung formaler zivilgesellschaftlicher Strukturen, eng mit Finnlands Geschichte verbunden ist. Finnlands Kampf um Unabhängigkeit prägte das jetzige Staats- und Wirtschaftsmodell und damit zugleich die Landschaft des Dritten Sektors. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten ist der Dritte Sektor in Finnland, gemessen an der Gesamtbeschäftigungsquote, kleiner als der Durchschnitt. Dieser Aspekt unterstreicht die wohlfahrtsstaatliche Einordnung Finnlands in das sozialdemokratische Modell nach Esping-Andersen, wonach der Staat als Hauptakteur für die gesellschaftliche Wohlfahrt sorgt. Ferner hat die Untersuchung ergeben, dass zivilgesellschaftliches Engagement ein fundamentaler Wertbestand der finnischen Bevölkerung ist. Die Finn*innen engagieren sich überwiegend auf lokaler Ebene im Bereich Kultur und Freizeit. Etwa ein Viertel der hauptamtlich Beschäftigten im Dritten Sektor ist in der Bildung und Forschung tätig. Das zeigt, dass Akteur*innen des Dritten Sektors überwiegend in den Bereichen aktiv sind, in denen der Staat passiv ist. Der Dritte Sektor zeichnet sich durch eine hohe Anzahl an Vereinsmitgliedschaften aus. Allerdings

haben die Recherchen ergeben, dass unter Mitgliedschaften nicht nur aktive Mitgliedschaften gefasst werden. Gleichzeitig finden spontane und altruistische Aktivitäten der Finn*innen überwiegend abseits von institutionellen Strukturen statt. Die häufigste ZGO-Form in Finnland ist der Verein, dessen Registrierung fakultativ ist.

Insgesamt wird das zivilgesellschaftliche Handeln durch Verordnungen, Richtlinien und Verfassungsrecht gesteuert. Der finnische Staat nimmt gegenüber zivilgesellschaftlichen Aktivitäten eine behütende Rolle ein. Er äußert seine Wertschätzung insofern, dass er bürgerschaftliches Engagement sowie den Austausch zwischen ZGO und dem Staat fördert. Auf der anderen Seite werden Organisationen Hürden auferlegt, die ihre Handlungsfähigkeit einschränken. Vor allem in Bezug auf die Akquise finanzieller Ressourcen. Im Zuge der Abnahme öffentlicher Zuschüsse, die die zweitgrößte Finanzquelle ausmachen, sind die Organisationen zukünftig stärker auf Spenden angewiesen. Bisher machten diese einen sehr geringen Teil aus, was sich durch eine Lockerung des geltenden Gesetzes verändern kann.

Obwohl der wohlfahrtsstaatliche Charakter des Landes Tradition hat, gerät das System zunehmend unter Druck. Inwiefern der finnische Staat weiterhin in der Lage sein wird, seine wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben im bisherigen Umfang in Eigenregie zu erfüllen, bleibt abzuwarten. Vor allem im Hinblick auf die demographischen Entwicklungen könnte die Bedeutung des Dritten Sektors zukünftig steigen, indem er verstärkt öffentliche Aufgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich übernimmt. Mit der Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in den Wohlfahrtsprozess sind zugleich Veränderungen im Dritten Sektor zu erwarten.

Quellenverzeichnis

- Ahlberg, Marina (2019): Was machen Finnen in ihrer Freizeit? online unter URL: <https://finland.fi/de/fakten-amp-statistik/was-machen-finnen-in-ihrer-freizeit/> [Abruf: 30.11.2019]
- Anheier, H. K. (2014): Nonprofit Organizations: Theory, Management, Policy, 2. Aufl., London/New. York.
- Bielmeier, Stefan (2018): Beim demographischen Wandel ist Finnland Vorbild, online unter URL: <https://www.wiwo.de/politik/europa/wirtschaft-im-weitwinkel-beim-demographischen-wandel-ist-finnland-vorbild/21182474.html> [Abruf: 29.11.2019]
- Charities Aid Foundation (Hrsg.) (2019): CAF World Giving Index - Ten years of giving Trends. Online verfügbar unter https://www.cafonline.org/docs/default-source/about-us-publications/caf_wgi_10th_edition_report_2712a_web_101019.pdf (zuletzt geprüft 30.09.2020).
- Countrysmeters. (2019). Finnland Bevölkerungsuhr. Online unter URL: <https://countrysmeters.info/de/Finland> [Abruf: 19.02.2020]
- Die Stiftung (2014): Blühende Stiftungslandschaften und blühende Missstände, online unter URL: <https://www.die-stiftung.de/nachrichten-service/bluehende-stiftungslandschaften-und-bluehende-missstaende-34304/2/> [Abruf: 29.01.2020]
- EFA European Fundraising Association (2017): Your Voice: Why Finland is reforming its public collections law, online unter URL: <https://efa-net.eu/features/your-voice-why-finland-is-reforming-its-public-collections-law> [Abruf: 29.11.2019]
- EFA European Fundraising Association (2018a): Impact reporting an increasing challenge for Finnish non-profit organizations, online unter URL: <https://efa-net.eu/news/impact-reporting-for-finnish-non-profit-organisations-examined-in-seminar> [Abruf: 29.11.2019]
- EFA European Fundraising Association (2018b): Finland's NGOs invest in wide-ranging funding as Government grants become harder to access, online unter URL: <https://efa-net.eu/news/finlands-ngos-invest-in-wide-ranging-funding-as-government-grants-become-harder-to-access> [Abruf: 29.11.2019]
- EFA European Fundraising Association (2018c): Fundraising Act approved by Finnish parliament, online unter URL: <https://efa-net.eu/news/new-fundraising-act-approved-by-finnish-parliament> [Abruf: 29.11.2019]
- Elchburger. (2019). Finnland Geografie. Online unter URL: <https://www.elchburger.de/finnland/land-und-leute/geographie> [Abruf: 03.12.2019]
- Europäische Kommission (1997): Die Förderung der Rolle gemeinnütziger Vereine und Stiftungen in Europa, Ratsdokument 10783/97, online unter URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=LEGISSUM%3Ac10714> [Abruf: 29.01.2020]
- European Foundation Centre. (2019). Council of Finnish Foundations. Online unter URL: <https://www.efc.be/member-post/council-of-finnish-foundations/> [Abruf: 30.11.2019]
- EU2019.Fi. (2019). Finnland hat eine neue Regierung. Online unter URL: https://eu2019.fi/de/artikkeli/-/asset_publisher/paaministeri-rinteen-hallitus-on-nimitetty [Abruf: 03.12.2019]
- Finnisches Zentralamt für Statistik (2019): Fakten über Finnland, eine kurze Übersicht über die finnische Gesellschaft, Außenministerium Finnland, online unter URL:

- https://toolbox.finland.fi/wp-content/uploads/sites/2/2019/07/finfo_facts_de_toolbox.pdf
[Abruf: 03.12.2019]
- Friedrich, Peter/Kaltschütz, Anita/Nam, Chang Woon/Parsche, Rüdiger/Wellisch, Dietmar (2005): Die Besteuerung gemeinnütziger Organisationen im internationalen Vergleich, Forschungsvorhaben des Bundesministeriums der Finanzen, ifo Forschungsberichte, No. 24, Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, online unter URL: <http://hdl.handle.net/10419/167388> [Abruf: 19.11.2019]
- Frietsch, Martina (2018): Nordeuropa, Finnland, Planet Wissen, online unter URL: <https://www.planet-wissen.de/kultur/nordeuropa/finnland/index.html> [Abruf: 19.11.2019]
- Gilbert, Cathal (2018): Regulating political activity of civil society, a comparative analysis of regulation of civil society organizations, 'political activity' and international funding - Ireland, Netherlands, Germany, Finland, CIVICUS and the Irish Council for Civil Liberties, online unter URL: <https://www.civicus.org/index.php/media-resources/reports-publications/3562-new-paper-regulating-political-activity-of-civil-society-a-look-at-4-eu-countries> [Abruf: 11.11.2019]
- Grönlund, Henrietta (2017): Research on Giving in Finland, The state of research on giving by households, corporations, foundations and charity lotteries to charitable organisations in Finland, in: Hoolwerf, Barry/Schuyt, Theo (Hrsg.): Giving in Europa, The state of research on giving in 20 European countries, ERNOP publication, Lenth Publishers, Amsterdam, online unter URL: <https://ernop.eu/wp-content/uploads/2017/10/Giving-in-Europe-country-report-Finland.pdf> [Abruf: 27.11.2019]
- Gusatinsky, Eilina/Reznik, Kirill (2017): What is Hapening Within the Civil Society: Finnland, Publication of the EU-Russian Civil Society Forum, online unter URL: <https://eu-russia-csf.org/wp-content/uploads/2019/04/WhatIsHappeningWithintheCivilSocietyFinlandPRINT.pdf> [Abruf: 19.11.2019]
- Harju, Aaro (o. J.a): The history of civil society, online unter URL: https://www.kansalaisyhteiskunta.fi/kansalaisyhteiskunta/civil_society/the_history_of_civil_society [Abruf: 03.12.2019]
- Harju, Aaro (o. J.b): The national awakening, online unter URL: https://www.kansalaisyhteiskunta.fi/kansalaisyhteiskunta/civil_society/the_history_of_civil_society/the_national_awakening [Abruf: 03.01.2020]
- Harju, Aaro (o.J.c): The scope of present day civil society, online unter URL: https://www.kansalaisyhteiskunta.fi/kansalaisyhteiskunta/civil_society/the_scope_of_present_day_civil_society [Abruf: 28.11.2019]
- Harju, Aaro (o. J.d): The groups of organizations, online unter URL: https://www.kansalaisyhteiskunta.fi/kansalaisyhteiskunta/civil_society/the_groups_of_organizations [Abruf: 03.12.2019]
- Helander, Voitto/Laaksonen, Harri/Sundback, Susan/Anheier, Helmut K./Salamon, Lester M. (1999): Finnland, in: Salamon, Lester M./Anheier, Helmut K./List, Regina/Toepler, Stefan/Sokolowski, S. Wojciech/Associates (Hrsg.): Global Civil Society, Dimensions of the Nonprofit Sector, The Johns Hopkins Center for Civil Society Studies, Baltimore, S. 63-80
- Helander, Voitto/Sundback, Susan (1998): Defining the Nonprofit Sector: Finland, Working Papers of the Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, no. 34, The Johns Hopkins Institute for Policy Studies, Baltimore

- Hermann, Rudolf (2017): Der nordische Tiger Finnland regt sich wieder, in: Neue Zürcher Zeitung, online unter URL: <https://www.nzz.ch/wirtschaft/der-nordische-tiger-regt-sich-wieder-ld.1338295> [Abruf: 28.11.2019]
- Hilger, Peter (2008): Freiwilligenarbeit in Finnland, Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 24/2008, online unter URL: <https://www.buergergesellschaft.de/index.php?id=106811&newspid=106746&news=3748> [Abruf: 25.11.2019]
- Kari, Matti/Markwort, Jari (2004): Kolmas sektori EU:ssa ja eräissä Euroopan maissa. RAY:n avustustoi-minnan raportteja 14. Helsinki. [The third sector in the EU and some European countries. Finnish Slot Machine Association assistance activity reports. In Finnish.] S. 18-19
- KEPA (2015): Snapshot of Civil Society in Finland, Questionnaire to members of The Affinity Group of National Associations (AGNA), online unter URL: http://www.civicus.org/images/Snapshot_of_CS_in_Finland.pdf [Abruf: 28.11.2019]
- Keskimäki, Ilmo/Sinervo, Timo/Koivisto, Juha (2018): Integrating health and social services in Finland: regional and local initiatives to coordinate care, in: Public Health Panorama, Volume 4, Issue 4, 2018, S. 679-687
- Ketola, Markus (2015): Civil Society Management Education in Finland, What's Management got to do with it? in: Journal of Nonprofit Education and Leadership, Vol. 5, No. 4, S. 305-324
- Koski, Olli (2008): Länderanalyse: Eine sanfte Landung für Finnland? Struktureller Wandel und politischer Kurswechsel, online unter URL: <https://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05710.pdf> [Abruf: 28.11.2019]
- Lappalainen, Pertti/Siisiäinen, Martti (2012): Finnland, Vereine und Verbände in Gesellschaft und im politischen System Finnlands: Veränderungen und Entwicklungen, in: Reutter, Werner (Hrsg.): Verbände und Interessengruppen in den Ländern der Europäischen Union, 2. Aufl., Springer VS, Wiesbaden, S. 179-209
- Länderdaten.info. (2019). Deutschland. Online unter URL: <https://www.laenderdaten.info/Europa/Deutschland/index.php> [Abruf: 03.12.2019]
- Löfman, Martin (2019): About Finnish Foundations, online unter URL: <https://www.saatiopalvelu.fi/en/about-finnish-foundations.html> [Abruf: 29.11.2019]
- Mehiläinen. (2019). Online unter URL: <https://www.mehilainen.fi/en> [Abruf: 19.02.2020]
- o. V. (2016): 15,000 march in Helsinki anti-racism protest, in: The Guardian, 24.09.2016, online unter URL: <https://guardian.ng/news/15000-march-in-helsinki-anti-racism-protest/> [Abruf: 19.02.2020]
- o. V. (2017): Gleichgeschlechtliche Paare in Finnland dürfen heiraten, in: Frankfurter Allgemeine, 01.03.2017, online unter URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/homo-ehe-in-finnland-parlament-stimmt-fuer-die-einfuehrung-14903609.html#void>
- o. V. (2019): Finnlands Ministerpräsident reicht Rücktritt ein, in: Frankfurter Allgemeine, 03.12.2019, online unter URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/finnland-ruecktritt-von-ministerpraesident-antti-rinne-gefordert-16516587.html> [Abruf: 09.02.2020]
- Olkkonen, Laura/Quarshie, Anne (2019): Corporate Social Responsibility in Finland, Origins, Characteristics, and Trends, Palgrave Macmillan, Springer Nature Switzerland AG, Cham

- Rautio, Sirpa/Rönty, Hanna (2015): Civil Society Space Report – Input, Contribution from the Finnish NHRI/Human Rights Centre, online unter URL: https://www.ihmisoikeuskeskus.fi/@Bin/2464111/Civil_Society_Space_HRC_Finland.pdf [Abruf: 25.11.2019]
- Rudnicka, J. (2019): Statistiken zur Einwohnerzahl in Deutschland, Statista, online unter URL: <https://de.statista.com/themen/20/einwohnerzahl/> [Abruf: 20.02.2020]
- Salamon, M. L./Sokolowski, W. (2016): The Size and Scope of the European Third Sector, TSI Working Paper No. 12, Seventh Framework Programme (grant agreement 613034), European Union. Brussels: Third Sector Impact, online unter URL: <https://thirdsectorimpact.eu/documentation/tsi-working-paper-no-12-size-scope-third-sector-europe/> [Abruf: 22.11.2019]
- Settlementi Tampere. (2019). Online unter URL: <https://www.settlementitampere.fi/> [Abruf: 19.02.2020]
- Schmitt-Sausen, Nora (2010): FINNISCHES GESUNDHEITSSYSTEM, Durchorganisiert, effizient, gut? in: Deutsches Ärzteblatt, Jg. 107, Heft 24, 28.06.2010, online unter URL: <https://www.aerzteblatt.de/pdf.asp?id=77041> [Abruf: 28.11.2019]
- Seppo, Marja (2013): Finnish Civil Society Now, Its operating environment, state and status, kepa's working papers 39, online unter URL: <https://www.fingo.fi/sites/default/tiedostot/julkaisut/finnish-civil-society-final.pdf> [Abruf: 27.11.2019]
- Siisiäinen, Martti/Kankainen, Tomi (2009): Järjestötoiminnan kehitys ja tulevaisuudennäkymät Suomessa. Teoksessa Suomalaiset osallistujina. Katsaus suomalaisen kansalaisvaikuttamisen tilaan ja tutkimukseen. Oikeusministeriön, Julkaisuja, 5, S. 91–138
- Simić, Žana/Predović, Fiona (2014): Managerialismus und Hybridisierung von NPOs – Veränderungen und Folgen, in: Zimmer, Annette/Simsa, Ruth (Hrsg.), Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement, Springer VS, Wiesbaden, S. 357-369
- SOSTE. (2019). Online unter URL: <https://www.soste.fi/soste-in-english/> [Abruf: 30.11.2019]
- Statistisches Bundesamt (2016): Anteil der Beschäftigten im Staatssektor nahezu unverändert, online unter URL: <https://service.destatis.de/DE/WirtschaftJahrtausendwendeEuropa/bloc-4d.html> [Abruf: 03.12.2019]
- Tagesschau (2019). Die jüngste Regierungschefin der Welt. Online unter URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/finnland-marin-101.html> [Abruf: 03.12.2019]
- Urnersbach, Bruno (2018): Statistiken zu Finnland, Statista, online unter URL: <https://de.statista.com/themen/1616/finnland/> [Abruf: 03.12.2019]
- Utopia Team (2019): World Happiness Report 2019, Hier sind die Menschen am glücklichsten, online unter URL: <https://utopia.de/world-happiness-report-in-diesem-land-sind-die-menschen-am-gluecklichsten-83234/> [Abruf: 03.12.2019]
- Zimmer, Annette/Pahl, Benedikt (2018): Barriers to Third Sector Development, in: Bernard Enjolras, Lester M. Salamon, Karl Henrik Sivesind, Annette Zimmer (Hrsg.), The Third Sector As A Renewable Resource for Europe, Concepts, Impacts, Challenges and Opportunities, Palgrave Macmillan, Cham, S. 125-160

II. Der Dritte Sektor im Kosovo

Sarina Bauer, Kevin Petersen, Hannah Rex, Carina Wülferth

Steckbrief: Republik Kosovo			
	Landesweit	Zivilgesellschaft	
Bevölkerungsgröße	1 800 000 (2016)*	Total	Anteil
BIP	-	-	unbekannt
Beschäftigung	-	-	3,25%** °

Legende: °=Beschäftigungs-Quote

Quellen: *=Auswärtiges Amt 2019a, **= KPST 2018, S. 22.

Steckbrief: Zivilgesellschaft			
Einordnung der ZG	Hauptfelder	Demokratieförderung, sozialer Wandel, Friedensförderung, Zielgruppe „Frauen“, kosovarische Angestellte sowie Partizipation gefolgt von Umwelt und Menschenrechten *	
	Hauptfunktion	Vor allem service-orientierte Dienstleistungsfunktionen (soziale Wohlfahrtstaatlichkeit und die Bekämpfung der existentiellen Not) **	
	Systematik ^{oo}	liberaler Wohlfahrtsstaat ^{ooo}	
Anzahl der Organisationen	Insgesamt	9 545 (2017)***	
	Häufigste Rechtsform	Vereine (<i>Shoqata</i>): 96%; Stiftungen (<i>Fondacione</i>): 4% ***	
CAF-Ranking (2019) ****	Aspekt	Platz	Anteil
	Helfen	103	11%
	Spenden	31	39%
	Freiwilligenarbeit	69	45%
	Insgesamt	62	31%
Beschäftigte	nach Anstellungsart	Anzahl	Anteil
	Hauptamtliche	-	75% (2017)^
	Ehrenamtliche	-	25% (2017)^ °
	Insgesamt	-	100%
	Ehrenamtsquote		15,2%(2017) ^^

Legende: °=Verhältnis Hauptamt/ Ehrenamt, ^{oo} nach Esping-Andersen, ^{ooo}=Aufgrund langzeitiger hoher Arbeitslosenzahlen und geringen Steueraufkommens ist die Sozialpolitik des Kosovo minimal gehalten. Es gibt keine finanzielle Unterstützung für Arbeitslose jenseits des Rentensystems und der Sozialhilfe. Soziale Sicherheit private (Familien-) Angelegenheit.

Quellen: *= CSI 2016, S. 17; Londo 2018, S. 93f.; Kramer 2005, S. 35, **= Akkaya 2012, S. 155, ***= KCSF 2018, ****= CAF Charities Aid Foundation 2019, ^= KCSF 2018, S.31 , ^^= KCSF 2018, S. 10f.

1. Der Kosovo: Ein kleines Land mit bewegter Geschichte

Der Kosovo ist der jüngste Staat Europas: Seit dem 17. Februar 2008 ist der Kosovo unabhängig und wurde bisher von 116 Staaten anerkannt (Auswärtiges Amt 2019a). Die bewegte Geschichte des Landes wirkt bis heute in alle Bereiche des täglichen Lebens und veränderte nachhaltig die Struktur der organisierten Zivilgesellschaft des Kosovo. 1999, mit Ende des Bürgerkriegs, strömen viele internationale Hilfsorganisationen ins Land, um beim Wiederaufbau zu helfen. Wie hat sich seitdem die Landschaft der Nichtregierungsorganisationen (NGO) im Kosovo entwickelt? Welche Rolle spielen zivilgesellschaftliche Organisationen im täglichen Leben? Wie steht es um das Engagement der Bevölkerung? Der vorliegende Beitrag soll eine Momentaufnahme liefern.

Eine umfassende Bestandsaufnahme zur Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen im Kosovo liefert Akkaya (2012). Londo (2018) beschäftigt sich ebenso mit der Zivilgesellschaft im Kosovo, während McMahon (2019) sich am Beispiel des Kosovo mit der Problematik des Zusammenspiels von internationalen und lokalen NGO im Kontext von Friedensmissionen auseinandersetzt. Der Kosovo Civil Society Index 2018 erhebt und analysiert Daten über die Zivilgesellschaft und NPOs im Kosovo. Der Index gliedert sich an die CIVICUS-Studie von 2001 an und wird alle zwei Jahre erhoben, um relevante, vergleichbare Daten der Organisationslandschaft im Kosovo zu erhalten. Zusätzliche aktuelle Informationen über die Einstellungen junger Menschen im Kosovo liefert die Kosovo Youth Study 2018/19 der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Studie gewinnt aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung an Bedeutung.

Länderkunde

Der Kosovo mit seiner Hauptstadt Pristina befindet sich zentral auf der Balkanhalbinsel und grenzt an Serbien, Nordmazedonien, Albanien und Montenegro. Die Staatsform ist eine parlamentarische Demokratie. Der parteilose Hashim Thaçi war 2019 Staatspräsident (Auswärtiges Amt 2019a), seit Februar 2020 ist Albin Kurti Regierungschef (Süddeutsche Zeitung 2020). Der Kosovo umfasst eine Größe von 10.877 km². Auf diesem Gebiet lebten im Jahr 2016 1.816.200 Millionen Menschen, die verschiedenen Ethnien und Religionsgemeinschaften angehören (Auswärtiges Amt 2019a).

Geschichte

Um die aktuelle Situation im Kosovo nachvollziehen zu können, ist ein kurzer Abriss zur Geschichte, die sich noch heute in der sozialen, ökonomischen und politischen Situation des Landes widerspiegelt, nötig. Das Gebiet ist geprägt von konkurrierenden Territorialansprüchen, ethnischen Konflikten und politischer Unsicherheit. Unterschiedliche Ein- und Auswanderungsströme führten über die Jahrhunderte zu einem Wandel in der Bevölkerungsstruktur des Kosovo. Die zunächst überwiegend serbische Bevölkerung verließ das Gebiet, dafür wanderten vermehrt Albaner*innen ein (Akkaya 2012, S. 75).

In Jugoslawien erlangte der Kosovo 1974 volle Autonomie als Teil der Republik Serbien, die allerdings 1989 wieder aufgehoben wurde (Außenwirtschaftszentrum Bayern 2018, S. 5). Studierendenunruhen in Pristina führten 1981 zu Massendemonstrationen, bei denen die albanische Bevölkerung ihrer allgemeinen Unzufriedenheit mit der sozialen und ökonomischen Situation Ausdruck verlieh. Die Unruhen wurden gewaltsam niedergeschlagen (Akkaya 2012, S. 85f.). In den Folgejahren wurde besonders die muslimische Mehrheit der Bevölkerung weiter unterdrückt und der Ausnahmezustand uneingeschränkt über den Kosovo verhängt. Die kosovo-albanische Bevölkerung wehrte sich zunächst gewaltfrei, mit der Zeit entstand in den 90er Jahren eine albanische Parallelgesellschaft (ebd., S. 88f.). Als der Versuch einer Internationalisierung der Kosovo-Frage scheiterte, bedeutete dies auch ein Ende für die Politik des passiven Widerstands; es kam zu Bombenanschlägen durch albanische Paramilitärs. Serbische Sicherheitskräfte wandten sich daraufhin gegen die kosovarische Zivilbevölkerung (ebd., S. 89). Aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen und andauernden Repressionen gegen die Zivilbevölkerung, richtete Ende der 1990er Jahre schließlich die internationale Politik ihr Augenmerk auf das Kosovo-Problem und beschloss die Einrichtung einer OSZE-Mission und unbewaffnete Luftraumüberwachung durch die NATO (ebd., S. 90). Während der Friedensverhandlungen kam es zu einer militärischen Offensive durch Jugoslawien. Das Abkommen scheiterte, im Frühjahr 1999 bombardierte die NATO die serbische Armee und Polizei, um deren Übergriffe im Kosovo zu stoppen. Die Luftangriffe durch die NATO bewegten die serbischen Truppen schließlich zum Rückzug aus dem Kosovo, der unter nationale Verwaltung gestellt wurde, während er offiziell Teil Jugoslawiens blieb (ebd., S. 91f.). Bis heute sind die ethnischen Konflikte zwischen Kosovo-Serb*innen und Kosovo-Albaner*innen nicht gelöst. Im Jahr 2004 kam es erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen – welche die Schlimmsten seit 1999 darstellen (ebd., S. 95). Ab 2006 kam es zu mehreren Statusverhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo. Auch unter internationaler Beteiligung lehnte Serbien jegliche Vorschläge ab, woraufhin

der Kosovo 2008 seine Unabhängigkeit erklärte. 2010 erkannte der Internationale Gerichtshof in den Haag die Unabhängigkeit des Kosovo als rechtmäßig an (ZEIT ONLINE 2010), zwei Jahre später erhielt der Kosovo seine vollständige Souveränität. Damit endete auch die internationale Überwachung der Unabhängigkeit des Kosovo (Die Welt 2012). 2013 nähern sich Serbien und der Kosovo erstmals einander an, die Spannungen zwischen den beiden Ländern bestehen aber bis heute.

2. Die Zivilgesellschaft im Kosovo: Begriffsdefinition und Verständnis

Laut Zimmer handelt es sich bei dem Begriff Dritter Sektor um die „Bezeichnung eines gesellschaftlichen Bereichs, der durch die Sektoren Staat, Markt und Gemeinschaft bzw. Familie abgegrenzt wird“ (2002, S. 1). Betrachtet man den Dritten Sektor, so ist vor Allem die Meso-Ebene, also die Organisationsebene, gemeint.

Der Begriff Zivilgesellschaft dagegen ist umfassender, er wird in verschiedenen Disziplinen verwendet und dementsprechend unterschiedlich und uneinheitlich definiert (Akkaya 2012, S. 44ff.). Um die Zivilgesellschaft im Kosovo zu beschreiben eignet sich folgende analytische Definition von Kocka, der Zivilgesellschaft als den

„Bereich, der in ausdifferenzierten modernen Systemen »zwischen« Staat, Wirtschaft und Privatsphäre liegt, also im Bereich der selbstorganisierten Zirkel, Initiativen und Netzwerke, der Stiftungen, Vereine, Bewegungen und Organisationen, die weder Regierungsorganisationen noch profitorientiert sind“ (Kocka 2006, S. 133)

ansieht. Hierbei liegt der Fokus auf einer Verbindung der begriffslogischen mit der handlungslogischen Ebene, das heißt, der Betrachtung von Zivilgesellschaft und ihren Vereinigungen als unabhängig von Staat und Privatwirtschaft und aus sich selbst heraus agierend. Es werden aber nicht nur die Organisationen, sondern auch die akteurszentrierte Mikro-Ebene mit einbezogen (ebd., S. 133f.). Ist im Folgenden vom Dritten Sektor die Rede, so umfasst er Organisationen und die aktive Zivilgesellschaft nach der obenstehenden Definition.

Funktionen von Zivilgesellschaft

Einen Überblick über die theoretischen Grundlagen zur Betrachtung von Funktionen der Zivilgesellschaft im Kosovo liefert Akkaya (2012). Neben der Schutzfunktion, die den Bereich des selbstorganisierten Engagements vor dem Einfluss des Staates bewahren soll, soll gleichzeitig die Vermittlungsfunktion Balance in die Interaktion zwischen Staat und Gesellschaft bringen. Die Sozialisierungs-, Gemeinschafts- und Kommunikationsfunktion zielen auf eine demokratisch handelnde, aktive Zivilgesellschaft, in der Teilhabe für alle Bürger*innen möglich ist (Akkaya 2012, S. 49ff.).

Der Kosovo als Transformationsstaat steht mit dem Ende des sozialistischen Regimes 1999 vor einem kompletten Neuaufbau auf politischer, sozialer und wirtschaftlicher Ebene. In diesem Prozess wird der Zivilgesellschaft durch ihre oben skizzierten Funktionen eine maßgebliche Rolle bei der Etablierung einer stabilen Demokratie zugesprochen (McMahon 2019, S. 131). Wie die organisierte Zivilgesellschaft im Kosovo aufgestellt ist, mit welchen Problemen sie zu kämpfen hat und welchen Einfluss sie auf die Geschehnisse im Land hat, soll der folgende Überblick zeigen.

3. Struktur des Dritten Sektors im Kosovo

Rahmenbedingungen und Regelungen

Bei der Betrachtung des Dritten Sektors im Kosovo spielen die sozialen, politischen und historischen Rahmendaten eine wesentliche Rolle.

Bevölkerungsstruktur

Der Kosovo ist ein multiethnischer Staat. Von etwa 1,8 Mio. Kosovaren sind ca. 91% albanischer Abstammung, mit ca. 4% bilden die Serb*innen die größte Minderheit im Land. Die übrigen 5% setzen sich aus Türk*innen, Bosniaken, Goranen, Roma, Ashkali und Ägypter*innen zusammen. Dementsprechend sind die amtlichen Landessprachen Albanisch und Serbisch, auf kommunaler Ebene gelten auch die Sprachen der Minderheiten als Amtssprachen. Bezüglich der Religionszugehörigkeit liegen derzeit keine aussagekräftigen Statistiken vor. Ein Großteil der Bevölkerung gehört der islamischen Glaubensgemeinschaft an, daneben sind die serbisch-orthodoxe und die katholische Kirche vertreten (Auswärtiges Amt 2019a).

Demografisch gesehen verfügt der Kosovo über eine sehr junge Bevölkerung. 41 Prozent der Kosovaren sind unter 25 Jahre alt, weitere 43 Prozent sind zwischen 25 und 54. Eine für Europa vergleichsweise hohe Geburtenrate von 1,95 Kindern pro Frau verstärkt diesen Effekt noch. Allerdings wandern aufgrund der schlechten beruflichen Perspektiven viele Kosovar *innen aus (CIA 2020).

Wirtschaft

Der Kosovo ist das wirtschaftlich ärmste Land auf dem Balkan (Londo 2018, S. 93f.). 2018 lag nach Angaben der kosovarischen Regierung das Pro-Kopf-Einkommen bei 3.727 Euro pro Jahr, das Bruttoinlandsprodukt bei 6,528 Mrd. Euro. Die Arbeitslosenrate liegt in der Gesamtbevölkerung bei 29,6% (Stand 2018), bei Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren beträgt der Anteil der Erwerbslosen sogar 55,4 Prozent. Eine Tendenz zu Verbesserung der Situation ist nicht in Sicht, allerdings wird davon ausgegangen, dass viele Kosovaren „informeller Beschäftigung“ nachgehen (Auswärtiges Amt 2019b). Fließende Transferleistungen aus der Diaspora betrugen 2018 etwa 807 Millionen Euro und stellen damit einen ökonomischen Hauptmotor des Kosovo dar. Diese Geldzahlungen werden zumeist in den privaten Konsum investiert (Auswärtiges Amt 2019b). Für die Kosovar*innen bedeutet diese wirtschaftliche Situation ein Leben in bescheidenen Verhältnissen und eine Abhängigkeit von Geldern aus dem Ausland. Diese Abhängigkeit von internationalen Geldern spiegelt sich auch im Dritten Sektor wider (Londo 2018, S. 93f.).

Historische Entwicklung der Zivilgesellschaft

Vor dem Ende des Sozialismus war in der armen Balkanregion eine wenig aktive Zivilgesellschaft vorhanden (Akkaya 2012, S. 102f.). Mit dem Zerfall Jugoslawiens Ende der 1980er Jahre und einer Aufhebung des Autonomiestatus der Region Kosovo regte sich Widerstand in der albanischen Zivilbevölkerung (ebd., S. 104f.). Dabei fand durch den Boykott serbischer Institutionen ziviles Engagement vor allem im Bereich der humanitären Hilfe und Gesundheitsversorgung statt (EESC 2012, S. 9). Der albanische Teil der Bevölkerung schloss sich zusammen (Akkaya 2012, S. 149f.). Zu diesem Zeitpunkt konnte aber noch nicht von einer organisierten Zivilgesellschaft nach obenstehender Definition gesprochen werden (ebd., S. 105). Mit der Eskalation des Konflikts 1999 kamen internationale Hilfsorganisationen ins Land und die Spendenbereitschaft wuchs. Dies führte zu einer Gründungswelle von NGO. Die KFOR und das Internationale Hilfswerk kontrollieren die entstandenen Organisationen (McMahon 2019, S. 130). Kritiker merken an, dass bei der Motivation zur Neugründung häufig wirtschaftliche Faktoren eine größere Rolle spielten als die Gemeinwohlorientierung, da die Grundversorgung bereits durch die internationale Hilfe gegeben war (Akkaya 2012, S. 136).

In den Jahren bis zur Unabhängigkeitserklärung 2008 entstanden weitere NGO, der Dritte Sektor wurde aber weitgehend durch internationale Organisationen kontrolliert,

finanziert und damit auch maßgeblich strukturiert (ebd., S. 106f.; McMahon 2019, S. 131).

Der sich neuformierende Staat Kosovo und seine Bürger*innen standen in dieser Zeit vor vielen Herausforderungen. Rechtsstaatliche Regelungen mussten zunächst geschaffen und implementiert werden (Deutsche Welle 2017). Zur Entstehung einer aktiven Zivilgesellschaft braucht es einerseits die Anerkennung staatlicher Strukturen, andererseits aber auch unterstützende Angebote durch den Staat, damit Engagement entstehen kann (Akkaya 2012, S. 38).

Rechtliche Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen des Dritten Sektors im Kosovo werden von der Verfassung und weiterführenden Regelungen, wie dem Gemeinnützigkeitsrecht und dem Steuerrecht, geprägt.

Die kosovarische Verfassung garantiert dem Kosovo Rechtsstaatlichkeit. Eine unabhängige Rechtsprechung und gefestigte Grundrechte aller Bürger*innen, die Kernelemente der Rechtsstaatlichkeit, sind in einem multiethnischen Staat wie dem Kosovo, der eine hohe Korruptionsrate aufweist, essenziell (Transparency International 2018). Seit 2008 betreut die Rechtsstaatlichkeitsmission der EU (EULEX) den Verwaltungs- und Justizapparat im Kosovo. Ein weiteres Grundrecht ist das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit. Die Organisation Reporter ohne Grenzen erwähnt die pluralistische Medienlandschaft im Kosovo zwar positiv, jedoch werden in Bezug auf korruptionskritische Berichterstattung Journalisten systematisch eingeschüchtert (Reporter ohne Grenzen 2020). Für den Dritten Sektor entscheidende Rechte sind die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Im Rahmen der Vereinigungsfreiheit haben die Bürger*innen das Recht sich in Organisationen zusammenzuschließen. Die Teilnahme an und Organisation von Versammlungen ist ebenfalls Teil der Rechtsgrundlage.

Gemeinnützigkeitsrecht

Die Rechtsgrundlage des Dritten Sektors ist das spezifische Gemeinnützigkeitsrecht.

Seit dem 15. April 2019 besteht das „Law on Freedom of Association in Non Governmental Organizations“, das als Best-Practice-Gesetz bezeichnet wird. Es vereinheitlicht die Prozesse im Dritten Sektor. Da das Gesetz jüngst verabschiedet wurde, wird es unter den Ausführungen zu den aktuellen Entwicklungen aufgegriffen. Im Kosovo erlangen Organisationen den „Public Benefit Status“, den Gemeinnützigkeitsstatus, der durch die Registrierung beim Ministerium für öffentliche

Verwaltung online beantragt werden kann. Das Ministerium veröffentlicht das Register transparent. Da jedoch die Art der Erhebung nicht einheitlich erfolgt, liefert es keine verlässliche Grundlage, um den Dritten Sektor zu beschreiben (KCSF 2016, S. 17f.). Durch den Gemeinnützigkeitsstatus erhalten die Organisationen vorrangig Rechte wie Steuervergünstigungen. Des Weiteren dürfen sie Spenden entgegennehmen und dafür Bescheinigungen ausstellen, die die Spender*innen wiederum steuerlich geltend machen können (Council on Foundations 2019). Mit dem Status einher geht die Pflicht, die gemeinnützigen Zwecke zu verfolgen und dies anhand von Steuererklärungen nachzuweisen. Die Problematik hierbei ist, dass im Kosovo noch kein adäquates Steuersystem greift und daher fast 75% der NPO im Kosovo keine gesetzliche verpflichtende Steuererklärung abgeben. Dies liegt teilweise an der Passivität, aber auch an den begrenzten Kapazitäten der Organisationen (KCSF 2016, S. 16f.).

Makro-Ebene

Die Makro-Ebene analysiert das übergeordnete Umfeld, in dem Organisationen des Dritten Sektors im Kosovo agieren.

Rechtsformen

Das Register der gemeinnützigen Organisationen zählt 2017 9454 Organisationen, davon 9015 kosovarische und 530 ausländische. Jedoch ist zu beachten, dass nicht alle Organisationen aktiv sind. Abbildung 1 zeigt die Anzahl unter Berücksichtigung von Daten der Tax Administration of Kosovo (TAK), in Bezug zum Besitz einer Steuernummer und der jährlichen Zahlung von steuerlichen Abgaben.



Abbildung 1: Aktivität der NPO im Kosovo – Quelle: NPO-Register (KCSF 2018, S. 12)

Es gibt drei anerkannte Rechtsformen im Kosovo: den Verein, die Stiftung und das Institut. Letzteres ist erst im Zuge des NPO-Gesetzes 2019 eingeführt worden und daher noch nicht in den Statistiken von 2017 enthalten. Zu diesem Zeitpunkt sind 96% der Organisationen Vereine und 4% Stiftungen. Gegenüber den Angaben von 2015 gab es keine Veränderungen. Internationale Organisationen werden nicht auf Basis ihrer Rechtsform erfasst, sondern nur mit dem Status „foreign and international NGO“ versehen.

Handlungsfelder der NPO

Die Handlungsbereiche der kosovarischen Organisationen des Dritten Sektors zu analysieren gestaltet sich, trotz des offiziellen Registers, als schwierig, da die Themen nur unsystematisch erfasst werden. 2017 waren über 3.000 der 9.454 registrierten Organisationen als „Society for Society“ gelistet. Diese Kategorie lässt keine Rückschlüsse auf die Handlungsfelder der Organisationen zu. Anknüpfend gibt es auch noch die Kategorie „Sonstige“ (KCSF 2016, S. 18). Außerdem werden die Aktivitäten der Organisationen nicht überprüft, sodass potenziell förderungswürdigere Themen häufiger registriert werden (KCSI 2016, S. 17). 2017 waren zudem 1.493 Sportorganisationen und 35 religiöse Organisationen gelistet (KCSI 2018, S. 10). 2015 waren die häufigsten Themen *Kultur, Bildung und Umweltschutz*. Auf den hinteren Rängen fanden sich die *Rechte von Menschen mit Behinderung* sowie *Forschung und Analyse* (KCSI 2016, S. 17). Londo (2018) stellt vor allem *Umwelt- und Menschenrechte* als relevante Themen im Kosovo fest (ebd., S. 93f.). Kramer sieht neben dem Aufbau einer intakten *Infrastruktur* und *humanitären Zielen* insbesondere *Frauenrechte* im Fokus (2005, S. 35). Laut den von Akkaya befragten NGO-Experten sind „Demokratieförderung, politischer Einfluss, sozialer Wandel, Friedensförderung, Zielgruppe „Frauen“, kosovarische Mitarbeiter/innen sowie Partizipation“ (2012, S. 142f.) die häufigsten Schwerpunktthemen.

Typen von NPO

Akkaya (2012) teilt Non-Profit-Organisationen im Kosovo in drei Typen ein: Die klassischen Akteur*innen der Zivilgesellschaft, die Dienstleister und die Experten. Die klassischen Akteur*innen der Zivilgesellschaft üben als Themenanwaltschaft und durch Lobbyarbeit Einfluss auf die Politik aus. Diese Gruppe bildet eine Minderheit im Kosovo. Auffällig ist, dass diese Organisationen meist aus eigenem Antrieb und nach 2006 entstanden sind (ebd., S. 155). Nach Auffassung der von Akkaya befragten Experten

gibt es fünf Watch-Dog-Organisationen im Kosovo, die „öffentlich sichtbar werden und einen spürbaren Einfluss nehmen“ (ebd., S. 168).

Organisationen des zweiten Typs sind Dienstleistungsorganisationen, die vorrangig staatliche Aufgaben übernehmen. Sie treten weniger als Interessensvertreter der jeweiligen Zielgruppe auf und ersetzen soziale wohlfahrtsstaatliche Angebote, Projekte zur Gleichstellung und zur Partizipation (ebd., S. 170). Auffällig ist, dass in der Bevölkerung die Dienstleistungsorganisationen akzeptierter sind, als beispielsweise politisch orientierte Initiativen (ebd., S. 110).

Der dritte Typ der im Kosovo aktiven Organisationen sind die Fachexperten, die beispielsweise innerhalb von Thinktanks wissenschaftliche Analysen und Informationen zu gesellschaftlichen Themen erstellen, um diese in den politischen Prozess einzubringen. Thematisch beschäftigen sich diese Organisationen mehr mit der strittigen Frage des EU-Beitritts als mit lokalen Problemen (ebd., S. 169). Zusammenfassend erkennt man, dass nur wenige Organisationen des kosovarischen Dritten Sektors als kritische Gegenkraft zur Regierung aktiv sind, serviceorientierte Organisationen sind am häufigsten verbreitet, da diese zur Bekämpfung der existentiellen Not im Kosovo beitragen (ebd., S. 154f.).

Viele lokale Organisationen können den Erwartungen der internationalen Gemeinschaft nicht gerecht werden (ebd., S. 155). Diese sieht Zivilgesellschaft als einen Garant für starke Demokratie und unterstützt daher massiv den Auf- beziehungsweise Ausbau des kosovarischen Dritten Sektors. Allerdings fehlt es an einer „politischen Kultur in der Zivilbevölkerung“ (ebd., S. 109), das bedeutet, dass beispielsweise Praktiken wie Korruption gebilligt werden. Internationale Organisationen leisten im Kosovo insbesondere Unterstützung zur Demokratieförderung und Entwicklungshilfe (Londo 2018, S. 87).

Meso-Ebene

Bei der Betrachtung der Meso-Ebene spielen insbesondere die Finanzierung und der Organisationsaufbau sowie die Organisationsstrukturen eine Rolle.

Finanzierung

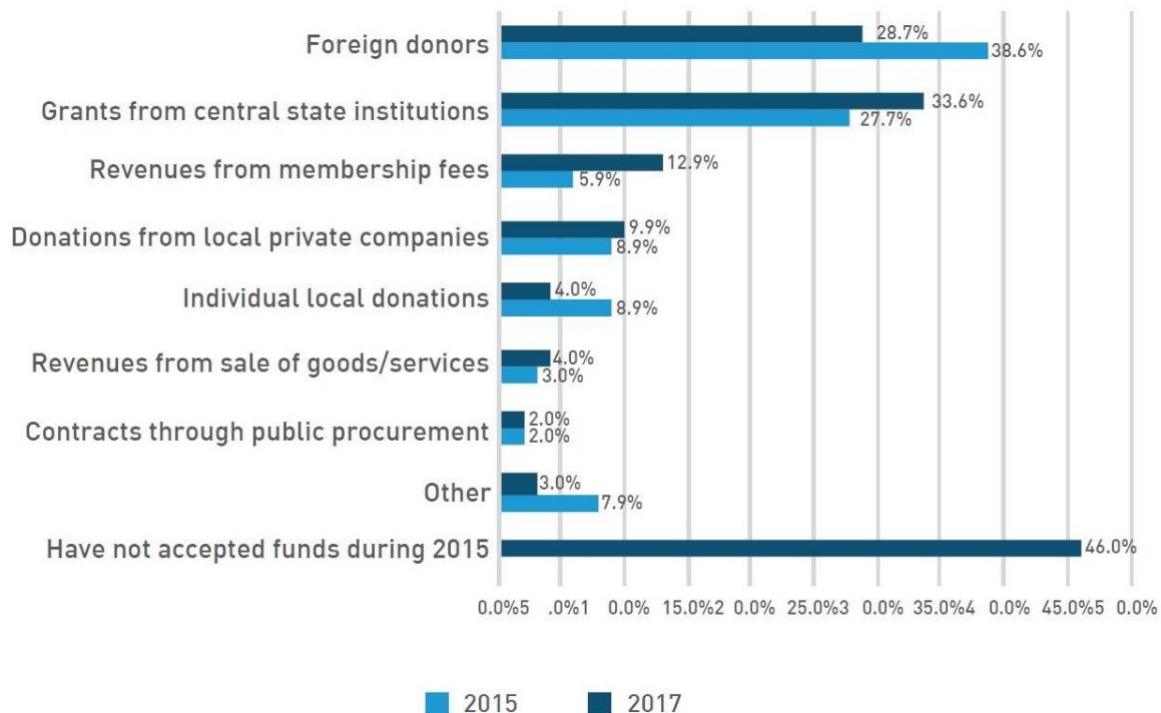


Abbildung 2: Einnahmequellen kosovarischer ZGO im Jahre 2015 und 2017 - Quelle: NPO-Register (KCSF 2018, S. 36)

Wie in Abbildung 2 zu erkennen ist, sind kosovarische ZGO im Jahre 2017 noch immer stark von ausländischen Förderungen abhängig. Diese Abhängigkeit ging jedoch innerhalb von zwei Jahren immens zurück, so sanken diese Einnahmequellen um 10% auf 28,7%. Hierbei ist zu erwähnen, dass die EU einer der größten Förderer der ZGO des Kosovos ist. Dies ist für den Kosovo besonders relevant, da die Regierung die EU-Mitgliedschaft anstrebt (KCSF 2018, S. 41).

Es lässt sich aber auch beobachten, dass staatliche Fördergelder immer mehr an Bedeutung gewinnen. Diese Einnahmequelle nahm in zwei Jahren um etwa 6% zu und ist nunmehr der bedeutendste Faktor. Weiterhin verdoppelte sich der Umsatz durch Mitgliedsbeiträge, was darauf schließen lässt, dass die Bereitschaft zivilgesellschaftlichen Organisationen beizutreten wächst. Jedoch gaben 46% der ZGO an, ohne jegliches Einkommen zu agieren. Dies lässt sich auch aus Abbildung 4 entnehmen.

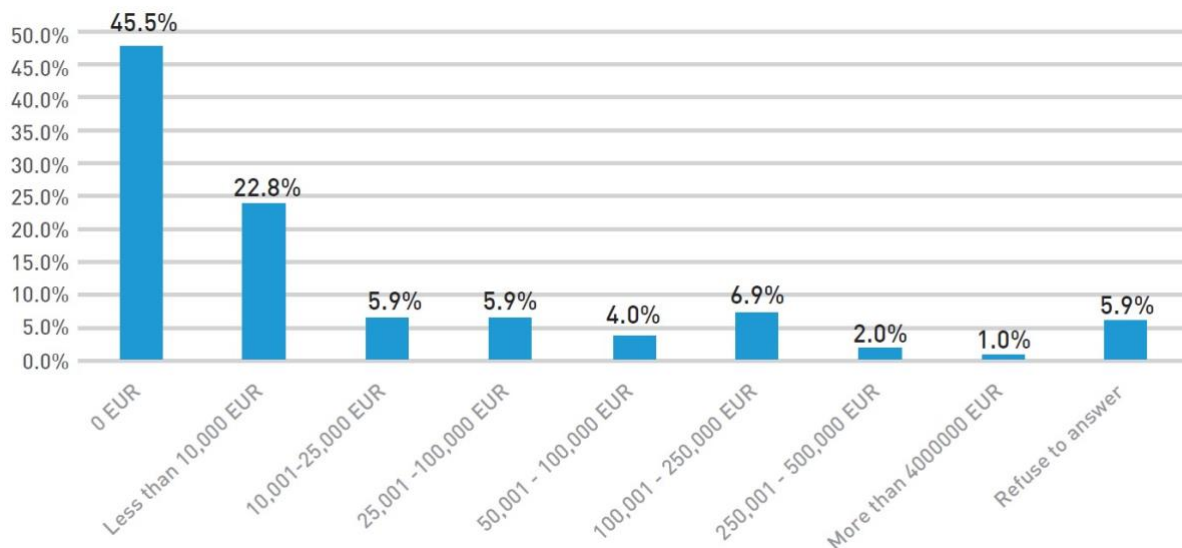


Abbildung 3: Jährlicher Umsatz von ZGO im Jahre 2018 - Quelle: NPO-Register (KCSF 2018, S. 13)

Im Jahre 2015 waren es noch 32% der Organisationen, die einen Umsatz von Null Euro angaben. Daraus lässt sich schließen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend ein Finanzierungsproblem zu bewältigen haben. Innerhalb der im Kosovo Civil Society Index zitierten ZGO Surveys gaben ganze 72,3% der Befragten an, nicht über ausreichende Finanzierungsmittel zu verfügen und daher ihrer Arbeit nicht im vollen Umfang nachgehen zu können (ebd., S. 34), weshalb die Anzahl durchgeführter Projekte ebenfalls stetig sinkt (ebd., S. 33).

Rund 23% der Organisationen geben an, weniger als 10.000€ pro Jahr zur Verfügung zu haben. Demnach verfügen die restlichen 31% jährlich über mehr als 10.000€ (ebd., S. 13).

Gründe für das verstärkte Finanzierungsproblem sind besonders die Dependenz von ausländischen Quellen und staatlichen Förderungen. Da beinahe drei Viertel der Befragten angaben, ihre Einnahmequellen durch öffentliche Ausschreibungen zu erhalten (ebd., S. 39), zwingen diese Umstände immer mehr ZGO dazu, sich für Projektförderungen außerhalb ihres Vereinszweckes zu bewerben. Dies weist auf eine stark von außen beeinflusste Zivilgesellschaft hin.

Gefördert werden in der Regel kurze Projektzeiträume von durchschnittlich sechs- bis zwölfmonatiger Dauer. Der zur Verfügung gestellte Betrag liegt bei durchschnittlich 10.000 bis 25.000€ (ebd., S. 37). Dadurch ist es den durchführenden Organisationen kaum möglich, langfristige Strategien zu entwickeln. Der Großteil der Befragten ZGO empfindet den Bewerbungsprozess für diese Förderungen als mittelschwierig bis schwierig (ebd., S. 39). Etablierte große ZGO stellen häufig sogar Fachkräfte ein, um

die Antragsformulare auszufüllen; kleinen ZGO hingegen erschwert es die komplexe Antragstellung, ihre Arbeit zu finanzieren.

Staatliche Mittel werden in der Regel recht sporadisch und sehr intransparent vergeben (ebd., S.42). Das liegt unter anderem daran, dass keine Gesetze diese Förderungen regulieren und diese auch nicht fest im staatlichen Budget eingeplant sind (Londo 2018, S. 109).

Beschäftigung

Die Datenlage bezüglich Angestellten innerhalb des kosovarischen Dritten Sektors bleibt mangelhaft und inkonsistent. Daten der Tax Administration of Kosovo (TAK) zufolge deklarieren im Jahre 2017 816 der kosovarischen ZGO über insgesamt 8.453 Angestellte zu verfügen (KCSF 2018, S. 13). Demgegenüber wurden im gleichen Zeitraum laut Daten des Kosovo Pension Savings Trust (KPST) Rentenbeiträge für 17.940 Mitarbeitende von ZGO gezahlt, was mit 3,25% der Gesamtbeschäftigten eine viel größere Gruppe ausmachen würde (ebd., S. 22).

Rund 3.503 Angestellte verfügten 2017 über ein ganzjähriges Arbeitsverhältnis, während 7.049 auch andere Arbeitsverhältnisse pflegten und somit entweder eine Teilzeit- oder eine befristete Stelle wahrgenommen haben. Während die Mehrheit der Organisationen angibt, nur einen bis vier Angestellte zu beschäftigen, hat 1% der ZGO mehr als 100 Beschäftigte (ebd., S. 13).

Im Gegensatz zum privaten und öffentlichen Sektor, in dem Frauen im Jahre 2017 nur 22,6% der Beschäftigten darstellten, ist im NGO-Sektor die Geschlechterverteilung sehr ausgeglichen (ebd., S. 23).

Mikro-Ebene

Die Mikro-Ebene betrachtet die individuellen Handlungen und das Engagement einzelner Personen innerhalb der kosovarischen Gesellschaft, und die Auswirkungen in Bezug auf den Dritten Sektor.

Individuelles Handeln

Um das individuelle Handeln der Jugend im Kosovo einschätzen zu können, haben sich die Autoren der Kosovo Youth Study der Friedrich-Ebert-Stiftung mit den Grundeinstellungen, Ansichten und Werten junger Kosovaren beschäftigt. Da der

Kosovo von einer sehr jungen Gesellschaft geprägt ist, kann die Studie gut als Grundlage für die Betrachtung des individuellen Handelns der Bevölkerung dienen.

Die Studie stellte heraus, dass die Familie als wichtigste Institution angesehen wird. Es herrscht eine generelle Zufriedenheit (Jobelius/Hanthke 2019, S. 6). Dieser Punkt sollte kritisch betrachtet werden. Denn wenn ein Land sowohl wirtschaftlich, sozial als auch politisch im Prozess des Wiederaufbaus ist und dennoch ein verbreiteter Optimismus herrscht, kann mit wenig Motivation zur Teilhabe an Entwicklung gerechnet werden (ebd., S. 5). Umso überraschender ist die Erkenntnis, dass beinahe die Hälfte aller Befragten mit dem Gedanken spielen, den Kosovo zu verlassen. Ein potenzieller Grund wäre die große Unzufriedenheit mit dem Bildungssystem. Dies kann daran liegen, dass auch das Bildungssystem mittlerweile von der weit verbreiteten Korruption betroffen ist, welches der Mehrheit der Befragten große Bedenken bereitet. Sicherlich ist diesbezüglich auch die dominierende Jugendarbeitslosigkeit von Bedeutung.

Zudem herrscht großes Misstrauen gegenüber der Politik. Nur 10% der Befragten halten ihre Interessen für politisch gut repräsentiert. Auch gegenüber der Zivilgesellschaft herrscht eine große Skepsis. Demnach wird Kritik, welche an der Regierung von der Zivilgesellschaft ausgeübt wird, häufig als Versuch wahrgenommen, die Arbeit der Regierung anzuzweifeln (ebd., S. 5f.).

Engagement

Im Allgemeinen sind nur beinahe die Hälfte aller Befragten des Kosovo Civil Society Index 2018 der Meinung, dass die kosovarische organisierte Zivilgesellschaft gute Arbeit verrichtet. Die Ergebnisse bezüglich des Vertrauens gegenüber der Zivilgesellschaft spiegeln ähnliche Werte wider. Dennoch lässt sich ein Zuwachs von zivilgesellschaftlichem Engagement beobachten. Während im Jahre 2015 nur 3,8% aller Befragten angaben, sich ehrenamtlich für eine oder mehrere ZGO zu engagieren, wuchs dieser Wert innerhalb von zwei Jahren auf 15,2% an (KCSF 2018, S. 28f.). Ebenfalls gaben wesentlich mehr Personen an, von zivilgesellschaftlichen Dienstleistungen profitiert zu haben (ebd., S. 28). Etwa die Hälfte aller befragten ZGO gaben an, mit Ehrenamtlichen zusammenzuarbeiten. Verglichen mit den Zahlen der Festangestellten arbeiten also deutlich mehr Menschen ehrenamtlich für ZGO (ebd., S. 31).

Nachfolgend sollen aktuelle Entwicklungen des Dritten Sektors im Kosovo aufgezeigt und Bezug auf ungeklärte Fragen und Problemstellungen genommen werden.

4. Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen

Arbeitslosigkeit, Armut und Korruption

Neben der hohen Arbeitslosigkeit und Armut stellt die bereits erwähnte Korruption eines der nach wie vor größten Probleme des Kosovo dar (Sutaj 2016, S. 8). Auch im Dritten Sektor werden beispielsweise freie Stellen nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern unter der Hand an Freunde und Familie weitervergeben (Akkaya 2012, S. 146). Das öffnet die Schere zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten auch in diesem Bereich stärker und hemmt eine Weiterentwicklung der aktiven Zivilgesellschaft. Des Weiteren ist die Einflussnahme von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf politische Prozesse nicht immer transparent. Zudem erschwert die vorherrschende und bemerkbare Korruption die Vertrauensbildung in die organisierte Zivilgesellschaft, was wiederum zu einem weniger starken politischen Gewicht derselben führt (ebd., S. 206).

Migration und demografischer Wandel

Anders als viele europäische Länder steht der Kosovo, durch die relativ junge Bevölkerung, weniger vor einem Pflege- und Rentenversorgungsproblem. Dafür herrscht durch die schlechte wirtschaftliche Lage eine gewisse Perspektivlosigkeit in der Bevölkerung. Das führt dazu, dass nicht wenige das Land verlassen wollen, um eine bessere Zukunft zu haben. Vor allem in ländlichen Regionen ist die Abwanderung stark (Jobelius/Hanthke 2019, S. 67), was die gesellschaftlichen Strukturen verändert. Hier sind Staat und Zivilgesellschaft gefragt, um beispielsweise Projekte in ländlichen Regionen zu gestalten, die Perspektiven schaffen und Menschen dort halten: von Mikrokrediten über Informationen zu Arbeitsmigration und Rückkehrprogrammen (GIZ 2018). Auch die Überzeugung junger Menschen von der Qualifikation, die sie durch Arbeit im Dritten Sektor erhalten, ist eine wichtige Aufgabe, vor der die Zivilgesellschaft steht (Jobelius/Hanthke 2019, S. 5).

Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft

Ein gutes Beispiel für die aktuelle Beziehung zwischen Staat und organisierter Zivilgesellschaft zeigt die Reform des „Law on Freedom of Association in Non-Governmental Organisations“ 2019. Das Gesetz wurde von der Kosovar Civil Society Foundation als internationales „Best-Practice“-Gesetz gewürdigt, da es den internationalen Höchststandards entspricht (Balkan Civil Society Development Network

2019). Entscheidend ist, dass dieses NPO-Gesetz durch die Zusammenarbeit von Legislative und einem aktiven Dritten Sektor verabschiedet werden konnte.

Das NPO-Gesetz umfasst alle Aspekte des Organisationsmanagements und regelt beispielsweise den Gründungsvorgang mit Registrierung, internen Abläufen und die Auflösung von NPO. Während der Entwicklungsphase arbeiteten die Regierung und zivile Organisationen gemeinsam. Das Gesetz wurde am 07. November 2018 verabschiedet, allerdings enthielt die Version 36 Änderungen des Entwurfs, die erhebliche Einschränkungen vorsahen. Unter anderem sollten die als gemeinnützig anerkannten Zwecke „economic development“ und „poverty eradication“ gestrichen werden, was bis zu 250 Organisationen betroffen hätte. Des Weiteren wären mehr Gründer nötig gewesen, um Vereine ins Leben zu rufen und der Rechtsformwechsel in die neu aufgeführte Form „Institut“ hätte nicht von bestehenden Organisationen durchgeführt werden können. Am gravierendsten wäre allerdings die Tatsache gewesen, dass gemeinnützige Gelder nach Auflösung in den privaten Sektor hätten fließen und die Beendigung von Organisationen durch Gerichte hätte angeordnet werden können. Insbesondere in Ländern mit Korruptionsproblem ist dies problematisch. Das Gesetz wurde auf Druck von mehr als 77 NPO vom Präsidenten zurückgezogen, die eingebrachten Änderungen wurden verworfen (KCSF 2018a). Die legalen Rahmenbedingungen haben sich also in letzter Zeit verbessert (BCSDN 2019, S. 3), die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft gestaltet sich aber immer noch als kompliziert.

Identifikation und Engagement

Eine weitere Herausforderung, vor welcher der Kosovo seit seiner Gründung steht, ist die Identifikation der Bürger*innen mit dem Staat. Durch die multiethnische Zusammensetzung identifizieren sich verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark mit dem Kosovo als Nation. Vor allem der serbisch-stämmige Teil der Bevölkerung sieht sich eher als Weltbürger denn als Kosovaren (Jobelius/Hanthke 2019, S. 75f). Dass es an der Identifikation auch mit den nationalen Symbolen wie der neuen Staatsflagge mangelt, zeigt die häufige Verwendung des alten Nationalsymbols – ein schwarzer Adler auf rotem Grund – durch den albanisch-stämmigen Teil der Kosovar *innen (Akkaya 2012, S. 134).

Unter diesen Voraussetzungen ist die Herausbildung einer starken Zivilgesellschaft und des Engagements für eine gemeinsame Sache erschwert. Grade in den Grenzregionen zu Serbien kämpfen NGO für den Zusammenhalt und die Perspektiven in der

Zivilbevölkerung sowie für die Verständigung zwischen den verschiedenen Ethnien (Dunkel/Surace 2019; Akkaya 2012, S. 131).

Einfluss der internationalen Gemeinschaft

Der Dritte Sektor im Kosovo wurde seit Ende der 90er Jahre massiv durch internationale Gelder finanziert. Dabei hatten die internationalen Akteur*innen zunächst kein Interesse an einer Unabhängigkeit des Kosovo, weswegen lokale und nationale NGO kontrolliert und nur in gewissem Maße unterstützt wurden (McMahon 2019, S. 126f.). Nach und nach ziehen sich nun Geldgeber*innen und internationale Organisationen, die im Kosovo aktiv sind, zurück. Die mehr oder weniger aktivierte Zivilgesellschaft verfügt entweder über keine Strukturen in denen sie sich engagieren kann, oder Organisationen müssen sich auflösen, da sie von internationalen Geldern abhängig waren. Damit führt das Finanzierungsproblem des Dritten Sektors auch zu einem zivilgesellschaftlichen Vakuum. Wer an die Stelle der internationalen Einflussnehmenden tritt, muss sich herausstellen (ebd., S. 125).

NGO und die Europäische Integration

Ein weiterer Einflussfaktor auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft im Kosovo ist die Diskussion um die europäische Integration. Die Europäische Union zählt zu den größten Geldgebern im Kosovo. Dennoch gestaltet sich die Rolle des Kosovo als EU-Beitrittskandidat als schwierig bis unmöglich. Obwohl fünf EU-Mitgliedsstaaten – Spanien, Rumänien, Slowakei, Griechenland und Zypern – die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkennen, können seit 2011 kosovarische Organisationen an EU-Programmen teilnehmen (EESC 2012, S. 9) und sich in Projekte einbringen. Die Realisierung internationaler Projekte dieser Art ist für kosovarische NGO attraktiv, da sie weitere Finanzierungsquellen eröffnet.

5. Fazit: Zivilgesellschaft quo vadis?

Bezogen auf die organisierte Zivilgesellschaft befindet sich der Kosovo in der Konsolidierungsphase. Rechtliche Rahmenbedingungen sind abgesteckt, es geht um das Zusammenspiel zwischen Staat und Bürger*innen zur Herausbildung einer neuen Staatsbürgerkultur (Merkel 2010, S. 110f.). Dabei sind die Einflussfaktoren auf die organisierte Zivilgesellschaft im Kosovo vielfältig und komplex, wie die vorherigen Ausführungen gezeigt haben.

Das NPO-Gesetz von 2019 bedeutet eine Verbesserung im Bereich der rechtlichen Rahmenbedingungen. Akkaya (2012, S. 140f.) hatte eine unklare Gesetzeslage und Forderungen nach Vergünstigungen für NGO durch ihre Vertreter festgestellt. Der Prozess bis zur Verabschiedung des Gesetzes zeigt allerdings auch, dass die aktive Zivilgesellschaft in ihrer Vermittlungsfunktion von der Politik noch nicht ernst genommen wird. Hier muss von Seiten des Staates Potential erkannt und dem Dritten Sektor mehr Raum gegeben werden.

Die Steuerung des Dritten Sektors durch die internationale Gemeinschaft hat sich nicht als positiv für die Entwicklung einer aktiven organisierten Zivilgesellschaft herausgestellt. Die Abhängigkeit von internationalen Geldgebern führt zu gezwungener Anpassung der Organisationen an Regelungen von außen, die Zivilgesellschaft kann sich dadurch nicht selbstbestimmt entfalten (ebd., S. 131). Die Attraktivität internationaler Projekte hat eine Fokusverschiebung zur Folge, lokale Initiativen werden aufgegeben, die zivilgesellschaftliche Kraft geht dort verloren, wo sie eigentlich gebraucht wird (McMahon 2019, S. 142). Damit ist auch die Schutzfunktion der Zivilgesellschaft, das heißt ihr Funktionieren ohne staatlichen Einfluss, größtenteils nicht gegeben.

Die unterschiedlichen ökonomischen und ethnischen Voraussetzungen in der Gesellschaft machen es für die organisierte Zivilgesellschaft sehr schwierig, die Gemeinschafts- und Kommunikationsfunktion einzunehmen. Allerdings ist gerade in ländlichen Regionen die Arbeit von NGO extrem wichtig, um einen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erreichen und zu stärken.

Die Betrachtung des Dritten Sektors im Kosovo zeigt auch, dass die Hoffnung der internationalen Gemeinschaft, mit dem Dritten Sektor einen Garant für demokratische Stabilität zu schaffen, nicht aufgegangen ist. Der Rückzug der internationalen Geldgeber führte zu einem Rückgang aktiver Organisationen im Kosovo (KCSF 2018, S. 10f.). Trotzdem ist eine leicht steigende Engagementquote zu beobachten (ebd., S. 27f.). In den folgenden Jahren wird sich zeigen, wie sich der Dritte Sektor im Kosovo unabhängig entwickelt und was für eine Rolle er in Zukunft einnehmen wird.

Quellenverzeichnis

- Akkaya, G. (2012): Nichtregierungsorganisationen als Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Eine Fallstudie über die Nachkriegsgesellschaft im Kosovo. Wiesbaden. Springer VS.
- Anheier, H. K. (2014): Nonprofit Organizations: Theory, Management, Policy, 2. Aufl., London/New. York.
- Jobelius, M.; Hanthke, F. (2019): Kosovo Youth Study 2018/2019. Berlin. Friedrich-EbertStiftung e.V.
- Kocka, J. (2006): Zivilgesellschaft und soziale Ungleichheit aus historischer Perspektive. In K.S. Rehberg (Hrsg.), Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2 (S.131-143). Frankfurt am Main. Campus Verl.
- Kramer, H.; Dzihic, V. (2005): Die Kosovo-Bilanz. Münster. LIT Verlag.
- Merkel, W. (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden. Springer VS.
- Londo, G., (2018): Zivilgesellschaft in Kosovo. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Hamburg. Verlag Dr. Kovac.
- McMahon, P. (2019): Das NGO-Spiel. Zur ambivalenten Rolle von Hilfsorganisationen in Postkonfliktländern. Hamburg. Cornell University Press.
- Roth K./Kartari A. Hg. (2016): Cultures of Crisis in Southeast Europe. Part 1. Berlin. LIT Verlag.
- Zimmer, A. (2002). Dritter Sektor und Soziales Kapital. (Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor, 19). Münster. Universität Münster, FB Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft. Civil-Society-Network.

Internetquellen:

- Auswärtiges Amt (2019a): *Kosovo: Überblick*. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/kosovo-node/kosovo/207440>, zuletzt geprüft am 19.02.2020.
- Auswärtiges Amt (2019b): *Kosovo: Wirtschaftspolitik*. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/kosovo-node/-/207464>, zuletzt geprüft am 19.02.2020.
- Außenwirtschaftszentrum Bayern (2018): *Exportbericht Kosovo*. Nürnberg. Online verfügbar unter https://www.international.bihk.de/fileadmin/eigene_dateien/auwi_bayern/eigene_dateien/Exportberichte/Exportbericht_Kosovo_2018.pdf, zuletzt geprüft am 20.02.2020.
- Balkan Civil Society Development Network (2019): *Kosovo Parliament Restored the NGO Law in Line with Best International Standards and Practice*. Online verfügbar unter <http://www.balkancsd.net/kosovo-parliament-restored-the-ngo-law-in-line-with-bestinternational-standards-and-practice/>, zuletzt geprüft am 15.02.2020.
- Charities Aid Foundation (Hrsg.) (2019): CAF World Giving Index - Ten years of giving Trends. Online verfügbar unter https://www.cafonline.org/docs/default-source/about-us-publications/caf_wgi_10th_edition_report_2712a_web_101019.pdf, zuletzt geprüft 30.09.2020.

- CIA (2020): *The World Factbook*. Online verfügbar unter <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/kv.html>, zuletzt geprüft am 23.02.2020.
- Council on Foundations (2019): *Non-Profit Law in Kosovo*. Online verfügbar unter <https://www.cof.org/country-notes/kosovo>, zuletzt geprüft am 14.01.2020.
- Deutsche Welle (2017): *Deutsche Botschafterin: „Im Kosovo sind die Bürger weiter als die Politiker“* vom 11.8.2017. Online verfügbar unter <https://www.dw.com/de/deutsche-botschafterin-im-kosovo-sind-die-b%C3%BCrger-weiter-als-die-politiker/a-40021762>, zuletzt geprüft am 20.02.2020.
- Die Welt (2012): *Kosovo erhält im September volle Souveränität*. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/newsticker/news1/article107651793/Kosovo-erhaelt-im-September-volleSouveraenitaet.html>, zuletzt geprüft am 19.02.2020.
- Dunkel, J.; Surace A. (2019): *Eine vergessene Minderheit. Kosovo Youngsters (7/12)*. Video. Online verfügbar unter: <https://www.arte.tv/de/videos/086089-039-A/eine-vergesseneminderheit/>, zuletzt geprüft am 20.02.2020.
- European Economic and Social Committee (2012): *The Role of Civil Society in EU-Kosovo Relations*. Online verfügbar unter https://www.eesc.europa.eu/resources/docs/ces8382012_ac_en1--2.pdf, zuletzt geprüft am 20.02.2020.
- Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) (2018): *Kosovo. Gesellschaft*. In: Das Länderinformationsportal. Online verfügbar unter: <https://www.liportal.de/kosovo/gesellschaft/>, zuletzt geprüft am 21.02.2020.
- Kosovo Civil Society Foundation (2016): *Kosovo Civil Society Index*. Online verfügbar unter: https://www.kcsfoundation.org/wp-content/uploads/2016/12/Kosovar-Civil-Society-Index2016_KCSF.pdf zuletzt geprüft am 20.02.2020.
- Kosovo Civil Society Foundation (2018): *Kosovo Civil Society Index*. Online verfügbar unter: <https://www.kcsfoundation.org/wp-content/uploads/2018/12/Kosovar-Civil-Society-Index2018.pdf> zuletzt geprüft am 20.02.2020.
- Kosovo Civil Society Foundation (2018a): *Law 06/L-043 on Freedom of Association in NGO – Summary*. Prishtine. Online verfügbar unter: https://www.kcsfoundation.org/wpcontent/uploads/2018/12/NGO-Law_Summary-ofissues_ENG_final.pdf, zuletzt geprüft am 14.01.2020.
- Reporter Ohne Grenzen (2020): *Kosovo*. Online verfügbar unter: <https://www.reporter-ohnegrenzen.de/laender/europa-zentralasien/kosovo/> zuletzt geprüft am 14.01.2020.
- Süddeutsche Zeitung (2020): *Kosovo. Aufstieg eines Rebellen*. München. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/kosovo-aufstieg-eines-rebellen-1.4784219>, zuletzt geprüft am 19.02.2020.
- Sutaj V. (2016): *Policy analysis on institutional mechanisms in the fight against corruption in Kosovo*. Kosova Democratic Institute. Online verfügbar unter: <http://kdi-kosova.org/wpcontent/uploads/publikime/66-2016-04-14-kdi-policybrief-eng.pdf>, zuletzt geprüft am 21.02.2020.
- Transparency International (2018): *Kosovo*. Online verfügbar unter: <https://www.transparency.org/country/KOS> zuletzt geprüft am 13.01.2020.
- ZEIT ONLINE (2010): *Den Haag nennt Unabhängigkeit des Kosovos rechtens*. Hamburg. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2010-07/kosovo-unabhaengigkeitvoelkerrecht>, zuletzt geprüft am 19.02.2020.

III. Der Dritte Sektor in Russland

Carolin Elmer, Katharina Klein, Laura Stapf, Dominik Sulkowski

Steckbrief: Russland			
	Landesweit	Zivilgesellschaft	
Bevölkerungsgröße	144 000 000 (2019)*	Total	Anteil
BIP	-	-	1% (2017)**
Beschäftigung	-	-	1,1% (2017)** °

Legende: °=Beschäftigungs-Quote

Quellen: *=IMF 2019, **=ITAR-TASS 2017

Steckbrief: Zivilgesellschaft			
Einordnung der ZG	Hauptfelder	Dienstleister	
	Hauptfunktion	Altenpflege, Kinder in Not, Menschen mit Behinderung*	
	Systematik°°	Postsozialistischer Wohlfahrtsstaat oder konservativer Wohlfahrtsstaat	
Anzahl der Organisationen	Insgesamt	216900 (2019)**	
	Häufigste Rechtsform	Gesellschaftliche Vereinigung***	
CAF-Ranking (2019)****	Aspekt	Platz	Anteil
	Helfen	74	16%
	Spenden	112	12%
	Freiwilligenarbeit	112	35%
	Insgesamt	117	21%
Beschäftigte	nach Anstellungsart	Anzahl	Anteil
	Hauptamtliche	-	73% (2017)^
	Ehrenamtliche	-	27% (2017)^ °
	Insgesamt	-	100%
	Ehrenamtsquote		16% (2015)^^

Legende: °=Verhältnis Hauptamt/ Ehrenamt, °° nach Esping-Andersen

Quellen: *=EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2016, S. 128; Tarasenko 2017, S. 6; **, **=EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2019, S. 103, ***=Konrad-Adenauer-Stiftung 2018, S.2, ****=CAF Charities Aid Foundation 2019, S. 25, ^=USAID et al. 2018, S. 183, ^^= EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2016, S. 129

1. Einführung

Länderbericht

Die Russische Föderation mit der Hauptstadt Moskau ist mit einer Gesamtfläche von knapp 17 Mio. km² (16.376.870) das flächenmäßig größte Land der Erde (Statistisches Bundesamt 2019). Die Amtssprache ist Russisch und die offizielle Währung des Landes ist der Russische Rubel (RUB) (ebd.). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug im Jahr 2018 1.631 Mrd. US \$ und das BIP je Einwohner 11.327 US\$ (ebd.). Die Gesamtbevölkerung belief sich im selben Jahr auf rund 144 Mio. Einwohner*innen mit einer Bevölkerungsdichte von durchschnittlich neun Einwohner*innen je Quadratkilometer (ebd.).

Russland zeichnet sich durch ein starkes Zentrum-Peripherie-Gefälle aus: Die bevölkerungsreichsten Städte Moskau, St. Petersburg, Nischni Nowgorod und Kasan liegen westlich des Uralgebirges und zählen wirtschaftlich zu den Ballungsgebieten des Landes. Die Peripherie, demnach besonders der Osten bzw. Nordosten des Landes, ist bis auf einige Großstädte sehr dünn besiedelt und zählt zum wirtschaftlich schwächeren Teil der Russischen Föderation. Zum anderen ist die Bevölkerung der Russischen Föderation sehr heterogen. Auch aufgrund der hohen Zuwanderung aus den ehemaligen Sowjetstaaten in den 1990er Jahren (Stadelbauer 2010, S. 11ff.) ist Russland ein Vielvölkerstaat, in dem etwa 185 verschiedene Ethnien ansässig sind (Zensus der Russischen Föderation 2010). Im Jahr 2010 gehörten etwa 77 % der Einwohner der ethnisch-russischen Mehrheitsbevölkerung an (Zensus der Russischen Föderation 2010, zitiert nach Statista 2020). Zu den häufigsten Minderheiten des Landes zählen Ukrainer, Tataren, Tschetschenen und Tschuwaschen (10,2 %) (ebd.). Die große Heterogenität des Landes, sei es wirtschaftlich, demografisch oder kulturell, spiegelt sich auch in der Staatsform wider. Durch den Föderalismus versucht die Zentralregierung bestehende (ethnische, wirtschaftliche, gesellschaftliche) Diskrepanzen auszugleichen und Konflikte zu verhindern (vgl. Heinemann-Grüder 2002⁹). Die Verfassung unterscheidet sechs Arten von Föderationssubjekten: Republiken, Bezirke, Gebiete, Städte mit föderaler Bedeutung, autonome Gebiete sowie autonome Bezirke (ebd., S. 13). Sie sind als staatliche Gebilde anzusehen und auf föderaler Ebene gleichberechtigt repräsentiert (Gleichheit der Föderationssubjekte nach Artikel 5.1 der Verfassung; ebd., S. 13). Zudem verfügen sie über regionale Autonomie, welche ihnen nach allgemeiner, juristischer Definition des Begriffs einen „Schutz nationaler, ethnischer, religiöser, weltanschaulicher, sozialer und politischer Interessenunterschiede, die innerhalb eines Gemeinwesens territorial organisiert sind“ gewährleistet (ebd., S. 3). Der präsidentielle Föderalismus in Russland zeichnet sich durch die

⁹ Unter Einbeziehung der von Russland annektierten Halbinsel Krim und der Stadt Sevastopol. Die Annexion ist international nicht anerkannt.

Exekutivgewalt des Präsidenten mit stark zentralistischen Merkmalen aus (z.B. Herrschaft per Dekret, legislative Vetorechte oder dem Kontrollanspruch gegenüber Regionalverwaltungen) (ebd., S. 9). Darüber hinaus vermischen sich exekutive und legislative Gewalten im Präsidialamt (ebd., S. 23 f.). Der Präsident wird direkt vom Volk gewählt und verfügt über die Kompetenz, den Ministerpräsidenten vorzuschlagen. Auf nationaler Ebene sind die Interessen der Föderationssubjekte in der politischen Legislative vertreten: Der Föderationsversammlung, bestehend aus dem Parlament (*Duma*, die erste Kammer) und dem Föderationsrat (die zweite Kammer). Der Föderationsrat repräsentiert die Regionen, d.h. die 85 Föderationssubjekte, während die 450 Mitglieder des Parlaments direkt vom Volk gewählt werden. Die sogenannte Gesellschaftskammer (siehe Kapitel III.2) bildet seit 2005 eine quasi dritte Kammer in der Russischen Föderation und hat zum Ziel, die zivilgesellschaftlichen Interessen im politischen System zu vertreten. Die Judikative des Landes besteht aus Verfassungsgericht, Oberster Gerichtshof und Oberstes Schiedsgericht. Derzeitiger Präsident der Russischen Föderation ist seit dem Jahr 2012 in seiner zweiten Amtszeit Wladimir Putin. Ministerpräsident ist seit Januar 2020, auf Vorschlag des Präsidenten, Michail Mischustin.

Historischer Abriss

Die Existenz nichtstaatlicher gemeinnütziger Organisationen reicht in Russland bis ins Zarenreich zurück. Dabei spielte die orthodoxe Kirche eine wichtige Rolle: Es existierte eine Wohltätigkeitstradition hauptsächlich in der Form von Nachtasylen, Krankenhäusern sowie Waisenheimen. Diese Einrichtungen wurden in der Gesellschaft durch reiche russische Kaufleute und Adlige finanziell unterstützt. Nach der Oktoberrevolution 1917 wurde diese Tradition von Seiten des an die Macht gelangten Regimes unterdrückt und neu aufgebaut. Vereinzelte Organisationen konnten sich halten, wie zum Beispiel das russische Rote Kreuz, das bereits seit 1867 besteht (Schmedt 1997, S.7). Während der Sowjetunion gab es keinen selbstständigen Dritten Sektor, stattdessen staatlich strukturierte „gesellschaftliche Vereinigungen“. Soziale Einrichtungen waren ausschließlich in staatlicher Hand (Belokurova 2000, S.130). Dennoch existierten bereits nicht-staatliche Organisationen, besonders in der Zeit nach Stalin. Jedoch war soziales Engagement, die Literatur spricht hier bewusst nicht von „zivilgesellschaftlichem Engagement“, ausschließlich in, von Staat und kommunistischer Partei, kontrollierter Form möglich. Alles weitere zivilgesellschaftliche Handeln war verboten und wurde massiv verfolgt. Oppositionelle wurden in Straflager gesperrt oder ins Exil abgeschoben. Dies änderte sich erst mit Beginn der Perestroika unter Gorbatschow (Siegert 2010, S.175 f.). Als einer der Auslöser kann gesehen werden, dass das Sozialsystem in dieser Zeit in eine starke Krise geraten war und die Notwendigkeit entstand, dass die Zivilgesellschaft sich u.a. in die soziale Arbeit einbrachte. Der Übergang von Planwirtschaft zur Marktwirtschaft hatte zur Folge, dass der Staat nicht mehr in voller Weise das Sozialsystem finanzieren konnte

und folglich auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen war. Da der Staat nicht mehr in der Lage war, die gesellschaftlichen Probleme in Gänze zu lösen, entwickelten sich soziale Bewegungen, die die Nöte der Gesellschaft sahen und Lösungen entwickelten. Folglich kam es zur allmählichen Entwicklung des Dritten Sektors, als „Staatsentlastung, Stärkung gesellschaftlicher Selbsthilfe zum Ziele der Abarbeitung gesellschaftlicher und politischer Probleme“ (Schmidt 1995, S.240 zitiert nach Belokurova 2000, S.122). Während der Perestroika entwickelten sich viele Interessengruppen, die in der Lage waren, durch Demonstrationen und öffentliche Veranstaltungen die öffentliche Meinung zu beeinflussen. In dieser Zeit existierten die Gruppen mit inoffizielllem Status. Dies änderte sich mit der Verabschiedung des Gesetzes „über gesellschaftliche Vereinigungen“ im Oktober 1990. Ab diesem Zeitpunkt bekamen die bereits bestehenden sozialen Bewegungen einen offiziellen Status und wurden institutionalisiert – der Dritte Sektor entstand (Zelikova/Fomin 1996, S.79 zitiert nach Belokurova 2000, S.130). Einige der großen Netzwerkorganisationen aus der Zeit der Sowjetunion blieben bestehen und fügten sich in den neuen politischen und historischen Kontext ein (Skokova 2016, 127). Beispiele sind Veteranenverbände und Behindertenverbände, die sich aus den ursprünglichen Allunionsverbänden entwickelten, wie die „Allrussische Gesellschaft der Blinden“ und die „Allrussische Gesellschaft der Behinderten“ (Tarasenko 2017, S.6 f.).

Zur Entstehung des russischen Dritten Sektors trugen auch westliche Stiftungen und Dachverbände bei, jedoch waren diese eher unterstützend wirksam. Es wird deutlich, dass der russische Dritte Sektor kein Produkt des westlichen Auslands ist (Belokurova 2000, S.133). Unter der Präsidentschaft Boris Jelzins kam es schließlich in den 1990er Jahren zur Verabschiedung mehrerer Gesetze, die zur Festigung und Entwicklung des russischen Dritten Sektors entscheidend beitrugen (Siegert 2010, S. 177 ff.).

2. Begriffsdefinition und Begriffsverständnis Zivilgesellschaft/ Dritter Sektor

Gemäß der traditionellen Definition versteht sich der Dritte Sektor als Gesamtheit aller Organisationen, deren Aktivitäten weder dem Markt, noch dem Staat zuzuordnen sind (Helmig 2018) und im Bereich der sozialen oder karitativen Dienstleistungserstellung das Gemeinwohl fördern (Kehl/Kummer/Then 2015, S. 7). Der Sektor wird im Ländervergleich unterschiedlich eingegrenzt. Für Russland konnte keine eindeutige Definition gefunden werden.

Es gibt jedoch einen international gültigen Konsens, wodurch der Dritte Sektor gekennzeichnet ist. Ausschlaggebende Prinzipien sind das private, nicht staatliche Handeln, die Verfolgung öffentlicher Zwecke, die über das Private und Familiäre hinausgehen, sowie das Engagement auf freiwilliger Basis (Salamon/Sokolowski, 2016, S. 1528). Während der Dritte Sektor "systemfunktional" zwischen Markt, Staat und Familie agiert, hat der Begriff "Zivilgesellschaft" eher einen handlungsorientierten, interaktiven Charakter und fokussiert das individuelle und selbstorganisierte bürgerliche Engagement zur Vertretung gesellschaftlicher Werte und Interessen (Kehl/Kummer/Then 2015, S.7). In Russland werden die Begriffe jedoch synonym verwendet. Im osteuropäischen Raum wird die gesamte Zivilgesellschaft inklusive der gemeinnützigen Organisationen und der gemeinwohlorientierten Aktivitäten von Bürger*innen dem Dritten Sektor zugeordnet (Salamon/Sokolowski 2016, S. 1525 f.).

In Russland werden gemeinnützige Organisationen als "nichtkommerzielle Organisationen", kurz "NKO" bezeichnet. Die Bedingungen für den Erhalt dieses Status sind gesetzlich definiert. Demnach handelt es sich um Organisationen, die nicht in erster Linie Gewinnziele verfolgen. Generierte Profite dürfen zudem nicht an die Mitglieder ausgeschüttet werden (Russische Föderation 1996 Art. 2, Art. 31.1). Laut russischem Gesetz können NKO von staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren geführt werden (Russische Föderation 1996, Art. 6-11). Der Begriff der zivilgesellschaftlichen Organisationen (engl. Civil Society Organisation, kurz: CSO) wurde durch das EU-Russia Civil Society Forum geprägt und enthält folgende Kriterien: Formelle sowie informelle Organisationen, die nicht Teil des staatlichen Regierungsapparats sind, sich selbst verwalten, keine Gewinnausschüttung betätigen und in denen Partizipation auf freiwilliger Basis geschieht. Demnach schließt das EU-Russia CSF eine große Anzahl an russisch definierter NKO als zivilgesellschaftliche Organisationen aus, da aus diesen die vier geforderten Kriterien nicht transparent hervorgehen (EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2019, 103). Ein aktuelles Beispiel wird im Unterpunkt *Zahlen, Daten, Fakten zum russischen Dritten Sektor* ersichtlich. Des Weiteren muss die russische NKO von dem Begriff "NGO", stehend für Nichtregierungsorganisation, abgegrenzt werden. Der Begriff "NGO" wird aus russischer Perspektive ausschließlich im Zusammenhang mit internationalen regierungsunabhängigen Nonprofit-Organisationen verwendet (Hansen 2017), während NKO russische nicht-profitorientierte Organisationen sind, die die gesetzlichen Kriterien erfüllen (Russische

Föderation 1996, Art. 2). Zivilgesellschaftliche NKO verfolgen ihre gemeinnützigen Zwecke in erster Linie unabhängig von Regierungsorganen. Derzeit gibt es 15 verschiedene Rechtsformen, in denen sich NKO organisieren (EU-Russia Civil Society Forum 2018, S. 100). Es gibt "mitgliederbasierte" Formen, wie Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und soziale Verbände, sowie "nicht mitgliederbasierte" Formen, wie Spendenfonds. Die Handlungsfelder der NKO sind ebenfalls im Gesetz festgehalten. Als oberstes Kriterium muss ein gemeinwohlfördernder Charakter vorhanden sein. So können beispielsweise soziale und wohltätige Zwecke verfolgt werden, sowie die Förderung von Bildung und Wissenschaft. Ebenso kann ein Beitrag zu Gesundheit, Sport und Körperkultur geleistet werden. Die Vertretung religiöser Interessen ist ein weiteres Handlungsfeld. Auch der Schutz von Menschenrechten, Rechtshilfe und Konfliktbewältigung fallen unter das Kriterium der Wohlfahrtsförderung (Russische Föderation 1996, Art. 2). Es lässt sich eine Unterteilung des Dritten Sektors in zwei Organisationstypen erkennen:

1. "Sozial orientierte" Organisationen sind im Bereich der sozialen Dienstleistungserstellung tätig, die auch von staatlichen oder marktwirtschaftlichen Unternehmen bereitgestellt werden können. Darunter fallen Tätigkeiten wie die Altenhilfe, Armenfürsorge oder Suchtprävention.
2. "Politische" Organisationen zeichnen sich durch die Vertretung gesellschaftlicher Interessen in der öffentlichen Debatte aus, mit dem Ziel der Einflussnahme auf politische Entscheidungsfindungsprozesse. Ein weiteres Tätigkeitsfeld ist der Einsatz für den Vollzug von Lebensstilen, Überzeugungen und Weltanschauungen im öffentlichen Raum (Anheier 2014, zitiert nach Kehl/Kummer/Then 2015, S.8).

Neben den geschilderten Gesetzen gibt es weitere spezifische Gesetze bezüglich einzelner Organisationsformen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind insgesamt sehr komplex und schwer durchschaubar, hauptsächlich weil der Dritte Sektor einer strengen staatlichen Regulierung unterliegt und die Rahmenbedingungen häufig an den vorherrschenden politischen Willen angepasst werden. Somit hat sich beispielsweise das "Gesetz für nichtkommerzielle Organisationen" seit dem Erlass 1996 bis 2018 81 Mal geändert. Davon wurden 53 der Änderungen nach 2010 vorgenommen, was eine sehr bewegliche politische Situation widerspiegelt (EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2018, S. 100).

3. Struktur und Rahmenbedingungen

Rechtliche und politische Rahmenbedingungen des Dritten Sektors

Die Zivilgesellschaft Russlands ist kein homogener einheitlicher Korpus. Mit dem Einwirken der Regierung auf sämtliche Bereiche des sozialen Lebens, ergeben sich diverse Gruppierungen unterschiedlicher Bedingungen und Kontexte von Zivilgesellschaft. Die Skala reicht von registrierten und staatlich anerkannten nichtkommerziellen Organisationen hin zu

informellen Initiativen und Massenprotesten (EU-Russia Civil Society Forum 2019, S. 103). Diese Entwicklung soll im Folgenden analysiert werden.

Gemäß des Artikels 30 der russischen Verfassung wird den Bürger*innen das Recht gewährt, sich zur Interessenvertretung zusammenzuschließen. Zudem wird gesellschaftlichen Vereinigungen die Betätigungsfreiheit garantiert. Dies bezieht somit auch auf die Gründung von zivilgesellschaftlichen, nichtkommerziellen Organisationen. Demnach dürfen NKO ihre Handlungsfelder frei wählen und ihren Zweck uneingeschränkt verfolgen. Die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen für NKO gehen aus dem "Gesetz für nichtkommerzielle Organisationen" hervor, welches im Jahre 1996 von der russischen Regierung erlassen wurde und grundsätzlich bis heute gültig ist. Hier wird der Begriff "nichtkommerzielle Organisation" definiert (siehe oben) und anhand verschiedener Merkmale bezüglich ihrer Handlungsfelder, Ziele und Organisation erläutert. Die beschriebenen Eigenschaften gelten als Voraussetzung, um als Organisation den Status "nichtkommerziell" zu erhalten. Die wichtigsten Bedingungen sind die Erfüllung gemeinwohlorientierter Zwecke sowie die zweckgebundene Mittelverwendung (Russische Föderation 1996, Art. 2, Art. 31.1). Nichtkommerzielle Organisationen sind zur Registrierung verpflichtet und handeln ab diesem Zeitpunkt als juristische Person. Die Mitarbeitenden können somit im Namen der Organisation Aufgaben erfüllen, Eigentumsrechte ausführen, klagen oder angeklagt werden. Ebenfalls wird die Organisation zur Führung von Bankkonten im In- und Ausland ermächtigt (Russische Föderation 1996, Art. 3). Regierungsunabhängige Organisationen werden durch das Gesetz für "nichtkommerzielle Organisationen" grundsätzlich legitimiert und seitens der Regierung unterstützt (Russische Föderation 1996, Art. 31). Als eine Besonderheit für den russischen Dritten Sektor sind die verschiedenen Entwicklungsphasen zu nennen, die nach Erlass dieses Gesetzes folgten. Zunächst handelten die neu entstandenen NKO relativ unabhängig von der Regierung. Finanzielle Mittel erhielten sie in dieser Zeit weitestgehend aus dem Ausland (EU-Russia Civil Society Forum 2016, S. 127). Seit den 2000er Jahren ist in Russland jedoch eine zunehmend politische Gestaltung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft zu beobachten. Es wurden eine Reihe von Konsultationsforen und -strukturen für den Dialog und die Kooperation mit der Zivilgesellschaft hervorgebracht. Der erste öffentlichkeitswirksame Schritt des Staates auf die Zivilgesellschaft zuzugehen, ist das Bürgerforum, welches auf Einladung von Präsident Wladimir Putin im Jahr 2001 erstmalig stattfand und 2003 als Folgekonferenz wiederholt wurde (Lang/Härtel/Bürsch 2010, S. 11 f.). Einige Bürgerrechtsorganisationen wie Memorial lehnten eine Teilnahme kategorisch mit der Begründung ab, dass keine Versammlung die gesamte Zivilgesellschaft des Landes legitimerweise vertreten könne und eine Superstruktur zu einem Mechanismus der Kontrolle über das unabhängige gesellschaftliche Leben führe (Luchterhandt 2006, S. 2 f.). In Präsident Putins Eröffnungsrede formulierte er den Wunsch, „effektive Modelle der

Zusammenarbeit zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen“ zu entwickeln. Das Bürgerforum verabschiedete eine Vielzahl von Vorschlägen an die Regierung (ebd., S. 2 f.). Nach dem Bürgerforum bildet die Gesellschaftskammer ein weiteres Konsultationsforum. Sie wurde auf Grundlage eines Gesetzes aus dem Jahre 2005 gebildet und besteht aus 126 Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Diese werden nicht gewählt, sondern ernannt. Die Kammer ist eine Art Quasi-Parlament, die sowohl die Belange der Zivilgesellschaft gegenüber den politischen Organen vertritt als auch die Medien und die Exekutive kontrollieren soll. Die Kammer verfügt über Mittel, Informationen zu beschaffen und bereitzustellen. Sie kann Stellungnahmen zu Gesetzesprojekten vornehmen sowie Kritik an der Regierung äußern. Außerdem stehen der Gesellschaftskammer eine Stunde im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen zur Verfügung (Lang/Härtel/Bürsch 2010, S. 13 f.). Die Ziele der Gesellschaftskammer werden durch das Gesetz wie folgt definiert:

- Erfassung der Bedürfnisse und Interessen der Bürger
- Schutz ihrer Rechte und Freiheiten
- Schutz der Rechte der gesellschaftlichen Vereinigung bei der Formulierung und Realisierung der Staatspolitik

Gesellschaftliche Kontrolle über die Tätigkeiten der Exekutivorgane aller Ebenen (Luchterhandt 2006, S. 4)

Die 126 Mitgliedsorganisationen der Gesellschaftskammer im Jahre 2006 verteilten sich in der Reihenfolge der Gewichtung auf folgende Bereiche: Kultur (18), Medien (14), Politologie (12), Unternehmen (11), Soziales, Gesundheit, Wissenschaft, Religion, Frauen, Siloviki (jeweils 7), Juristisch (6), Gewerkschaften (6), Ökologie (3), Jugend (3) und nationale Minderheiten (2) (ebd., S. 17 f.).

Für viele prominentere Vertreter*innen regierungskritischer Nichtregierungsorganisationen ist es bis heute undenkbar, sich für die Gesellschaftskammer aufstellen zu lassen. Kritisiert wird, dass die Gesellschaftskammer ein weiterer Schritt zur Gleichschaltung der Zivilgesellschaft sei. So kommentierte die Menschenrechtsorganisation Memorial, dass der Versuch, den Dialog in einem Organ zu konzentrieren, lediglich zur Imitation des Dialogs führen werde und dass die Kammer in das System der staatlichen Macht eingebaut sei. Weitere Kritiker*innen sprechen von einem Weg zur Gleichschaltung der Zivilgesellschaft. Bedingt durch das institutionelle Design der Gesellschaftskammer, das ein Nominierungsverfahren sowie Aufgabenbeschreibungen vorweist, sehen kritische Teile der Zivilgesellschaft einen systematischen Mangel, der die Zivilgesellschaft in politisch Gehörte (d.h. Kammermitglieder) und Ungehörte teilt (Lang/Härtel/Bürsch 2010, S. 13 f.). Die Gefahr der Monopolisierung der Gesellschaftskammer in Richtung Kreml-treuer Organisationen sehen andere

Beobachter*innen gelassener, „weil komplexe Institutionen in aller Regel ein Eigenleben jenseits der Absicht ihrer Initiatoren entwickeln“ (ebd., S. 15) und die Kammer beispielsweise in Bezug auf die kontroverse Novelle der NGO-Gesetze zeigte, dass designierte Mitglieder sich nicht widerspruchs- und bruchlos in das System der Macht einfügen würden (ebd.). Aus Gesprächen der Friedrich-Ebert-Stiftung mit einzelnen Mitgliedern der Gesellschaftskammer kann geschlussfolgert werden, dass die Kammer durchaus gute Arbeit für den Schutz einzelner Bürger*innen sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen leistet. Vorgeschlagene Verbesserungen, die weniger politisch sensible Themen ansprechen, wie beispielsweise die Lage von Menschen mit Behinderung, sind in der Gesellschaftskammer durchaus gut aufgehoben. Die Gesellschaftskammer erweitere somit den Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft (ebd., S. 14 f.).

Erste Hinweise darauf, dass die Regierung die Aktivitäten russischer NKO verstärkt kontrollieren möchte, entstanden mit dem Erlass des NGO-Gesetzes im Jahre 2006. Das NGO-Gesetz schränkt die bisherigen Rechte für NKO in vielseitiger Hinsicht ein. Organisationen, die aus Sicht der Regierung nicht die nationalen Interessen der Russischen Föderation unterstützen, wurden ab Erlass dieses Gesetzes die Registrierung und damit ihre Legitimation verwehrt. Ebenso müssen NKO ihren Hauptsitz nachweislich in Russland führen, wodurch internationalen Organisationen das Handeln erschwert wurde. In diesem Zuge wurden auch jegliche Aktivitäten ausländischer Organisationen, sowie deren Geldtransfer zu lokalen Niederlassungen in Russland, untersagt. Mit dem NGO-Gesetz wurde auch eine Dokumentations- und Berichtspflicht bezüglich der Aktivitäten und Finanzen der Organisationen eingeführt. Zusätzlich wurden die staatlichen Behörden ermächtigt, regelmäßige Betriebsprüfungen bei den NKO durchzuführen, bei Bedarf auch in Form von unangekündigten Besuchen (Machalek, S. 1).

Der gesplittete Dritte Sektor

Mit dem NGO-Gesetz von 2006 lässt sich eine zunehmende Kontrollierung des Staates auf die Handlungsfreiheit russischer NKO beobachten. Eine Reihe weiterer Gesetze führte dazu, dass der russische Dritte Sektor heute als gesplittet beschrieben wird. Diese Spaltung wird im Folgenden analysiert.

Das russische Justizministerium unterscheidet in vier verschiedene Bereiche von NKO:

1. Sozial orientierte nicht kommerzielle Organisationen
2. Sozial orientierte nicht kommerzielle Organisationen, die gemeinnützige Dienste anbieten
3. Ausländische Agenten sowie
4. Unerwünschte Organisationen.

Der jeweilige Status hat Auswirkungen auf die Handlungsfreiheit sowie finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten von Seiten des Staates (EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2018, S. 100). Diese werden im Folgenden analysiert.

Sozial orientierte, nicht kommerzielle Organisationen

Mit dem Änderungsgesetz Nr. 40-FZ »Über Änderungen in einzelnen Gesetzesakten der Russischen Föderation zur Frage der Förderung sozial-orientierter nichtkommerzieller Organisationen« vom 5.4.2010 wurde es nicht kommerziellen Organisationen ermöglicht, den Status einer sozial orientierten nicht kommerziellen Organisation (in der Literatur auch SONKO, SONPO und SONGO, im Folgenden SONPO genannt) zu erhalten. Dieses Gesetz lehnt sich an westlichen Erfahrungswerten an und kann mit den vorhandenen gesetzlichen Grundlagen zu gemeinnützigen Organisationen verglichen werden (Tarasenko 2017, S. 5). Die sozial orientierten Organisationen sind offiziell registrierte NKO und machen die Hälfte aller russischen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus (EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2017, S. 99). Die Organisationen erstrecken sich in 18 Bereiche (u.a. Soziales, Bildung und Kultur) und unterstützen den Staat in der Lösung gesellschaftlicher Probleme (EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2019, S. 103 f.).

Seit Erlass des Gesetzes 2010 registriert der föderale Dienst für staatliche Statistik Rosstat die Anzahl der SONPO. Im Jahr 2018 wurden 140.247 sozial orientierte nicht kommerzielle Organisationen registriert. In dieser Zahl eingeschlossen sind etwa 30.000 religiöse Organisationen sowie Gewerkschaften. Ein Drittel aller SONPO sind in den Metropolregionen Moskau/Moskauer Umkreis und St. Petersburg/Leningrader Umkreis tätig. In diesen Regionen arbeiten die NKO auf sehr professionellem Niveau und besitzen viele Ressourcen sowie eine gute Infrastruktur (EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2019, S. 103 f.).

Alle Organisationen, die diesen Status besitzen, konkurrieren um die Möglichkeit einer (teilweise finanziellen) staatlichen Unterstützung auf föderaler, regionaler sowie kommunaler Ebene. Vor dem Jahre 2016 wurde die staatliche finanzielle Unterstützung durch ein spezielles Förderprogramm des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung durchgeführt. Dieses war so kreiert, dass das Ministerium regionale Förderprogramme co-finanzierte und anschließend die regionalen Regierungen einen Förder-Wettbewerb für lokale Organisationen durchführten. Darüber hinaus förderte das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung Langzeit-Finanzierungen für regionale Ressourcen, welche wiederum die Infrastruktur der lokalen Zivilgesellschaft ermöglichten. Expert*innen beurteilten dieses Programm als sehr effektiv und transparent, da es die Interaktion regionaler Organisationen untereinander und mit der Regierung förderte. Gegen Ende des Programms besaßen 75 russische Regionen ein eigenes regionales Förderprogramm (Krasnopol'skaya et al. 2015 zitiert nach EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2018, S. 100 f.).

Die folgende Tabelle zeigt einen Anstieg der staatlichen finanziellen Förderung von NKO in den Jahren 2014 und 2015 bei einem gleichzeitigen leichten Rückgang der Anzahl der Organisationen.

Government authority providing support	Amount of support (thousand roubles)		Number of recipient NGOs	
	2014	2015	2014	2015
Presidential Administration	2 968 000	4 228 200	1276	1377
Ministry of Economic Development	926000	859400	4630	3964
Ministry of Culture	784 873.5	2 077 372	58	199
Ministry of Labour	746 368.4	765 598.3	16	17
Federal Drug Control Service	-	10 200	-	8
Rospechat (Agency on Press and Mass Communications)	83.9	93.3	33	37
Rosmolodezh (Agency on Youth Affairs)	18 000	74 000	24	44
TOTAL	4 248 251.8	7 208 635.2	6037	5762

Table 17. Federal support of NGOs in Russia. Data from the Ministry of Economic Development, 2015

Quelle: Russian Ministry of Economic Development. Annual report on socially-oriented NGO activities and development 2015, S. 7 zitiert EU-Russia Civil Society Forum 2016, 132.

Ab dem Jahr 2016 wurde dieses Förderprogramm des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung zusammen mit allen regionalen Förderprogrammen in die Stiftung des Präsidialen Förderprogramms überführt (engl.: *Foundation of Presidential grants*). Dadurch sollte die finanzielle Förderung durch das Ausland, die weitgehend Menschenrechtsorganisationen erhielten, unterbunden werden. Außerdem versuchte die Regierung eine zunehmende Kontrolle über die Entwicklung der Zivilgesellschaft zu erhalten.

Die Stiftung des Präsidialen Förderprogramms bildet heute die finanzielle Hauptressource und ist somit ein entscheidender Faktor für die Entwicklung des gesamten Dritten Sektors. Daraus folgte eine zunehmende Abhängigkeit der russischen NKO von staatlichen Förderprogrammen. Offiziell fördert das Programm NKO in 13 verschiedenen Politikfeldern. In der Realität werden jedoch besonders sozial orientierte NKO unterstützt. Auch wenn das neue staatliche Förderprogramm durch die Monopolisierung staatlicher Ressourcen und Unterdrückung ausländischer Finanzierung starke Kritik erhielt, so werden die Entwicklungen seit 2016 von vielen Expert*innen als positiv beschrieben. Das System des Bewerbungsprozesses, die Kriterien zum Wettbewerb sowie das Prozedere der Berichterstattung gestalten sich transparenter als zuvor (Ivanushkin 2017, zitiert nach EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2018, S. 101). Die finanzielle Unterstützung durch die Präsidiale Förderstiftung ist angestiegen. Im Jahr 2018 stellte die Stiftung 7,8 Mrd. Rubel (105

Mio. €) für Projekte sozial orientierter NKO zur Verfügung. Von 2017-2019 bewarben sich 21.714 SONPO für das Präsidiale Förderprogramm (EU-Russia Civil Society Forum 2019, S. 104).

Sozial orientierte nichtkommerzielle Organisationen, die gemeinnützige Dienste anbieten

Aus den zuvor analysierten sozial orientierten NKO spezifiziert das russische Justizministerium im nächsten Schritt solche NKO, die über mindestens ein Jahr qualitativ hochwertige gemeinnützige Dienstleistungen anbieten. Dieser neue Typ wurde 2017 im Gesetz verankert. Damit soll eine verstärkte Förderung der betroffenen NKO ermöglicht und gleichzeitig der Wettbewerb zwischen kommerziellen sozialen Dienstleistern, staatlichen Trägern und NKO angekurbelt werden. Ziel ist es, die Gesamtqualität sozialer Dienstleistungen zu steigern. Der Status gibt den NKO die Möglichkeit, soziale Dienstleistungen anzubieten, die mittels des Staats nach einheitlichem Tarif bezahlt werden. Die NKO bekommen somit Zugang zu einer nachhaltigen finanziellen staatlichen Unterstützung für ihre Dienstleistungen. Dennoch ist anzumerken, dass das komplizierte Bewerbungsprozedere sowie die geringen Beträge für soziale Dienstleistungen in starkem Kontrast stehen und hohe Barrieren aufbauen, um von Seiten der Organisationen den Status dieser Form von NKO anzustreben. Im Dezember 2018 besaßen lediglich 185 NKO diesen Status, was weniger als 0,1% aller sozial orientierter NKO ausmacht (EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2018, 101).

Ausländische Agenten und unerwünschte Organisationen

Neben den zuvor genannten Gesetzen für sozial orientierte NKO, die zur bewussten staatlichen Förderung dieser beitragen, bildet das sogenannte „Ausländische Agentengesetz“ aus dem Jahre 2012 einen Gegenpol und verstärkt die bereits erwähnte Spaltung des russischen Dritten Sektors. Die Auswirkungen sollen im Folgenden erläutert werden.

Als Reaktion auf den „russischen Protestwinter“ über die Jahre 2011/12, in dem es zahlreiche Proteste unzufriedener Bürger*innen nach den Wahlen der Staatsduma gab, wurde das "Gesetz über Ausländische Agenten" verabschiedet, wodurch sich die Gesetzeslage für NKO, welche Unterstützung aus dem Ausland erhalten, drastisch verschärfte (Verein humanrights.ch 2015). Seit Erlass sind alle Organisationen, die Gelder aus dem Ausland erhalten, verpflichtet, sich auf einer Liste des russischen Justizministeriums registrieren zu lassen (International Center For Not-For-Profit Law 2019). Dabei bleibt unbeachtet, ob diese Gelder für die politische Aktivität bestimmt sind. Unter "Politischer Aktivität" verstehen sich in diesem Falle Handlungen mit dem Ziel der Einflussnahme auf die politische Entscheidungsfindung oder die öffentliche Meinungsbildung.

Für die betroffenen Organisationen hat dies verschiedene Konsequenzen. Wird eine Organisation als "Ausländischer Agent" erklärt, muss sie sich in jeglicher Form der Kommunikation als solcher ausweisen. Zudem verschärfen sich die Dokumentations- und Berichtspflichten gegenüber der Regierung. Berichte bezüglich der Finanzen, politischen Aktivitäten und den Managementstrukturen der Organisationen müssen viertel- bzw. halbjährlich erstattet werden. Die staatliche Stelle bzw. das Justizministerium ist weiterhin zu unangekündigten Betriebsprüfungen ermächtigt. Es kommt hinzu, dass politische Aktivitäten der Organisationen im Vorfeld angekündigt und regierungsseitig genehmigt werden müssen (Machalek o.J., S. 2). Verweigert eine Organisation ihre Registrationspflicht, ist mit erheblichen Konsequenzen wie Demonstrationsverboten, einem limitierten Kontozugriff, Geldstrafen von bis zu 300.000 Rubel oder Freiheitsstrafen für Mitarbeitende von bis zu 2 Jahren zu rechnen (ebd., S. 2). Seit Etablierung des Gesetzes wurden über 150 NKO als Ausländische Agenten registriert, im Dezember 2018 hatten noch 71 NKO mit diesem Status. Unter diesen sind 41 NKO im Bereich Menschenrechte und Umweltschutz aktiv, 19 sogenannte Think-Tanks sowie 11 NKO aus dem sozialen Bereich, unter denen wiederum vier NKO Maßnahmen zur HIV-Prävention fördern (EU-Russia Civil Society Forum 2018, S. 102). Im Jahr 2019 stieg die Zahl von 71 auf 75 mit dem Status "Ausländischer Agent". Organisationen mit diesem Status können nicht als "Gemeinnützigkeitsfördernde Organisationen" anerkannt werden (EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2019, S. 106).

Darüber hinaus enthält das Gesetz noch schärfere Sanktionen für "unerwünschte Organisationen", die als gemeinwohlgefährdend eingestuft werden. Beteiligte dieser NKO können mit bis zu vier Jahren Haft verurteilt werden (Machalek o. J., S. 2). Unerwünschte Organisationen sind meist in den Bereichen Menschenrechte und Umweltschutz tätig. Im Dezember 2018 wurden 15 internationale NKO als unerwünschte Organisationen bezeichnet, unter ihnen die National Endowment for Democracy, das National Democratic Institute for International Affairs sowie die Europäische Plattform für demokratische Wahlen/European Platform for Democratic Elections (EU-Russia Civil Society Forum 2019, S. 102).

Laut der Analysen von Civicus hat Russland den Status "repressed". Dies bedeutet, dass die Zivilgesellschaft in Russland unterdrückt wird. So habe sich laut Civicus der bürgerliche Raum in Russland seit 2012 deutlich verengt und der Staat habe die Zivilgesellschaft, unabhängige Medien und jeden, der sich dem Staat entgegenstellt, angefeindet (Civicus Monitor 2019).

Zahlen, Daten, Fakten zum russischen Dritten Sektor

Offizielle Zahlen zum russischen Dritten Sektor sind vorhanden, jedoch gibt es viele Lücken und oft ist nicht transparent zu erkennen, welche Form an Organisationen mitgerechnet werden, und welche nicht. Folgend ein aktuelles Beispiel:

Laut dem russischen Justizministerium sind derzeit 216.900 NKO in Russland registriert (Stand April 2019, Ministry of Justice, zitiert nach EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2019, S. 103). Das EU-Russia Civil Society Forum nimmt aus diesem Wert jedoch eine hohe Anzahl heraus, da sie nicht ihren Kriterien einer zivilgesellschaftlichen Organisation entsprechen (nicht Teil des Staatsapparats, keine Gewinnausschüttung, sich selbst verwaltend, freiwillige Partizipation). Das Forum kommt lediglich auf eine Zahl von 149.000 zivilgesellschaftlicher Organisationen. Aus der anfänglichen Zahl wurden Gewerkschaften, politische und religiöse Organisationen, Rechtsanwaltskanzleien sowie staatliche Institutionen entfernt (EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2019, S. 103). Auch die Anzahl der SONPO wird je nach Quelle verschieden berechnet. Wie im letzten Abschnitt bereits erwähnt, zählte das russische Justizministerium im April 2018 140.247 SONPO. Jedoch wird daraus nicht ersichtlich, nach welchen Kriterien die NKO in die Liste aufgenommen wurden. In diesem Fall wurden 30.000 religiöse Organisationen und Gewerkschaften mit einberechnet. Rechnet man diese heraus, gibt es laut dem EU-Russia CSF nicht mehr als 110.000 zivilgesellschaftliche Organisationen (ebd., S. 103).

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass es eine hohe Zahl von inaktiven registrierten NKO gibt, die aus der Zählung zu entfernen sind. Nach Einschätzung von Expert*innen und Erhebungen sind etwa 65-85% aller SONPO nicht aktiv (ebd., S. 104). Insgesamt besteht demnach nur eine Zahl von etwa 20-40.000 aktiven professionell arbeitenden zivilgesellschaftlichen Organisationen in Russland (ebd.). Über ein Viertel aller russischer NKO (27%) ist in den Metropolregionen Moskau/Moskauer Umkreis und Sankt Petersburg angesiedelt. Durchschnittlich gibt es 1,5 NKO auf 1.000 russische Bürger*innen. Diese Zahl trifft jedoch eher auf stark besiedelte Regionen wie den Fernen Osten und Nordkaukasus sowie die bereits erwähnten Metropolregionen zu (EU-Russia Civil Society Forum 2016, S. 128). Die meisten NKO sind im Bereich sozialer Dienstleistungen tätig. Die Hilfe für Menschen mit Behinderung sowie Kinder- und Waisenheime stehen im Fokus. Menschenrechtsorganisationen und Umweltschutzorganisationen entwickelten sich zu einer Minderheit (ebd., S. 128). Der Anteil der Organisationen mit hauptamtlichen Mitarbeitenden (Beschäftigung mit Gehalt) stieg in den letzten Jahren an. Laut der Higher School of Economics stieg der Anteil von 64% im Jahr 2012 auf 73% im Jahr 2017. Der Anteil russischer NKO mit ehrenamtlich Mitarbeitenden lag 2017 bei 66%. Laut einer Studie der Charities Aid Foundation engagierten sich im Jahr 2017 22% der Studienteilnehmender ehrenamtlich: Davon 21% in einer NKO, 14% in religiösen Organisationen und der Rest in informellen Organisationen oder anderen Organisationsformen (USAID et al. 2018, S. 183). Die Bereitschaft der Bevölkerung, Fremden zu helfen sowie insbesondere Geld zu spenden oder Zeit für freiwillige Arbeit bereitzustellen, ist in Russland wenig ausgeprägt. Dies könnte durchaus im sowjetischen Erbe begründet sein; in der Russischen Föderation sind die Zuständigkeiten des Gewährleistungsstaates und die

Erwartungshaltung der Bürger*innen an ihn immer noch stark ausgeprägt. Im Ranking der Charities Aid Foundation (CAF) steht Russland auf Platz 117 von 126 (ebd. 2019, S. 25).

4. Aktuelle Entwicklungen

Seit dem Jahre 2017 Jahren sind mehrere Entwicklungstendenzen im Dritten Sektor Russlands zu beobachten.

Zunächst lässt sich in der Gesellschaft ein deutlicher Anstieg an Protesten feststellen. Diese Proteste werden zumeist von nicht registrierten NKO initiiert. Es ist von einer neuen Generation an Aktivist*innen und einer Umstrukturierung der Zivilgesellschaft die Rede, die nun auch von den Medien reflektiert werden. Dabei bildet das Thema Umweltschutz eine zentrale Rolle. Ein Austausch und die Kooperation zwischen diesen neu aufkommenden nicht-organisierten Initiativen und den bereits professionalisierten registrierten NKO findet nur bedingt statt (EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2019, S. 107 f.). Eine weitere Entwicklung lässt sich in der steigenden Bedeutung der Stiftung des Präsidialen Förderprogramms ausmachen. Sie spielt eine Schlüsselrolle als Ressourcenquelle registrierter NKO. Der Wettbewerb um Förderung etabliert sich in den letzten Jahren verstärkt. Dabei lassen sich eine erhöhte Transparenz in der Abwicklung, sowie eine systematische Veränderung zur besseren Berichterstattung über geförderte Projekte erkennen. Einerseits wirkt sich die staatliche Förderung positiv auf das Prestige der NKO im regionalen und lokalen Kontext aus, sodass die Zusammenarbeit mit Partnern und anderen Organisationen gefördert wird. Andererseits sprechen einige NKO von einer zunehmenden Abhängigkeit der Regierung, die durch die Förderung entsteht. Die Projekte werden so gestaltet, dass sie den staatlichen Konditionen entsprechen. Dies kann negative Auswirkungen auf die Stabilität des gesamten Sektors haben (ebd., S. 108 f.).

Die dritte Entwicklungstendenz bildet die erhöhte Bedeutsamkeit des Internets und IT in der Arbeit von russischen NKO. Social Media ist das entscheidende Mittel, um private Spenden anzuwerben, den Bekanntheitsgrad der Organisation zu erhöhen und die Zusammenarbeit mit Freiwilligen zu ermöglichen. Die zunehmende Einschränkung und Kontrolle des Internets durch die Regierung erschwert den Internetauftritt vieler NKO. Hier lässt sich ein Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Regionen ausmachen. Einige lokale NKO besitzen erschwerten Zugang zum Internet und fehlende IT-Kenntnisse erschweren die Nutzung des Internets auf lokaler Ebene (ebd., S. 110 f.).

Im Bereich der sozial orientierten NKO lassen sich ebenfalls einige Entwicklungstendenzen erkennen. Die Regierung entwickelt konkrete Pläne zur zunehmenden Förderung von SONPO und Ehrenamtlichen in diesem Bereich (Khaziev 2018 zitiert nach EU-Russia Civil Society

Forum e.V.. 2019, S. 106). Ziel ist es, den Anteil ehrenamtlich engagierter Bürger*innen bis 2024 auf 20% zu steigern (Presidential Decree No. 204, zitiert in EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2019, S. 106). Ein Bereich russischer SONPO, der sich sehr schnell entwickelt, sind Wohltätigkeitsorganisationen. Diese machen aktuell einen Anteil von 10% aller SONPO aus. Überwiegend betreiben sie Fundraising für Organisationen, die sich für kranke Kinder, religiöse Zwecke und Tierschutz einsetzen (EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2019, S. 104).

Veränderungen und ein Wandel sind ebenfalls im Bereich der sozialen Dienstleistungen festzustellen. Die Reform ermöglicht es den SONPO sowie privaten Anbietern in Konkurrenz zu staatlichen Trägern zu treten und mittels einheitlich geregelter Tarife personenbezogene Dienstleistungen anzubieten. Diese Reform vollzieht sich jedoch in den verschiedenen Regionen Russlands unterschiedlich und soll im Folgenden analysiert werden. Die Anzahl nichtstaatlicher Träger sozialer Dienstleistungen (SONPO + Privatunternehmen) stieg von 2016 bis 2017 an. 2016 registrierte Rosstat 297 (davon 159 Privatunternehmen und 138 SONPO), 2017 waren es bereits 415 nichtstaatliche Träger. Im Vergleich zu der Gesamtzahl von 4.735 aller personenbezogener Dienstleistungsträger im Jahre 2016 wird jedoch der große Unterschied zu vorhandenen staatlichen Anbietern deutlich. Zum besseren Verständnis ist zu erwähnen, dass die Reform von Seiten der Zentralregierung ohne Berücksichtigung der regional verfügbaren individuellen Finanzen und administrativen Kapazitäten vollzogen wird. Dadurch entstehen in einigen Regionen Hürden für alternative nichtstaatliche Träger sozialer Dienstleistungen, also SONPO (Tarasenko 2017, S. 6).

Die dadurch unterschiedliche Situation lässt sich mit aktuellen Zahlen aus dem Jahr 2017 belegen. 37,8% aller Regionen besitzen demnach keine alternativen Anbieter sozialer Dienstleistungen zu staatlichen Einrichtungen. Dazu zählen unter anderem die Gebiete Iwanowo und Omsk sowie die Republik Komi. Weniger als 10% nichtstaatliche Anbieter existieren in mehr als der Hälfte der russischen Regionen (53%). Dazu zählen die Gebiete Saratow, Rostow und Belgorod. 10-15% nichtstaatliche Anbieter lassen sich in den Gebieten Tambow, dem Leningrader Gebiet und der Region Kamtschatka vorfinden (ebd., S. 6). Eine Analyse der sozialen Gruppen, die personenbezogene Dienstleistungen von nichtstaatlichen Anbietern empfangen, enthält folgende Angaben: Aus der Gesamtzahl von 415 Anbietern (Stand 2017, davon Privatunternehmen und SONPO) arbeiten 112 Organisationen (26 %) in der Altenpflege, 72 Organisationen (17 %) mit Kindern (die krank und ohne elterliche Fürsorge sind), 91 Organisationen (22 %) in der Unterstützung und Eingliederung von Menschen in schwierigen Lebenslagen (wie Drogen- und Alkoholabhängige, Obdachlose, ehemalige Strafgefangene) und 59 Organisationen (14 %) in der Behindertenhilfe. Die restlichen 35 Organisationen (8 %) arbeiten mit unterschiedlichem Klientel oder fördern einen gesunden Lebenswandel. Die Datenlage spiegelt den hohen Bedarf an Einrichtungen für alte Menschen und Kinder in der russischen Bevölkerung wider. Hier benötigt der Staat die meiste

Unterstützung durch die Zivilgesellschaft, weshalb es auch eine vergleichsweise hohe Anzahl an nichtstaatlichen Trägern in diesen Bereichen gibt (ebd., S. 6).

Faktoren, die die Zunahme an SONPO als soziale Dienstleistungsträger beeinflussen, sind ein hohes Bruttoregionalprodukt sowie die Anzahl autonomer staatlicher Einrichtungen, die die positive Gesamtentwicklung der regionalen Reform sozialer Dienstleistungen anzeigt. Dies spiegelt sich in den folgenden Tabellen wider (Tarasenko 2017, S. 8).

Tabelle 1: Regionen mit den größten Anteilen nichtstaatlicher Anbieter, die im Register geführt werden

Nr.	Region	Anteil nicht-staatlicher Anbieter im Register (in % aller Anbieter), 2016	Bruttoregionalprodukt pro Kopf und Jahr (in Rubel), 2014	Anteil autonomer Einrichtungen (in %)	Anzahl registrierter SONGOs* (nach Rosstat, 2016)
1	Republik Baschkortostan	37,3	306.771	62,5	4.957
2	Region Perm	36,9	367.087	59,5	3.029
3	Gebiet Wladimir	14,4	232.631	10,2	1.684
4	Gebiet Nowosibirsk	13,5	326.868	22,9	4.311
5	Gebiet Tjumen	9,6	521.987	100	3.435

* SONGO: sozialorientierte nicht-kommerzielle Organisation

Quelle: zusammengestellt von Anna Tarasenko, eine frühere Version der Tabelle wurde zuerst veröffentlicht in: Anna Tarasenko: *Diwersifikazija sfery sozialnych uslug w Rossii: faktory regionalnych raslitschij*, <https://eu.spb.ru/images/M_center/M_58_17.pdf>

Tabelle 2: Regionen mit dem geringsten Anteil nichtstaatlicher Anbieter, die im Register geführt werden

Nr.	Region	Anteil nicht-staatlicher Anbieter im Register (in % aller Anbieter), 2016	Bruttoregionalprodukt pro Kopf und Jahr (in Rubel), 2014	Anteil autonomer Einrichtungen (in %)	Anzahl registrierter SONGOs* (nach Rosstat, 2016)
1	Karatschajewo-Tscherkessische Republik	0	147.396	0	674
2	Gebiet Kurgan	0	193.434	0	497
3	Rep. Mari El	0	209.488	0	504
4	Republik Nord-ossetien-Alanien	0	179.992	0	650

* SONGO: sozialorientierte nicht-kommerzielle Organisation

Quelle: zusammengestellt von Anna Tarasenko, eine frühere Version der Tabelle wurde zuerst veröffentlicht in: Anna Tarasenko: *Diwersifikazija sfery sozialnych uslug w Rossii: faktory regionalnych raslitschij*, <https://eu.spb.ru/images/M_center/M_58_17.pdf>

Neben diesen Trends lassen sich noch weitere Entwicklungen ausmachen, die den Dritten Sektor Russlands zukünftig prägen werden.

Im Allgemeinen lässt sich eine positive Wandlung der öffentlichen Wahrnehmung des Dritten Sektors in Russland beobachten. Die negative Propaganda über "Ausländische Agenten"

nahm in den letzten Jahren ab und die Wertschätzungen des Nonprofit-Sektors von Seiten staatlicher Autoritäten nehmen zu. Insgesamt steigt auch die positive Einstellung der russischen Gesellschaft gegenüber NKO. Laut dem Russian Public Opinion Research Center (WCIOM) können 85% der Bevölkerung zumindest eine NKO nennen, 60% der Bürger*innen sind positiv gegenüber den NKO eingestellt (Steigerung von 15% in den letzten 5 Jahren; Stand 2017). Nach einer Studie der Higher School of Economics aus 2017 kannten 86% der Befragten mindestens eine NKO; 28% waren in einer NKO aktiv. 66% der Befragten vertrauen NKO (USAID et al. 2018, S. 190). Das "Jahr der Freiwilligen 2018" in Russland mobilisiert nachwirkend die Zivilgesellschaft und wirkt sich auf die verstärkte Popularität von Ehrenamtlichen und den NKO aus (EU-Russia Civil Society Forum 2019, S. 111f.).

Dennoch ist die Spaltung des Dritten Sektors in der medialen Aufmerksamkeit zu erkennen. Auf der einen Seite stehen die sozial orientierten NKO, die positive mediale Aufmerksamkeit erhalten und sich in der russischen Gesellschaft gut vermarkten. Auf der anderen Seite stehen die NKO, deren Fokusthemen Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Umwelt sind. Sie werden weiterhin mit Misstrauen betrachtet und in den Medien häufig kritisiert (USAID et al. 2018, S. 188). Auf föderaler und regionaler Ebene steigt die mediale Berichterstattung über NKO weiter an. Beispiele sind das TV-Programm "Big country", welches fünfmal wöchentlich über NKO und wohlätig aktive Menschen berichten. Bekannte Radiosender informieren über wohlätige Events. Unter den regionalen Medien ist die nordrussische Stadt Archangelsk mit dem Programm 'Dobroye TV' (dt. Gutes TV) zu nennen, welches sich auf den Dritten Sektor fokussiert. Aufmerksamkeit auf föderaler Ebene entsteht auf сообщество und dem National Volunteer Forum, in welchem Präsident Putin Unterstützung für NKO und ehrenamtlich Aktive versprach. Des Weiteren werden zunehmend Fundraising-Kampagnen für Kinder in Not entwickelt, welche in fast allen föderalen Kanälen geteilt werden und somit große Unterstützung bekommen (USAID et al. 2018, S. 189). Neben diesen positiven Entwicklungen zeichnen sich zugleich negative Tendenzen ab. Das Gesetz für Ausländische Agenten wurde 2017 auf ausländische Medien ausgeweitet (ebd., S. 180) und seit 2019 können auch Einzelpersonen als Ausländische Agenten registriert werden (Spiegel Online 2019). Die zunehmende Einschränkung der rechtlichen Rahmenbedingungen lässt auf einen wachsenden Shrinking Space of Civil Society in Russland schließen (USAID et al. 2018, S. 3f.). Das Phänomen der sogenannten GONGO (engl.: Government-Organized/Operated Non-Governmental Organizations) tritt verstärkt auf. Diese Organisationen sind Pseudo-NKO, die von der Regierung geschaffen wurden, um die Arbeit von NKO zu imitieren und die Interessen der Politik in der Zivilgesellschaft zu verbreiten (Melkonjan 2013, S. 2).

Schließlich lässt sich ein Wandel der sozialen Struktur von NKO ausmachen. Eine neue Generation wächst heran, die eine weitreichende Professionalisierung und Systematisierung

der NKO mit sich bringt, insbesondere in den Bereichen Recht, Marketing, Fundraising und Rechnungslegung (EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2019, S. 111 f.).

5. Fazit und Zusammenfassung

Die Diversität der Russischen Föderation in Bezug auf Gesellschaft, Politik und Wirtschaft hat bedeutsamen Einfluss auf den Dritten Sektor des Landes. Besonders die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, welche sich stets im Wandel befinden, sind von maßgeblicher Bedeutung für die reelle Tätigkeit von NKO. Während sich die äußere Struktur des Dritten Sektors zahlenmäßig im vergangenen Jahrzehnt (seit 2011) kaum merklich gewandelt hat, hat die interne Beschaffenheit des Dritten Sektors große Veränderungen erfahren. So werden jährlich mehrere Tausend neue NKO registriert, gleichzeitig beendeten jedoch mehrere Tausend NKO ihre Tätigkeit im selben Zeitraum (vgl. EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2019, S. 111). Die Vielzahl an Gesetzesänderungen bezüglich nichtkommerzieller Organisationen deutet darauf hin, dass die strukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen häufig an die vorherrschenden politischen Ziele und aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Mit der Einführung des Bürgerforums und der Gesellschaftskammer als Dritte Kammer im politischen System wird deutlich, wie durch die Regierung versucht wird, zivilgesellschaftliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement zu lenken. Es findet eine zunehmende politische Gestaltung der Rahmenbedingung für den Dritten Sektor und die Zivilgesellschaft statt. Dabei wurden eine Reihe von Konsultationsforen und -strukturen für den Dialog und die Kooperation mit der Zivilgesellschaft hervorgebracht. Einerseits bietet dies die Möglichkeit, gerade weniger politisch sensible Themen durch die Gesellschaftskammer in den politischen Diskurs einzubringen. Andererseits muss kritisch angemerkt werden, dass die Einführung der Gesellschaftskammer tendenziell ein weiterer Schritt zur Gleichschaltung der Zivilgesellschaft bedeuten kann. Durch die häufig veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen erlebte der Dritte Sektor eine Spaltung. Das NGO-Gesetz aus dem Jahr 2006 hatte zur Folge, dass die Handlungsfreiheit bestimmter NKO zunehmend eingeschränkt wurde. Die Unterscheidung zwischen sozial orientierten NKO (SONPO), ausländischen Agenten und unerwünschten Organisationen hat direkte Auswirkungen auf die Bedingungen ihrer Tätigkeit. Während der Staat SONPO und ehrenamtlich tätige Bürger*innen fördert, sehen sich besonders Menschenrechts- und Umweltorganisationen mit größeren Schwierigkeiten konfrontiert (ebd., S. 111). Die grundlegende Unterscheidung zwischen „guten“ und „schlechten“ Organisationen in der Rechtsprechung widerspricht den Grundsätzen zivilgesellschaftlicher Entwicklung (ebd.).

Abschließend kann festgestellt werden, dass der Dritte Sektor in den letzten Jahren eine beachtliche Entwicklung durchlebte. Innerhalb der russischen Gesellschaft steigt die positive Einstellung zu NKO und auch die Zahl der Ehrenamtlichen nimmt zu. Medien berichten

verstärkt über Organisationen und Ehrenamtliche. Es lässt sich zudem eine Professionalisierung des Sektors beobachten. Eine einheitliche russische Zivilgesellschaft existiert nicht. In Zukunft wird entscheidend sein, ob und in welche Richtung der russische Staat zivilgesellschaftliche Tätigkeit und bürgerliches Engagement lenken will und kann.

Quellenverzeichnis

Monographien

- Amnesty International.org (Hg.) (2016): Agents of the people. Four years of "foreign agents" law in Russia: Consequences for the Society. London.
- Anheier, H. K. (2014): Nonprofit Organizations: Theory, Management, Policy, 2. Aufl., London/New. York.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) (2018): Die Rechtslage nichtkommerzieller Organisationen nach deutschem und russischem Recht. Moskau, Sankt Augustin.
- Krasnopol'skaya, I., Skokova, Y., & Pape, U. (2015). "Government–Nonprofit relations in Russia's regions: An exploratory analysis", VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organisations 26(6): 2238-2266.
- Lang, Susanne & Härtel, Alexandra & Bürsch, Michael (2010). Zivilgesellschafts und bürgerliches Engagement in Russland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa Abteilung Internationaler Dialog.
- Luchterhandt, Otto (2006): Auf dem Wege zur Gleichschaltung der Zivilgesellschaft: Die Gesellschaftskammer Russlands. Hamburg: Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.
- Schmedt, Claudia (1997): *Die Rolle des Dritten Sektors in Rußland. Eine empirische Analyse*, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft.
- Skokova, Y. & Ulla Pape & Irina Krasnopol'skaya (2018): The Non-profit Sector in Today's Russia: Between Confrontation and Co-optation, Europe-Asia Studies.

Sammelwerke

- Belokurova, Elena (2000): Organisationen des Dritten Sektors und ihre Interessenvertretung im gegenwärtigen Russland. In: Schrader et al. (Hrsg.) 2000: *Russland auf dem Weg zur Zivilgesellschaft? Studien zur gesellschaftlichen Selbstorganisation in St. Petersburg*, Münster, S.122-143.
- Siebert, Jens (2010): Zivilgesellschaft in Russland. In: Pleines, Heiko / Schröder Hans-Henning (Hrsg.) 2010: *Länderbericht Russland*, Bonn, 172-190.
- Stadelbauer, Jörg (2010): Russlands Geografie. Landschaftszonen, Bodenschätze, Klimawandel und Bevölkerung, In: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): *Länderbericht Russland*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Internetquellen

- Ackeret, Markus (2019): Immer mehr «ausländische Agenten» in Russland. In: *Neue Zürcher Zeitung* 2019, 19.12.2019, online verfügbar unter <https://www.nzz.ch/international/russland-mehr-druck-auf-nichtstaatliche-organisationen-ld.1529459> (zuletzt geprüft am 22.02.20).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2019): Dossier Russland. <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/> (zuletzt geprüft am 14.01.2020).

- Charities Aid Foundation (Hrsg.) (2019): CAF World Giving Index - Ten years of giving Trends. Online verfügbar unter https://www.cafonline.org/docs/default-source/about-us-publications/caf_wgi_10th_edition_report_2712a_web_101019.pdf (zuletzt geprüft 30.09.2020).
- Civics Monitor (2019): CIVICUS - Tracking conditions for citizen action. <https://monitor.civics.org/country/russia/> (zuletzt geprüft am 18.02.2020).
- Hansen, Bethany (2017): Russia's Civil Society. Hg. v. livingtogive.org. Online verfügbar unter <https://www.learningtogive.org/resources/russias-civil-society>, (zuletzt geprüft am 17.02.2020).
- Heinemann-Grüder (2002): Föderale Autonomie in Russland und in der GUS. Studie in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung. Online verfügbar unter <http://www.cap.uni-muenchen.de/download/2001/ra/Heinemann1.pdf> (zuletzt geprüft am 23.02.2020).
- Helmig, Bernd (2018): Dritter Sektor. Hg. v. Springer Gabler | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH. Wiesbaden. Online verfügbar unter <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/dritter-sektor-33764/version-257284>, (zuletzt aktualisiert am 19.02.2018, zuletzt geprüft am 17.02.2020).
- humanrights.ch (Hrsg.) (2015): Russland gegen seine NGOs. Bern, online verfügbar unter: <https://www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/nachrichten/mrv/russland-ngos> (zuletzt geprüft am 24.02.20).
- ICNL The International Center for Non-Profit Law (Hrsg.) (2019): Russia. Online verfügbar unter <https://www.icnl.org/resources/civic-freedom-monitor/russia>, (zuletzt geprüft am 12.01.2020).
- International Monetary Fund (Hrsg.) (2019): Russland: Einwohnerzahl von 2008 bis 2024. Zitiert nach de.statista.com. Online verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/19330/umfrage/gesamtbevoelkerung-in-russland/> (zuletzt geprüft 16.02.2020).
- ITAR-TASS News Agency (Hrsg.) (2017): The Role of the Third Sector in Russia's Socioeconomic Development. 26.05.2017. Online verfügbar unter <https://tass.com/sp/947645> (zuletzt geprüft 16.02.2020).
- Ivanushkin, G. (2017): "СОЛЬ: что было и что будет." Агентство социальной информации. Online verfügbar unter <https://www.asi.org.ru/news/2017/12/29/sol-cto-bylo-i-cto-budet/> (zuletzt geprüft am 20.02.2020).
- Justizministerium der Russischen Föderation (Hrsg.) (2015): Die Liste der ausländischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen, deren Aktivitäten auf dem Territorium der Russischen Föderation als unerwünscht anerkannt sind. Online verfügbar unter <https://minjust.ru/mobile/ru/activity/nko/unwanted> (zuletzt geprüft am 13.01.2020).
- Justizministerium: Online unter <http://unro.minjust.ru/NKOs.aspx>, zitiert nach EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2019, S. 103. (zuletzt geprüft am 24. April 2019).
- Khaziev, D. (2018): "Правила игры: какой будет концепция развития благотворительности в 2019 году", Philanthropy, 20 December. Online verfügbar unter <https://philanthropy.ru/analysis/2018/12/20/71115/> (zuletzt geprüft am 20.02.2020).
- Machalek, Katherin: Factsheet: Russia's NGO Law: Laws Regulating NGOs Prior to 2012., Hg. v. Freedomhouse.org. Washington D.C. Online verfügbar unter

https://freedomhouse.org/sites/default/files/Fact%20Sheet_0.pdf, (zuletzt geprüft am 17.02.2020).

Presidential Decree No. 204, "Президент подписал Указ 'О национальных целях и стратегических задачах развития Российской Федерации на период до 2024 года'", 7 May 2018, online verfügbar unter <http://kremlin.ru/events/president/news/57425> (zuletzt geprüft am 24. April 2019).

Reiser, Brigitte (2016): Neudefinition des „Dritten Sektors“ (Teil 1): Welche Organisationen gehören dazu? Hg. v. Nonprofits-vernetzt.de. Stuttgart. Online verfügbar unter <http://blog.nonprofits-vernetzt.de/neudefinition-des-dritten-sektors-teil-1-welche-organisationen-gehoren-dazu/> (zuletzt aktualisiert am 02.12.2016, zuletzt geprüft am 17.02.2020).

Spiegel Online (2019): Putin billigt Gesetz zur Einstufung von Journalisten als "ausländische Agenten", 2.12.2019. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/politik/ausland/russland-wladimir-putin-billigt-gesetz-zur-einstufung-von-journalisten-als-auslaendische-agenten-a-1299370.html> (zuletzt geprüft am 22.02.20).

Statista (2020): Russland: Zugehörigkeit zu den Ethnien 2010. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/171412/umfrage/ethnien-in-russland/> (zuletzt geprüft am 23.02.2020).

Statistisches Bundesamt Destatis (2019): Russische Föderation: Statistisches Länderprofil. Ausgabe 08/2019. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Laenderprofile/russische-foederation.pdf?__blob=publicationFile (zuletzt geprüft am 23.02.2020).

Tradingeconomics.com (Hrsg.) 2019: Russland - Beschäftigungsquote. Online verfügbar unter <https://de.tradingeconomics.com/russia/employment-rate> (zuletzt geprüft 16.02.2020).

Verein humanrights.ch (Hg.) (2015): Russland gegen seine NGOs. Online verfügbar unter www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/nachrichten/mrv/russland-ngos, (zuletzt geprüft am 14.02.2020).

Zensus der Russischen Föderation (2010): Rosstat. Russisches Statistisches Bundesamt. Online verfügbar unter https://www.gks.ru/free_doc/new_site/perepis2010/croc/perepis_itogi1612.htm (zuletzt geprüft am 23.02.2020).

Zeitschriftenaufsätze

EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2019: Report on the State of Civil Society Sector in the EU and Russia 2019, Berlin, 103-120.

EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2018: Report on the State of Civil Society Sector in the EU and Russia 2018, Berlin, 97-113.

EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2017: Report on the State of Civil Society Sector in the EU and Russia 2017, Berlin, 99-112.

EU-Russia Civil Society Forum e.V. 2016: Report on the State of Civil Society Sector in the EU and Russia 2016, Berlin, 126-143.

Kehl, Kummer, Then (2015): Wie kann die russische Zivilgesellschaft in unruhigen Zeiten unterstützt werden? In: Forschungsstelle Osteuropa. Universität Bremen; Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): RUSSLAND-ANALYSEN NR. 296, S.7-12; <https://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen296.pdf>, (zuletzt geprüft am 07.02.2020).

Melkonjanz, Grigorij (2013): Nichtregierungsorganisationen und Staat in Russland: aus der Geschichte in die Moderne, in: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen / Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde: RUSSLAND-ANALYSEN NR. 265, 25.10.2013, 2-6.

Tarassenko, Anna (2017): Diversifizierung der sozialen Dienstleistungen in Russland: Gründe für regionale Unterschiede, in: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen / Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde: RUSSLAND-ANALYSEN NR. 345, 04.12.2017, 5-8.

United States Agency for International Development Bureau for Democracy (USAID), Conflict and Humanitarian Assistance Center of Excellence on Democracy, Human Rights and Governance (2018): 2017 ZGO Sustainability Index, for Central and Eastern Europe and Eurasia 21st Edition, Russia, 179-190.

IV. Der Dritte Sektor in Schweden

Vanessa Kazor, Anna-Mae Dill, Marie-Theres Ullrich

Steckbrief: Schweden			
	Landesweit	Zivilgesellschaft	
Bevölkerungsgröße	10 230 000 (2019)*	Total	Anteil
BIP			3,2% (2017)**
Beschäftigung	4 800 000(2016)**	189 707 (2016)***	3,96% **** °

Legende: °=Beschäftigungs-Quote

Quellen: *=Statista, 2019, **=Statistika centralbyrån 2019, ***=Statistika centralbyrån 2018a, S.18, ****=eigene Berechnungen

Steckbrief: Zivilgesellschaft			
Einordnung der ZG	Hauptfelder	Freizeitgestaltung, Kultur, Interessenvertretung, Forschung****	
	Hauptfunktion	Watchdog****	
	Systematik°°	sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat****	
Anzahl der Organisationen	Insgesamt	250 602 (2016) ****	
	Häufigste Rechtsform	ideell förening (Verein), stiftelse (Stiftung)	
CAF-Ranking (2019)**	Aspekt	Platz	Anteil
	Helfen	96	13
	Spenden	14	55
	Freiwilligenarbeit	46	51
	Insgesamt	29	40%
Beschäftigte	nach Anstellungsart	Anzahl	Anteil
	Hauptamtliche	189 707 (2016)***	-
	Ehrenamtliche	-	k.D.
	Insgesamt		
	Ehrenamtsquote		36% (2015) ^^

Legende: °=Verhältnis Hauptamt/ Ehrenamt, °° nach Esping-Andersen

Quellen: *=Statistika centralbyrån 2018, **= CAF Charities Aid Foundation 2019, ***= Statistika centralbyrån 2018a, S.18, ^^= Statistika centralbyrån 2018

1. Einführung

Als eines der Länder mit dem höchsten Human Development Index (HDI) (UNDP 2019) und der Belegung eines der vorderen Plätze des internationalen Glücksrankings (World Happiness Report) (Helliwell et al. 2019, S. 24) gehört Schweden zu den wohlhabendsten und erfolgreichsten Staaten weltweit. Von den 10,23 Millionen Einwohner*innen sind rund 16% im Ausland geboren (Urmersbach 2020; bpb 2016). Fast ein Fünftel der schwedischen Gesamtbevölkerung lebt in der Hauptstadt Stockholm, die demzufolge mit 1,7 Millionen Einwohner*innen die bevölkerungsreichste Stadt des Landes ist (Urmersbach 2019). Die Staatsform Schwedens lässt sich als parlamentarische Erbmonarchie definieren. Der amtierende Regierungschef Kjell Stefan Löfven gehört der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP) an (Schwedische Botschaft Berlin 2019).

Zunächst soll die Rolle des Dritten oder philanthropischen Sektors¹⁰ in der historischen Entwicklung des Landes mit seinem ausgeprägten und erfolgreichen Sozialstaat näher untersucht werden.

Es lassen sich drei wichtige historische Entwicklungen benennen, die die Entstehung des schwedischen Dritten Sektors beeinflussten: die Reformation, die Entstehung des Wohlfahrtsstaates und die Tradition der Volksbewegungen (Wijkström und Einarsson 2004, S. 19).

Bis ins 15. Jahrhundert übernahmen die Kirchen die Organisation von Krankenhäusern, die Bereitstellung von Leistungen der Gesundheitspflege, das Betreiben von Asylstätten als offene Angebote sowie die Armenhilfe (Förster 2018, S. 107f.). Aber auch die schwedischen Gilden als Organisationen der Handwerker erbrachten sehr früh als soziale Institutionen Fürsorgeleistungen für ihre Mitglieder*innen und deren Familien. In Folge der Reformation wurden um 1520 alle katholischen Institutionen vom Staat konfisziert und zum Teil aufgelöst. Die Krankenfürsorge und der Betrieb der Asylstätten oblagen nun in der Zuständigkeit des Staates und gingen in Staatseigentum über. Damit wurde die Unabhängigkeit der bis zu dieser Zeit religiösen Organisationen wieder aufgelöst (ebd., S. 108).

Mit der Industrialisierung in Schweden ab dem 19. Jahrhundert kamen verstärkt Armut, Auswanderung, sozialökonomische Unsicherheiten, Verstädterung und die Einführung eines kapitalistischen Lohnsystems ins Land (ebd., S. 110f.). Das britische Konzept der privaten Philanthropie erreichte Schwedens Gemeinden und wurde verstärkt als Lösung für die Befriedigung sozialer Bedürfnisse der Gesellschaft angesehen. In der Folge gründeten sich die

¹⁰ Die Begriffe „philanthropischer Sektor“, „Dritter Sektor“ und „zivilgesellschaftlicher Sektor“ werden im Folgenden synonym verwendet.

ersten gemeinnützigen Hilfsorganisationen für Bedürftige. Jedoch ließen sich die staatlich regulierten Aktivitäten von den gemeinnützigen Angeboten im 19. Jahrhundert nur schwer unterscheiden (Förster 2018, S. 110). Dies führte dazu, dass die historisch entstandenen Wohlfahrtsverbände eine eher negative Konnotation in der schwedischen Bevölkerung hatten, da sie einerseits Bestandteil des gesetzlich festgelegten Armenrechtssystems waren.¹¹ und andererseits als ein Instrument für den Erhalt gesellschaftlicher Ungleichheiten angesehen wurden (Wijkström 2001, S. 80.).

Die im 19. Jahrhundert erstmalig entstandenen (mitgliederbasierten) Organisationen der Volksbewegungen.¹² stellen laut Wijkström (2001, S. 81) noch heute die wichtigsten Nonprofit-Organisationen in Schweden dar. Es kann davon ausgegangen werden, dass sie sich hauptsächlich aus drei Entwicklungssträngen speisen. Zuerst entstanden um 1870 die Anti-Alkoholikerbewegung, die Arbeiterbewegung und die ersten protestantischen freien Kirchen. „Ihre Organisationsstruktur und Einbindung in gesellschaftliche Aktivitäten avancierte mehr oder weniger zum Rollenmodell für zivilgesellschaftliche Tätigkeiten im Schweden des 20. Jahrhunderts.“ (ebd., S. 81).

Die zweite Gründungswelle von Organisationen (der Volksbewegungen) betrafen die Bereiche der Freizeitgestaltung, vor allem Sport- und Kulturbewegungen, und die Interessenvertretungen, in Form von Gewerkschaften, Behindertenorganisationen und Mietervereine (ebd., S. 82).

Die letzte Welle von Organisationsgründungen, die bisher von der Literatur erfasst wurde, werden als „neue soziale Bewegungen“ (ebd.) bezeichnet und beinhalten die Umwelt-, Frauen- sowie Friedensbewegungen. Hierbei wurde sich an internationale Themen sowie Bewegungen orientiert und eine verstärkt aktionsorientierte Ausrichtung angestrebt, z.B. in Form von Boykottmaßnahmen oder Tierschutzkampagnen (ebd.).

2. Begriffsdefinitionen und Begriffsverständnis

Der Dritte Sektor in Schweden ist gegenwärtig sehr heterogen und daher recht schwer abzugrenzen und zu bestimmen. Noch immer besteht kein allgemeingültiges Konzept zur Definition. Am häufigsten finden in der Literatur Bezeichnungen wie Volksbewegung, Interessenorganisation, Freiwilligensektor oder ideeller Sektor Verwendung, die sich insbesondere aus der historischen Entwicklung ableiten (Lundström und Wijkström 1995, S. 5).

¹¹ Dieses System wurde von einflussreichen Arbeiter- und Behindertenbewegungen als inhuman empfunden.

¹² „Unter Volksbewegungen werden die im 19. Jahrhundert als Reaktion auf soziale Problemlagen [...] entstandenen Organisationen bezeichnet“ (vgl. Wijkström 2001, S. 79), die im Kern ideelle Ziele verfolgen und zumeist mitgliederbasiert sind.

Demnach agieren die Organisationen dieses Sektors zwischen dem Staat sowie dem Markt und bilden einen eigenständigen Bereich (Regeringskansliet 2010, S. 2).

Andererseits hat der Wohlfahrtsstaat für den Dritten Sektor maßgebliche Bedeutung. Der dänische Politikwissenschaftler und Soziologe Gøsta Esping-Andersen beschreibt in seiner Publikation *The Three Worlds of Capitalism* (1999) drei Typen von Wohlfahrtsstaaten und deren Merkmale. Dabei wird Skandinavien als Beispiel für den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat herangezogen, welcher durch das Streben nach Gleichheit charakterisiert wird (ebd., S. 43). „Das schwedische Modell gilt als die politische Grundlage des landestypischen Wohlfahrtsystems und hat sich in verschiedener Hinsicht auf die Entwicklung und das Selbstverständnis der schwedischen Zivilgesellschaft ausgewirkt.“ (Körber-Stiftung 2013, S. 5).

Das Leitbild des schwedischen Wohlfahrtsstaates beruht auf dem Konsensprinzip, welches als stillschweigender Sozialvertrag zwischen den gesellschaftlichen Akteuren verstanden werden kann (Wijkström 2001, S. 79). So sind die Industriekonzerne für den Handel und den For-Profit-Bereich zuständig, während dem Staat und den Kommunen die Verantwortung für Verteidigung, Gesundheitswesen, soziale Dienste und Bildung zukommt (ebd.). Die Volksbewegungen und Interessengruppen nehmen die Rolle des Intermediären zwischen Bürger*innen und Staat ein und sind unter anderem für die Gestaltung des Freizeit- und Kulturbereichs zuständig (ebd.). Schweden zeichnet sich durch eine kollektivistisch ausgeprägte Grundorientierung aus. (Schmid 2010, S. 225). Gemeinschaftsorientierte Handlungslogiken, Partizipation und Mitentscheidungsrechte der Bürger*innen haben daher einen besonders hohen Stellenwert.

Auf der einen Seite agieren schwedische Nonprofit-Organisationen noch heute als Interessenvertreter bspw. für Schutzbedürftige und verschiedene sozioökonomische Klassen (Lundström und Svedberg 2003). Auf der anderen Seite sind beachtliche Veränderungen festzustellen, indem diese Organisationen immer häufiger die Bereitstellung von Dienstleistungen übernehmen, die zu den Kernbereichen des Wohlfahrtsstaates gezählt werden (Lundström und Wijkström 1997; Wijkström und Lundström 2002). Ein weiteres Indiz dafür, dass sich der Dritte Sektor in Schweden im Wandel befindet, ist die Umbenennung sowie Neudefinierung des traditionellen Verständnisses der Volksbewegung (Folkrörelser) in Zivilgesellschaft (Civilsamhälle). „[G]emeinnützige Organisationen [definieren und bezeichnen] sich nun als Teil der Zivilgesellschaft“ (Körber-Stiftung 2013, S. 16). Dies hat Auswirkungen bis in die Regierungsebene. Der „Titel des ehemaligen ‚Minister[s] für Volksbewegungen‘ [wurde] geändert in ‚verantwortlicher Minister für die Belange der Zivilgesellschaft‘“ (Körber-Stiftung 2013, S. 16).

Demnach steht der Begriff Zivilgesellschaft (civil society oder civila samhället) heutzutage als weiteres Synonym für den Dritten Sektor in Schweden, der folgende Merkmale aufweist: Unabhängigkeit von Staat und Markt, Verfolgung gemeinwohlorientierter Interessen,

gemeinnützige Rechtsform und die Reinvestition von Gewinnen in die eigene Organisation (Ausschüttungsverbot) (Regeringskansliet 2010, S. 2).

3. Struktur und Rahmenbedingungen

Im Folgenden werden drei Ebenen als Analyseinstrument näher betrachtet, um die umfangreiche Thematik nach Punkten der Wirtschaft und Gesellschaft im Allgemeinen (Makroebene), intermediären Gebilden wie Institutionen, Organisationen und Netzwerken (Mesoebene) und sozialen Handeln von Individuen in dem Kontext (Mikroebene) untersuchen zu können.

Makroebene

Nach dem John Hopkins Global Civil Society Index belegt Schweden in dem 34-Länder-Vergleich Platz 4, mit einer hohen Indexzahl im Bereich des Einflusses der Zivilgesellschaft auf die Entwicklung im eigenen Land (John Hopkins University 2014). Insgesamt betrug der Anteil des Dritten Sektors am BIP der gesamtwirtschaftlichen Leistung Schwedens in 2016 3,1% und 2017 3,2% (Statistika centralbyrån 2018a, S.10; Statistika centralbyrån 2019). Trotz der im internationalen Vergleich kleinen Größe des Dritten Sektors, wird ihm dennoch ein starkes Wachstum prognostiziert, was auch die Zahlen der wirtschaftlichen Leistung unterstreichen.

Mesoebene

Die folgenden Daten wurden vom Statistika centralbyrån im Zuge einer Studie über den zivilgesellschaftlichen Sektor 2018 erhoben. Demnach wurden 2016 insgesamt 250 602 juristisch selbstständige Organisationen des Dritten Sektors registriert. Der gemeinnützige Verein war mit 156 845 registrierten Vereinigungen die häufigste auftretende Form. Es bestanden außerdem 32 225 Wohnvereine und kooperative Mietrechtsvereine, 30 626 andere Vereinigungen und 22 440 Stiftungen und Fonds. Die restlichen Organisationen verteilten sich besonders auf Kategorien wie wirtschaftliche Vereine, Aktiengesellschaften, Versicherungsvereine und registrierte Glaubensgemeinschaften (Statistika centralbyrån 2018, S.19). Unterteilt man die Organisationen nach ihren Aktivitäten, dann werden vor allem zwei Bereiche sehr stark bearbeitet. 65 162 und damit 26% von ihnen betätigten sich besonders im Bereich von Erholung, Freizeit, Sport und Kultur (Statistika centralbyrån 2018a, S.18). Die starke Ausrichtung auf diesen Bereich stellten bereits die Daten des John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Projekt von 1993 fest. Im Rahmen des Projekts wurde Schweden aufgrund des starken Sozialstaates als expressiv-dominanter Sektor charakterisiert (Salamon et al. 2003, S.26). Der zweite stark frequentierte Bereich liegt im Bereich des Wohnens und der sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung mit 72 175 (29%) tätigen Vereinigungen. Danach folgen mit 23.560 (9%) Organisationen der Bereich der Meinungsbildung und Politik, mit 7 494 (3%) die Gewerkschaften und Berufsorganisationen und mit 6 548 (3%) Bildung und Forschung (Statistika centralbyrån 2018a, S.18).

Organisationen aufgegliedert nach Aktivitäten

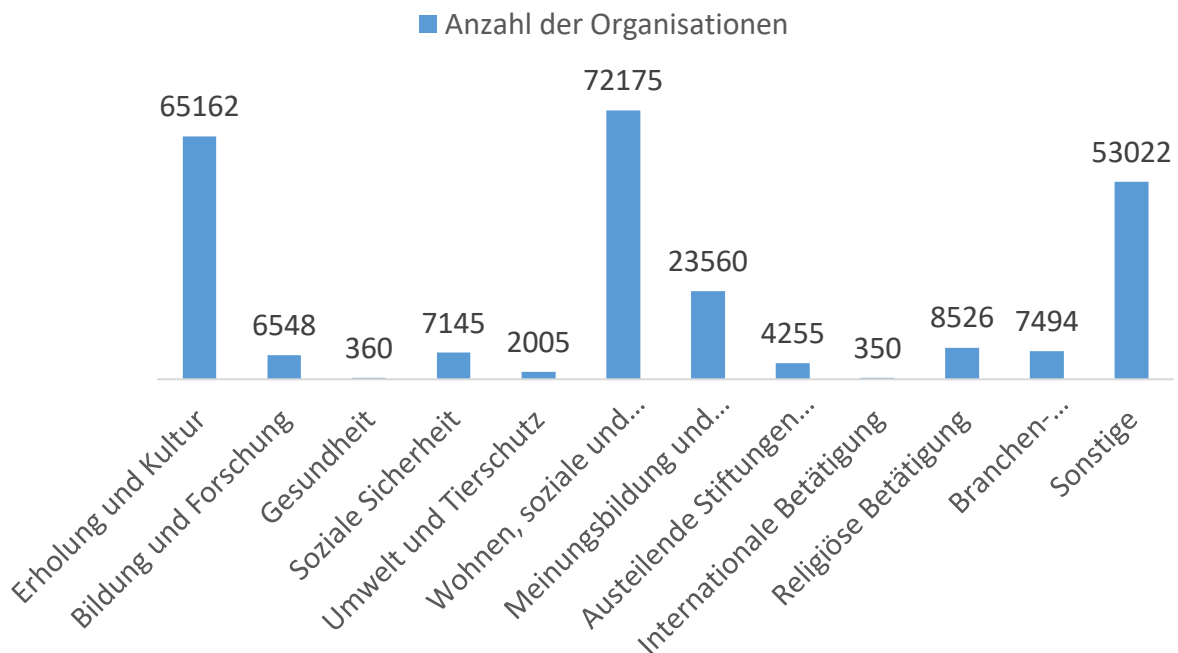


Abb1: Organisationen aufgegliedert nach Aktivitäten (Statistika centralbyrån 2018a, S.18)

Insgesamt waren 2016 in den Organisationen des Dritten Sektors in Schweden 189 707 Beschäftigte angestellt. Davon waren 113 123 (59,63%) Frauen und 76 584 (40,37%) Männer. Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten lag bei 160 189, von denen 60% Frauen waren. Die meisten Beschäftigten arbeiteten im Bereich von Bildung und Forschung. Dies ist insoweit erstaunlich, als dass dieser Bereich nur eine geringe Anzahl von Organisationen innerhalb des Sektors ausmacht. Allerdings sind Bildung und Forschung wichtige Bestandteile der schwedischen Kultur und Politik und sie werden bewusst vom Staat unterstützt. Daher gibt es genügend finanzielle Mittel, um die hier 37 698 Berufstätigen (31 167 Vollzeitbeschäftigte) bezahlen zu können. Der zweitgrößte Arbeitgeber-Bereich ist entsprechend der Größe des Teilsektors der Bereich von Erholung, Freizeit, Sport und Kultur. Weitere Zahlen der Berufstätigen verteilten sich mit 31 892 auf religiöse Tätigkeiten, 24 132 soziale Sicherheit, 14 305 Wohnen, soziale und gesellschaftliche Entwicklung und 11 615 für Meinungsbildung und Politik (Statistika centralbyrån 2018a, S.18).

Berufstätige aufgegliedert nach Aktivitäten

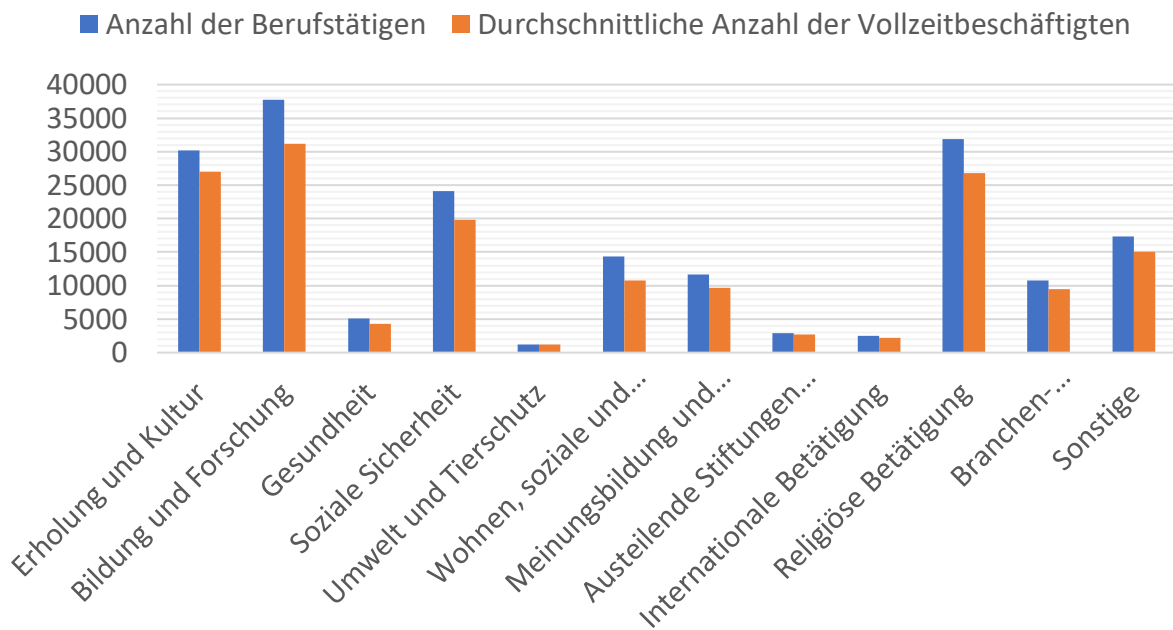


Abb2: Berufstätige aufgegliedert nach Aktivitäten (Statistika centralbyrån 2018a, S.18)

Mikroebene

Da Solidarität und die Gemeinschaft in der skandinavischen Kultur tief verankert sind, ist die Bereitschaft der Schweden sich freiwillig zu engagieren besonders ausgeprägt. Nach einer Erhebung des Statistika centralbyrån von 2018 hat sich rund ein Drittel (36%) der Schweden ab 15 Jahren 2015 ehrenamtlich betätigt. Der europäische Durchschnitt lag bei nur 19% (Statistika centralbyrån 2018b). Besonders in der Altersgruppe von 35-49 Jahren, sowohl bei Männern als auch bei Frauen, lag die Tätigkeitsquote doppelt so hoch als der europäische Durchschnitt. Dabei sind für die hohe Quote der Ehrenamtlichen nicht nur kulturelle Aspekte von Einfluss. Im Zuge der Erhebung wird vermerkt, dass besonders in wohlhabenden und bildungsstarken Ländern die Bereitschaft sich ehrenamtlich zu engagieren, stärker ausgeprägt ist (Statistika centralbyrån 2018b).

Politische und soziale Rahmenbedingungen

Wie bereits deutlich wurde, ist der Dritte Sektor in Schweden durch drei Aspekte determiniert: die schwedische Wohlfahrt steht stark in staatlicher Verantwortung, Nonprofit-Organisationen sind vor allem in den Bereichen Freizeit und Kultur tätig und in Form von Verbänden vertreten sie besonders die Interessen verschiedener Gruppen (Wijkström 2001, S. 87).

Der Wohlfahrtsstaat ist vor allem auf die Schlüsselbereiche Gesundheitswesen, soziale Dienste, Bildung sowie die Rechte der Bürger*innen auf Inanspruchnahme der öffentlichen Dienstleistungen ausgerichtet (Wijkström 2001, S. 87). Schweden versteht sich darüber hinaus als Arbeits- und Wissensgesellschaft, sodass Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik von hoher

Bedeutung sind (Jochem 2011, S. 1). Die Leitlinien, auf denen das schwedische Modell beruht, zeichnen sich durch umfassende, universell zugängliche Sozialleistungen und Sozialpartnerschaften, hohe Steuersätze, eine hohe Staatsquote, geringe Einkommensungleichheiten und eine hohe Erwerbstätigenquote aus (Körper-Stiftung 2013, S. 5). Die stark ausgeprägte Sozialpolitik des schwedischen Wohlfahrtsstaates liefert einen Erklärungsansatz dafür, dass Organisationen des Dritten Sektors nicht in diesem Bereich, sondern verstärkt im Kultur- und Freizeitbereich, sowie in der Interessensvertretung tätig sind (Lundström und Wijkström 1995, S. 1). Dies stellt im internationalen Vergleich eine Besonderheit des Sektors dar.

Neben der staatlichen Perspektive hat sich auch die Zivilgesellschaft unter kulturellen und historischen Gesichtspunkten entwickelt und ist vor allem durch die traditionellen Volksbewegungen, den wertebasierten Konsens zwischen Bürger*innen und Staat, sowie eine stark ausgeprägte Engagementquote geprägt (Körper-Stiftung 2013, S. 6).

Die starke Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Staat ist ein spezifisches Merkmal des Dritten Sektors in Schweden. Sie lässt sich durch die Nähe der Volksbewegungen zu sozialdemokratischen Werten erklären und zeigt, dass sie in der Vergangenheit erheblichen Einfluss auf politische Fragestellungen nehmen konnte (Schmid 2010, S. 226f.). Aus diesem Grund kommt Organisationen der Interessenvertretung, wie z. B. Gewerkschaften oder Landwirtschaftsverbände, eine hohe Bedeutung zu (Lundström und Wijkström 1995, S. 8f.).

Eine weitere Charakteristik des Dritten Sektors stellt die hohe Anzahl an Mitgliedschaften sowie die ausgeprägte Freiwilligenarbeit dar (Wijkström 2001, S. 83f.). Diese Merkmale sind wichtige Grundlagen für die innere Demokratie der Organisationen und sie sichern die Legitimität der Organisationen aus zivilgesellschaftlicher Perspektive (ebd.). Dadurch, dass Solidarität als sozialdemokratischer Wert in der Gesellschaft besonders stark verankert ist, sind verstärkt freiwillige Tätigkeiten zu beobachten. Freiwilliges Engagement ist für die Mitglieder der Organisationen eine moralische Pflicht, die unter anderem auch traditionell begründet ist (ebd., S. 84f.). Die Freiwilligentätigkeiten werden dabei nicht dem Dritten Sektor zugeordnet, sondern vielmehr als privates Handeln auf individueller Ebene verstanden (Körper-Stiftung 2013, S. 10f.). Obwohl die Mitgliedschaften und das Engagement in Schweden vergleichsweise hoch sind, lässt sich hier eine Veränderung beobachten: anstelle von langjährigen Mitgliedschaften entstehen neue Formen des Engagements (z.B. durch die zunehmende Bedeutung des Internets) und insbesondere etablierte Organisationen haben trotz einer stabilen Engagementbeteiligung sinkende Mitgliederzahlen zu verzeichnen (ebd.). Es lässt sich also feststellen, dass die freiwillige Tätigkeit zwar noch immer in der schwedischen Gesellschaft stark verankert ist, sich jedoch Veränderungen im Hinblick auf die Art und Weise des Engagements zeigen.

Rechtsgrundlagen

In Schweden sind die äußeren Rahmenbedingungen für den Dritten Sektor sehr offen und konstruktiv gestaltet. Um den Organisationen möglichst autonomen Handlungsspielraum zu gewährleisten, können diese frei von Regulation agieren und die Freiwilligenarbeit kann weitestgehend informell ablaufen (Europäische Kommission 2010, S. 16). Zugleich ist die Vereinigungsfreiheit von großer Bedeutung und als konstitutionelles Recht in der Verfassung verankert (ebd.). Nonprofit-Organisationen werden insgesamt mit wenigen bürokratischen Vorgaben konfrontiert und genießen eine hohe Vertrauensbasis bezüglich ihrer Aktivitäten.

Die häufigste Rechtsform ist der Verein (ideell förening), für den sich mehrere Personen zusammenschließen, um einen gemeinsamen Zweck zu verfolgen (Friedrich et al. 2005, S. 272). „Eine Mindestanzahl von Mitgliedern ist nicht festgelegt und auch an die Staatsangehörigkeit der Mitglieder sind keine besonderen Anforderungen geknüpft.“ (ebd., S.273). Mit dem Beschluss einer Satzung und der Wahl des Vorstandes erhält der Verein seine Rechtsfähigkeit. Es bedarf keiner Schriftform oder Eintragung in ein Register (ebd.). Vereine in Schweden können die Gemeinnützigkeit erlangen, wenn sie einen gemeinnützigen Zweck verfolgen und 90% der Aktivitäten sowie 75 bis 80 % der Erträge der Erreichung des Zweckes dienen (ebd., S. 272f.). Sofern der Vereinszweck als gemeinnützig eingestuft werden kann, werden dem Verein Steuervergünstigungen gewährt (ebd.). Gemeinnützig sind laut Gesetzgebung wissenschaftliche, religiöse, mild- und wohltätige, soziale, politische, sportliche, künstlerische oder kulturelle Zwecke. (ebd.).

Eine weitere wichtige Rechtsform ist die Stiftung (stiftelse). Im Gegensatz zum Verein besteht seit 1993 eine spezielle Gesetzgebung für Stiftungen, welche zur Gründung die Bindung eines Vermögenswertes zur Erreichung eines bestimmten Zwecks voraussetzt (Lundström und Wijkström 1995, S. 6). Darüber hinaus bedarf es einer Gründungsurkunde mit der Stellungnahme des Stifters (Friedrich et al. 2005, S. 273f.). Stiftungen können gemeinnützig sein, jedoch sind alle Körperschaften grundsätzlich steuerpflichtig (ebd.).

Seit einigen Jahren ist die Regierung in Schweden bestrebt, die Zusammenarbeit zwischen Staat und Nonprofit-Sektor zu intensivieren (Europäische Kommission 2010, S. 15). Insbesondere die Freiwilligenarbeit und die verstärkte Einbindung der Zivilgesellschaft stellt eine Priorität auf der politischen Agenda dar, wobei die Schließung von Abkommen zwischen den staatlichen Institutionen und Organisationen aus dem sozialen Bereich angestrebt wird (Europäische Kommission 2010, S. 14). Damit sollen unter anderem staatliche Aufgaben an die Zivilgesellschaft übertragen werden, um so wieder mehr Entscheidungsfreiheit seitens der Bürger*innen zu gewährleisten und die Demokratie zu stärken (Körper-Stiftung 2013, S. 14). So wurde unter anderem im Jahr 2010 von der Regierung ein Forum errichtet, um den Dialog zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen herzustellen und zu fördern

(Regeringskansliet 2010, S. 1). Die Bemühungen der Regierung machen die Veränderungspotenziale im Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft an dieser Stelle deutlich.

4. Aktuelle Entwicklungen

Die aktuellen Entwicklungen des Dritten Sektors in Schweden sind eng mit der Flüchtlingskrise von 2015 verbunden und müssen auch in diesem Kontext näher betrachtet werden. Schweden galt als eines der Länder mit den liberalsten Einwanderungsgesetzen und nahm zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 mit 162 877 genehmigten Asylanträgen gemessen an der Einwohnerzahl die meisten Menschen in Europa auf. Die Situation änderte sich Anfang 2016 mit der Einführung der neuen Einwanderungsgesetze schlagartig, da das Asylrecht sich nun nach den Minimalvorgaben der EU richtete (Migrationsverket 2019). Dies geschah nicht nur aufgrund des politischen Drängens der konservativen Parteien aus dem Inland, sondern vielmehr durch die Kapazitätsauslastung und Überforderung des Sozialstaates. Die ankommenden Geflüchtete konnten von staatlicher Seite nicht mehr genügend notversorgt und beherbergt werden. Bilder von hungrigen und müden Menschen, die in Bahnhöfen oder Plätzen wie dem Storetorget in Stockholm in der Kälte unter schlechten hygienischen Bedingungen kampierten, gingen in der Zeit um die Welt. Um der Situation Herr zu werden, band der Staat den Dritten Sektor in einem vorher noch nie gekannten Maße als Partner zu Krisenbewältigung ein. Die Unterstützungsleistung von Seiten des Dritten Sektors bezogen sich zum einen auf eine schnelle Notversorgung der Menschen vor Ort und im nächsten Schritt auf die Hilfe zur Integration und Migrationsbewältigung als Solches. Dabei halfen große, bekannte Vertreter des Dritten Sektors wie beispielsweise das *Rote Kreuz* oder *Save the children* im Besonderen in den Großstädten die Krise zu bewältigen (Beramendi 2017, S.25ff).

Neben der ebenfalls intensiven Hilfe von Seiten der Kirche kam es zu vielen spontanen Neugründungen aus der Zivilgesellschaft, vor allem in den ländlichen Gebieten (Lundgren 2018, S.10f). Dies lässt sich darauf zurückführen, dass sich der schwedische Sozialstaat bereits in den vorherigen Jahren aus den ländlichen Gebieten, insbesondere im Bereich des Gesundheitswesens, aufgrund von Kosteneinsparungen zurückgezogen hatte (Hall 2018). Jene Lücke galt es spontan in Zeiten der Flüchtlingskrise von Seiten des Dritten Sektors zu schließen, was als eine neue Form der Emanzipation der Zivilgesellschaft gesehen werden kann (Lundgren 2018, S.11). In rund 46% der Kommunen wurde auf diese Weise in der Krise mit der Regierung zusammengearbeitet (Statens offentliga utredningar 2017, S.436ff). War bis dahin vor allem der Staat für Gesundheit und Migration zuständig und der Dritte Sektor vor allem für den sozialen Freizeitbereich, übernehmen nun neue Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft selbstständig Themenfelder, die bis dahin in staatlicher Obhut lagen. Gleichzeitig wurden Initiativen, Projekte und Bewegungen wie beispielsweise *Refugees Welcome Malmö*, *Kontrapunkt*, *Allt Åt Alla* (Alles

für alle) oder *Asylgruppen* gegründet, die vor allem mit politischer Arbeit auf die Thematik aufmerksam machten und zum Teil Kampagnen gegen Regierungsbeschlüsse starteten (Beramendi 2017, S.28f).

Im Folgenden werden drei verschiedene Projekte vorgestellt, die auf unterschiedliche Weise eine Antwort auf verschiedene Probleme der Flüchtlingskrise gefunden haben. Ein klassisches Beispiel ist das Projekt *flyktinghjälp.se*. Der mittlerweile gemeinnützige Verein wurde 2015 im Peak der Flüchtlingskrise von einigen Frauen in Göteborg gegründet und half mit gesammelten Lebensmitteln, Kleiderspenden, etc. in der ersten Phase der Krise aus. Nach der Notsituation der Erstversorgung und Unterbringung der Geflüchtete, leistet der Verein seitdem Integrationsarbeit und bietet Sprachkurse, Sportangebote, Berufsberatung und zahlreiche soziale Aktivitäten an (flyktinghjalp.se 2019).

Ein weiteres Projekt wurde direkt aus einer Gruppe Asylsuchender in Malmö gegründet. Sie nennen sich *Brödgruppen*. Zum Zeitpunkt seiner Gründung war das Migrationsverket (Einwanderungsbehörde) mit der Anzahl von Asylanträgen überfordert und es kam zu langen Wartezeiten. In der Zeit konnten viele Geflohene nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden oder erhielten nicht ausreichend Taschengeld, um sich selbst verpflegen zu können (Sandahl 2017, S.3). Mit der Verschärfung der Asylgesetze trat im März 2016 eine neue Regelung in Kraft, die vorsieht, dass allen Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, sofort das Recht auf staatliche Zuwendung und Schutz verwehrt wird und sie damit gezwungen sind, das Land zu verlassen (Migrationsverket 2018). Viele Geflüchtete bleiben dennoch in Schweden, erhalten aber beispielsweise keine Lebensmittel mehr. Angelehnt daran sammelt *Brödgruppen* in örtlichen Bäckereien Brot und andere Backwaren ein und verteilt sie an Obdachlose, andere Asylsuchende, neuankommende Geflohene und weitere bedürftige Menschen (Sandahl 2017, S.1f).

Die seit der Flüchtlingskrise sich verschärfende Ghettoisierung in den Großstädten ist ein weiteres Resultat der nicht greifenden Migrationspolitik. In den betreffenden Vierteln ist die Kriminalitätsrate besonders hoch (Reith 2018). Um sich dem Problem anzunehmen und vor allem Jugendliche vor diesem Einfluss zu schützen, wurde der Verein *no2crimes* in einem der bekanntesten Problemviertel Schwedens in Malmö Rosengård gegründet. Seine Arbeit fokussiert sich auf Gewaltprävention. Freiwillige aus dem Viertel laufen regelmäßig Streife, um bei Streitigkeiten direkt eingreifen zu können und ein direkter Ansprechpartner für Jugendliche vor Ort zu sein. Gleichzeitig werden Workshops über Konfliktlösung und Gewaltprävention angeboten, sowie Einzelberatungen für Eltern und Betroffene (no2crimes 2019).

Diese Beispiele zeigen zum einen in welchen vielfältigen Varianten der Dritte Sektor den sonst so präsenten Sozialstaat komplementiert und ausgleicht, zum anderen wird aber auch die

Emanzipation sichtbar, die der Dritte Sektor durch die Krise 2015 erfahren hat. Der zivilgesellschaftliche Sektor ist nachweislich auch in den letzten Jahren gewachsen und wird nun immer mehr vom Staat als wichtiger Partner angesehen. Insgesamt zahlte der Staat 4,6 Milliarden SEK an den Dritten Sektor für seine Unterstützungsleistung in der Flüchtlingskrise und erklärte auch für die Zukunft eine enge Kooperation für sinnvoll, da sich die starke regionale Vernetzung, das Wissen über lokale Eigenheiten sowie die neuen Ressourcen aus diesem Bereich als funktional und brauchbar für den Staat herausgestellt hatten. In diesem Sinne ist von Seiten des Staats geplant, dem Dritten Sektor auch zukünftig mehr Aufgaben zu überlassen (Statens offentliga utredningar 2016).

Allerdings geht mit der Emanzipation des Dritten Sektors auch ein stärkeres eigenes Bewusstsein einher, welches eine solch angestrebte Auftraggeber-Kunden-Beziehung von Seiten des Staates ablehnt (Törngren et. al. 2018, S.15ff). Damit zeichnet sich ein großer Riss in der sonst historisch eng und harmonisch gewachsenen Beziehung zwischen Staat und zivilgesellschaftlichem Sektor in Schweden ab. Dieser wird noch vertieft durch die vermehrt auftretenden politischen Wertediskrepanzen zwischen den beiden Sektoren. Als Beispiel sei hier das Rote Kreuz genannt. Der Verein hat in der Flüchtlingskrise den schwedischen Staat aktiv vor Ort mit der Versorgung und Betreuung der Geflüchteten unterstützt und Hand in Hand mit ihm zusammengearbeitet. Die Verschärfung der Migrationsgesetze und das Aussetzen von Zuwendungen brachten das Rote Kreuz dazu, erstmals öffentlich Kritik an der Regierung zu äußern. Mit der Unterzeichnung der Genfer Konventionen verpflichtete sich das Rote Kreuz dazu, allen Geflüchteten, unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit oder abgelehnter Asylanträge etc., Hilfe zu leisten. Doch nach den neuen Gesetzesänderungen der Regierung sind sie dazu nicht mehr befähigt bzw. würden damit staatlichen Anweisungen zuwiderhandeln (Beramendi 2017, S.26ff).

Auch kleinere Bewegungen, wie beispielsweise die oben schon genannte *Refugee Welcome* Bewegung, üben offen Kritik an der Regierung (Hall 2018). Solche Auseinandersetzungen häufen sich vermehrt, da mit den Wahlen von 2014 die rechtsradikalen *Sverigedemokraterna* (Schwedendemokraten) mit 12,9% Einzug in den schwedischen Reichstag erhielten und sich in ihrer Politik restriktiv gegenüber der Flüchtlingshilfe positionieren (Parusel 2015). Verbunden mit dem Aufkommen der neuen nationalistischen und rechtsradikalen Tendenzen in Teilen der Gesellschaft und dem Einfluss der *Sverigedemokraterna* in der Regierung, versucht im Besonderen der Dritte Sektor verstärkt politisch aktiv aufzutreten und für die schwedischen Werte von Meinungsfreiheit, Gleichheit, Pressefreiheit etc. einzutreten (Hall 2018). Dies beschleunigt die schon genannte Entkopplung des Dritten Sektors von der Rolle als Bittsteller des Staates.

Es ist deshalb von Interesse weiter zu verfolgen, in welchem Maße sich der Dritte Sektor in Schweden neu positioniert. Nicht zuletzt liegt es an bestimmten Entwicklungstrends der Globalisierung und ihren Folgen, wie der zunehmenden Urbanisierung, der Digitalisierung etc.,

die den schwedischen Sozialstaat verändern und damit den Weg für den zivilgesellschaftlichen Sektor ebnen, sich neu aufstellen zu können und zu müssen. In welcher Art dies erfolgen wird, werden die nächsten Jahre zeigen.

5. Fazit und Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Dritte Sektor in Schweden durch ein spezifisches Zusammenwirken aus Sozialstaat und Zivilgesellschaft bestimmt ist. Die sektorübergreifende Nähe zu sozialdemokratischen Werten ergibt sich aus einer historisch gewachsenen Tradition der Volksbewegungen und den kulturellen Merkmalen der schwedischen Gesellschaft. Das nordische Modell ist durch ein besonderes Streben nach Gleichheit und Solidarität gekennzeichnet und basiert weitestgehend auf gegenseitigem Vertrauen und gemeinschaftlichen Handlungslogiken.

Dennoch bringt die zunehmende soziale Komplexität der modernen Gesellschaft einige Probleme mit sich, die nicht allein durch die gegebenen Strukturen gelöst werden können. Die Anforderung an einen stetig fortlaufenden Konsens der verschiedenen Akteur*innen kann angesichts divergierender Meinungsbilder nicht gehalten werden und stößt immer wieder an ihre Grenzen. So hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass staatliche Regulierungen zu schlechteren Entwicklungsdynamiken führen können. Diese Entwicklung wird auch am Beispiel der Flüchtlingskrise von 2015 deutlich. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen nehmen dabei eine neue Position gegenüber dem Staat ein und üben öffentlich Kritik an dessen Asylpolitik.

Es wird deutlich, dass dem schwedischen Modell des Wohlfahrtsstaates eine Umstrukturierung bevorsteht. Neben den aktuellen sozialen und politischen Veränderungen ist dabei ein Trend zur stärkeren Unabhängigkeit von Nonprofit-Organisationen erkennbar. Von staatlicher Seite wurde in den vergangenen Jahren das Potenzial des Dritten Sektors für die Bewältigung sozialer Dienstleistungen erkannt und verstärkt in Anspruch genommen. Dementsprechend nimmt die Übernahme von einst wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben durch zivilgesellschaftliche Organisationen weiter zu. Die Kooperationsbereitschaft und die Suche nach einem Dialog von Seiten der Politik zeigt jedoch gleichzeitig die tiefe kulturelle Verankerung der schwedischen Werte und Normen und das Bestreben nach einem gemeinsamen Konsens. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft geht mit Veränderungen im Dritten Sektor und dessen Positionierung in der Gesellschaft einher. Ebenso werfen aktuelle Herausforderungen die Frage nach dem Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft immer wieder neu auf, sodass gemäß der gesamtgesellschaftlichen Prinzipien Schwedens ein offener Diskurs nötig ist. Zukünftig wird eine weitere Emanzipation des zivilgesellschaftlichen Sektors, um komplementär zum staatlichen Leistungsangebot Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu entwickeln, unumgänglich sein.

Quellenverzeichnis

- Anheier, H. K. (2014): Nonprofit Organizations: Theory, Management, Policy, 2. Aufl., London/New. York.
- Beramendi, Virginia (2017): The role of civil society in the refugee crisis: the case of the Swedish Red Cross, Sociology Department Stockholm University, online unter: <http://www.diva-portal.org/smash/get/diva2:1147701/FULLTEXT02.pdf> [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- Bpb (2016): Länderprofil Schweden – focus migration, online unter: https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=4&ved=2ahUKEwiCxP7u4pbmAhVEC-wKHTUuBxYQFjADegQIBhAI&url=http%3A%2F%2Fwww.bpb.de%2Fsystem%2Ffiles%2FDokument_pdf%2FL%25C3%25A4nderprofil%2520Schweden_2015_2016_0.pdf&usg=AOvVaw21KrAHIBJ5YF0DAFFdf6Vo [letzter Zugriff: 28.11.2019].
- Charities Aid Foundation (Hrsg.) (2019): CAF World Giving Index - Ten years of giving Trends. Online verfügbar unter https://www.cafonline.org/docs/default-source/about-us-publications/caf_wgi_10th_edition_report_2712a_web_101019.pdf [letzter Zugriff: 30.09.2020].
- Esping-Andersen, Gøsta (1999): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Stephan Lessenich (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt am Main [u.a.]: Campus (Theorie und Gesellschaft, 40), S. 19–58.
- Europäische Kommission (Hg.) (2010): National Report - Sweden (Study On Volunteering In The European Union), online unter: https://ec.europa.eu/citizenship/pdf/national_report_se_en.pdf [letzter Zugriff: 02.12.2019].
- Förster, Sarah (2018): Philanthropic foundations and social welfare – a comparative study of Germany, Sweden and the United Kingdom (England), Dissertation, Berlin.
- Flyktinghjälp.se: Var verksamhet, online unter: <http://flyktinghjalp.se/var-verksamhet>, [letzter Zugriff: 17.02.2020].
- Friedrich, Peter; Kaltschütz, Anita; Woon Nam, Chang; Parsche, Rüdiger; Wellisch, Dietmar (2005): Die Besteuerung gemeinnütziger Organisationen im internationalen Vergleich. Hg. v. Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München. Bundesministerium der Finanzen. München.
- Hall, Anna-Carin in Civicus (2018): SWEDEN: 'Swedish civil society needs to defend democracy at the grassroots level on a daily basis', online unter: <https://www.civicus.org/index.php/media-resources/news/interviews/3492-sweden-swedish-civil-society-needs-to-defend-democracy-at-the-grassroots-level-on-a-daily-basis> [letzter Zugriff: 19.02.2020].
- Helliwell, J., Layard, R., & Sachs, J. (2019): World Happiness Report 2019, New York: Sustainable Development Solutions Network.

- Jochem, Sven (2011): Skandinavische Arbeits- und Sozialpolitik. Vorbilder für den vorsorgenden Sozialstaat. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internat. Politikanalyse, Abt. Internat. Dialog (Internationale Politikanalyse).
- John Hopkins University (2004): Global Civil Society Index, online unter : http://ccss.jhu.edu/wp-content/uploads/downloads/2011/12/Civil-Society-Index_FINAL_11.15.2011.pdf [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- Körber-Stiftung (2013): Entwicklungen in der schwedischen Bürgergesellschaft - Vorbereitende Recherche zur Studienreise des Körber-Netzwerks Bürgergesellschaft 2013, Hamburg, online unter: https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/mediathek/pdf/import/Recherche-Schweden.pdf [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- Lundgren, Linnea (2018): A diversity of roles: The actions taken by religious communities in Sweden during the "Refugee crisis" in 2015, (Opuscula, 112). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. online unter: https://pdfs.semanticscholar.org/3ad7/09074d5b564dc5a9627e4c5a57ee2c112d2d.pdf?_ga=2.87631450.330550147.1581954463-717769491.1577644881 [letzter Zugriff: 21.02.2020].
- Lundström, Tommy; Wijkström, Filip (1995): Defining the Nonprofit Sector: Sweden. 1. Aufl. Baltimore (MD): The Johns Hopkins University Center for Civil Society (Working Papers of the Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, No. 16).
- Migrationsverket (2019): Migration till Sverige. Historik. online unter: <https://www.migrationsverket.se/Om-Migrationsverket/Migration-till-Sverige/Historik.html>, [letzter Zugriff: 19.02.2020].
- Parusel, Bernd (2015): Einwanderung in Schweden: Zukünftige Herausforderungen, online unter: <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/57862/herausforderungen>, [letzter Zugriff: 17.02.2020].
- Regeringskansliet (2010): A policy for civil society, online unter: <https://www.regeringen.se/contentassets/e7c7d467b3e141f8b87ec4589c201fd5/a-policy-for-civil-society> [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- Reith, Victoria (2018): Der schwierige Kampf um die Sicherheit, online unter: https://www.deutschlandfunk.de/schweden-der-schwierige-kampf-um-die-innere-sicherheit.724.de.html?dram:article_id=407658, [letzter Zugriff: 17.02.2020].
- Salamon, Lester M.; Sokolowski, S. Wojciech; List, Regina (2003): Global Civil Society. An Overview, online unter: http://ccss.jhu.edu/wp-content/uploads/downloads/2011/09/Book_GZGOverview_2003.pdf [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Sandahl, Emelie (2017): Hållbar matfördelning i Malmö. Hemsida och visuell identitet förgräsrotsrörelsen Brödgruppen, Linnéuniversitetet Kalmar Väst, online unter: <http://lnu.diva-portal.org/smash/get/diva2:1105541/FULLTEXT01.pdf> [letzter Zugriff: 19.02.2020].

- Schmid, Josef (2010): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte und erw. Aufl. Wiesbaden: VS-Verl. (Lehrbuch).
- Schwedische Botschaft Berlin (2019): Schwedens neue Regierung, online unter: <https://www.swedenabroad.se/de/botschaften/deutschland-berlin/aktuelles/news/schwedens-neue-regierung/> [letzter Zugriff: 19.02.2020].
- Statens offentliga utredningar (2016): Palett för ett stärkt civilsamhälle, online unter: <https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/statens-offentliga-utredningar/2016/02/sou201613/> [letzter Zugriff: 17.02.2020].
- Statens offentliga utredningar (2017): Att ta emot människor på flykt. Sverige hösten 2015, online unter: <https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/statens-offentliga-utredningar/2017/03/sou-201712/> [letzter Zugriff: 17.02.2020].
- Statistika Centralbyrån (2018a): Det civila samhället 2016 - satelliträkenskaper, online unter: https://www.scb.se/contentassets/07e3bb3fa81e425ba8facec6411e8c49/nv0117_2016a01_br_x105br1801.pdf [letzter Zugriff: 02.12.2019].
- Statistika Centralbyrån (2018b): Ideellt arbete vanligt i Norden, online unter: <https://www.scb.se/hitta-statistik/artiklar/2018/ideellt-arbete-vanligt-i-norden/> [letzter Zugriff: 02.12.2019].
- Statistika Centralbyrån (2019): Det civila samhället 2016 - satelliträkenskaper, online unter: <https://www.scb.se/hitta-statistik/statistik-efter-amne/naringsverksamhet/naringslivets-struktur/civila-samhallet/> [letzter Zugriff: 23.02.2020].
- Törngren, S.O. & Öberg, K. & Righard, E. (2018): The role of civil society in the integration of newly arrived refugees in Sweden, in: Newcomer integration in Europe: Best practices and innovations since 2015, FEPS Foundation for European Progressive Studies, Brüssel, S.13-24, online unter: <http://muep.mau.se/bitstream/handle/2043/27216/Osanami%20T%c3%b6rngren%2c%20%c3%96berg%20%26%20Righard%202018%20Newcomer%20integratin%20in%20Europe.pdf?sequence=2&isAllowed=y> [letzter Zugriff: 19.02.2020].
- UNDP (2019): Human Development Reports, online unter: <http://hdr.undp.org/en/countries/profiles/SWE> [letzter Zugriff: 19.02.2020].
- Urmersbach, Bruno (2019): Die 50 größten Städte in Schweden im Jahr 2019, Statista (Hrsg.), online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/284879/umfrage/groesste-staedte-in-schweden/> [letzter Zugriff: 19.02.2020].
- Urmersbach, Bruno (2020): Statistiken zu Schweden, Statista (Hrsg.), online unter: <https://de.statista.com/themen/1486/schweden/> [letzter Zugriff: 19.02.2020].
- Wijkström, Filip (2001): Neuer Schwerpunkt oder neue Rolle? Der schwedische Nonprofit-Sektor in den 90er Jahren, in: Eckhard Priller und Annette Zimmer (Hrsg.): Der Dritte Sektor international, Berlin: ed. Sigma, S. 77-100.

Wijkström, Filip / Einarsson, Stefan (2004): Foundations in Sweden. Their Scope, Roles and Visions, Economic Research Institute, Stockholm School of Economics.

- 2019 **Nr. 126** **En quoi se constitue le pouvoir de la société civile?**
Une analyse sur la base de l'exemple de l'économie collaborative
Julia Dreher
- Nr. 127** **Stiftungen als Schulträger**
Rupert Graf Strachwitz
- Nr. 128** **Shrinking Space of Civil Society**
Karen Ayvazyan
- Nr. 129** **Where does German Humanitarian Assistance stand?**
Wo steht die deutsche humanitäre Hilfe?
Ralf Südhoff & Sonja Hövelmann - Centre for Humanitarian Action
- Nr. 130** **Colombia's Negative Peace. A Challenge for Civil Society?**
Wolfgang Chr. Goede
- Nr. 131** **Die Kirche auf dem Weg in die Zivilgesellschaft Teil 1: Text**
Henning von Vieregge
- Nr. 132** **Die Kirche auf dem Weg in die Zivilgesellschaft Teil 2: Materialien**
Henning von Vieregge
- 2020 **Nr. 135** **Der Kampf gegen Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Terrorismus. Was haben Stiftungen damit zu tun?**
Rupert Graf Strachwitz
- Nr. 136** **Tandems of lay experts and academic experts How new civil societal collaboration models enhance societal transformation**
Wolfgang Chr. Goede
- Nr. 137** **Der effektive Altruismus als neue Größe auf dem deutschen Spendenmarkt Analyse von Spendermotivation und Leistungsmerkmalen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) auf das Spenderverhalten. Eine Handlungsempfehlung für klassische NRO.**
Julia Selle
- Nr. 138** **Bürgerliche Stiftungen im Sozialismus**
Die Peter-Warschow-Sammelstiftung in Greifswald
Oskar Böhm
- Nr.139** **Spenden zwischen Gutes tun und Pflicht**
Eine Studie zum muslimischen Spendenverhalten in Deutschland
Siri Hummel, Eckhard Priller, Malte Schrader und Rupert Graf Strachwitz
- Nr.140** **Basiswissen Zivilgesellschaft**
Rupert Graf Strachwitz
- Nr.141** **Demokratie und Bürgerbeteiligung in Zeiten von COVID-19**
Roland Roth
- Nr. 142** **Freiwilliges Engagement von Menschen mit Behinderung**
Eine explorative Studie zu Potenzialen und Herausforderungen von inklusivem Engagement in Nonprofit-Organisationen
Juliane Holzhauer
- Nr. 143** **Muslimisches Spendenverhalten in Deutschland**
Malte Schrader
- Nr. 144** **Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft?**
Eine explorative Studie zu Potentialen, Bedarfen und Angeboten in und nach der COVID-19 Krise
Malte Schrader, Johannes Roth und Rupert Graf Strachwitz
- Nr. 145** **Der dritte Sektor in Hongkong und Indien**
Siri Hummel und Eckhard Priller (Hrsg.)